S D S - Korrespondenz

DOKUMENTE DER XXIII. ORDENTLICHEN

D E L E G I E R T E N K O N F E R E N Z

des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

12. - 16. September 1968

Herausgegeben vom Kommissarischen Bundesvorstand des SDS, 6 Frankfurt/M., Wilh. Hauff Str. 5

SDS - Korrespondenz

DOKUMENTE DER XXIII. ORDENTLICHEN DELEGIERTENKONFERENZ DES SDS
12. - 16. September 1968

Inhalt: Seite:

Herausgegeben vom Kommissarischen Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), 6 Frankfurt/M. Wilh.-Hauff-Str.5

Druck: revo-print, Marburg

Vorbemerkung des kommissarischen Bundesvorstandes

Die 23.o.DK des SDS hatte weniger den Charakter eines beschlußfassenden Gremiums als den einer zentralen Generaldebatte des Verbandes. Dabei führte fast jede Diskussion, gleich welchen Themas, immer wieder auf eine Frage zurück, die offensichtlich das Hauptproblem des SDS in seiner gegenwärtigen Lage ist: die Organisationsfrage. Der Ausschluß von fünf Genossen, die sich in Sofia gegen xx die internationale Solidarität des SDS mit den revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika gestellt und damit die schon im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung problematisch gewordene Aktionseinheit des SDS endgültig zerbrochen hatten, bedeutete ein erstes Anzeichen, daß vielen Genossen bewußt geworden war, wie wichtigx in der neuen Phase des aktiven Widerstandes gegen den autoritären Staat eine inhaltlich begründete, nicht opportunistisch sich auf formale Koalitionen stützende organisatorische Einheit des SDS geworden ist. Die nicht aufzuhebende Schisophrenie des "KP"-Ausschlusses bestand allerdings darin, daß zwar das abstrakte Bewußtsein vorhanden war, wie notwendig eine größere Verbindlichkeit in Strategie und Organisation des SDS ist, wenn er zu einer revolutionären Organisation werden will - daß aber zugleich bisher nur minimale Ansätze für die gedachte neue Verbindlichkeit sichtbar geworden sind (etwa in den verschiedenen Formen, -ie einzelne Gruppen sich neu organisieren nach dem Prinzip der Koordination und Kooperation praktisch arbeitenden kleiner Gruppen). In dieser Situation war es konsequent, daß sich die Delegierten schließlich (wenn auch reichlich spät) dafür entschieden, sämtliche zur Abstimmung stehende oder gar xxxx erst noch zu diskutierende Resolutionsentwürfe zurückzustellen und sich allein auf diejenigen Probleme zu konzentrieren, die die künftige Organisationsstruktur des SDS betrafen.

Die Organisationsdebatte wurde vor allem um zwei Positionen geführt. Die Berliner schlugen eine pragmatische Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme besonders der kleineren Gruppen vor: die Einrichtung von "Sekretariaten" für die verschiedenen Schwerpunkte der Verbandspolitik, die jeweils von einer Gruppe übernommen werden sollten, und die Zusammenstellung von "Reisekadern", die mit VW-Bussen von Gruppe zu Gruppe reisen sollten, um dort die Schulung der Genossen zu übernehmen und gemeinsam mit ihnen die zentralen Kampagnen zu organisieren. Während der Berliner Vorschlag noch kein geschlossenes Modell einer künftigen Organisationsstruktur enthielt, entwickelte die Hamburger Gruppe eine in sich umso konsequenter durchformalisiertes rätedemokratische Konzeption ("Modell der xxxx zwei

Ebenen und drei Räte"). Kritisiert wurde am Berliner Vorschlag der technizistische Charakter der "Reisekader", der mit der erkannten Notwendigkeit der Dezentralisierung und Demokratisierung nicht ernst macht und die verhärteten Autoritätsstrukturen x innerhalb des anti-autoritären Lagers eher noch verstärken würde. Die vorerst nicht ausrottbare Schwäche des Hamburger Modells bestand dagegen in seiner idealistischen Weise, künftige Gesellschaftsstrukturen ohne die Vermittlung mit den empirischen Bedingungen des Kampfes <u>für</u> eine Rätedemokratie zu antizipieren.

Die ganze Debatte litt unter den gleichen Schwächen wie das Hamburger Modell: es wurde debattiert über die praktisch-politischen Notwendigkeiten hinaus. Der Entschluß, die DK zu vertagen, einen kommissarischen Bundesvorstand einzusetzen und ihm mit dem imperativen Mandat zu versehen, die Neuorganisierung des Verbandes bis zur zweiten Sitzung der DK so weit wie möglich voranzutreiben, führte schließlich auf die politischen Realitäten zurück. Diese Aufgabe wird der kommissarische BV auf drei Wegen zu erfüllen versuchen: er wird gemeinsam mit den"Schwerpunktgruppen", die die Vorbereitung bestimmter Themen übernommen haben, Regional- und Bundesseminare übernehmen; er wird sich bemühen, durch die Herstellung und Verschickung möglichst zahlreicher Rundschreiben und Korrespondenzen die innerverbandliche Kommunikation zu verbessern; und er wird einen Vorschlag zur Neuorganisierung des SDS innerhalb der außerparlamentarischen Opposition xxx ausarbeiten, der der Delegiertenkonferenz als Diskussionsgrundlage vorgelgt werden soll.

Ffm, 27.9.68 Bärmann-Noth-Schmierer

I. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands

Ein Bericht über die Entwicklung des SDS im vergangenen Jahr muss davon ausgehen, dass der Verband als autonome Einheit gegenwärtig überhaupt nicht sinnvoll darzustellen ist. Der SDS hat sich wesentlich in die antiautoritäre Bewegung aufgelöst, deren nominelle Spitze er darstellt. Das hat zwei Konsequenzen: Einmal ist die antiautoritäre Bewegung die politische Weiterentwicklung und Verallgemeinerung der isolierten Oppositionsansätze und damit auch eine Überwindung der Isolation des SDS; zum andern haben sich bei der Überwindung der alten Organisationsstrukturen kaum positive Formen der adäquaten Organisierung herausgebildet. Die praktische Lösung darf zu/allerletzt bei technischen und formalen Organisationsfragen ansetzen. Was ansteht, ist die politische Neuformulierung der Rolle, die der SDS als Verband innerhalb der antiautoritären Bewegung wahrnehmen soll. Erst daraus lässt sich eine relevante Organisationsdiskussion entwickeln.
Diese Entscheidungssituation soll an den zentralen Kampagnen den Massenaktionen und den organisatorischen Erfahrungen des vergangenen Jahres jeweils dargestellt werden.

Die Springer-Kampagne repräsentiert die neue Phase der Protestbewegung nach dem 2. Juni 67 in mehrfacher Hinsicht. War sie als Einpunkt-Bewegung noch angelegt, zumindest in den Losungen und Aktionsprogrammen, sie implizierte aber eine radikale Ausweitung und Verallgemeinerung der politischen Konzeption und drückte damit den Charakter der antiautoritären Opposition adäquat aus. Verallgemeinerung hiess zugleich Radikalisierung der revolutionären Anspruchs; die Kampagne konnte diesen Anspruch zunächst jedoch nur propagandistisch stellen, ohne die wirkliche Arbeit der Opposition zu bestimmen. Gerade in Berlin, wo die Hauptarbeit an theoretischer und organisatorischer Vorbereitung lag, wurden die prinzipiellen Schwierigkeiten schon im Herbst klar. Sie lagen im Widerspruch von einerseits aktionistischer Kampagne und andererseits Ausweitung der Opposition durch eine organisierte Gegenöffentlichkeit und Syndikalisierung von Nicht-Studenten, ein Widerspruch, wie er sich in Berlin nach dem 21. Oktober (Vietnam-Demonstration)

in der Auseinandersetzung um die Aktionspläne realisierte. Die organisatorischen Funktionen sollten nach dem ursprünglichen Plan die Aktionskonferenzen auf regionaler und nationaler Stufenleiter erfüllen. Ziel und praktische Zusammenfassung der Opposition war die massenhafte Belagerung der Verlagshäuser. Die Fehleinschätzung lag darin, dass ein allgemeiner Wille die Kampagne tragen sollte, von ihr aber erst mobilisiert werden musste. An diesem Widerspruch ist die Kampagne oberflächlich gescheitert, während sie latent wirksam geblieben ist. Die analytische und propagandistische Arbeit der KU - und RC-Arbeitskreise in Berlin wie einzelner SDS-Gruppen in der Bundesrepublik verbreiteten das Bewusstsein von der Notwendigkeit der Kampagne und mobilisierten zwar zuerst keine einheitliche praktische Opposition, aber ein gemeinsames Bedürfnis. Im Februar z.B. zogen nach einer Vietnam-Demonstration in Hamburg spontan über tausend Studenten und Schüler zu einer improvisierten Springer-Blockade vors Druckhaus. Springer war zum sichtbaren Allgemein-Gegner geworden, aber um den Preis, dass die prinzipielle Argumentation sich auf Parolen und die Person Springers zu reduzieren drohte, während die Kampagne im übrigen von der sonstigen Praxis abgelöst war, also gerade die zentrale Rolle in der antiautroitären Bewegung nicht wahrnehmen konnte. Die strategische Bedeutung der geplanten nationalen Aktion hatte sich problematisiert, nachdem schon in der ersten Phase Zweifel an der politischen und organisatorischen Umsetzbarkeit entstanden waren. Die Absetzung zunächst des Berliner Tribunals, dann die Verschiebung des Springer-Hearings sind ein Ausdruck dieser Schwierigkeit wie schon die Verlagerung auf diese propagandistischen bzw. theoretischen analytischen Veranstaltungen den anfänglichen Anspruch zurückgenommen hatten. So wurde auf der a.o. DK im März der Kampagne keinerlei Bedeutung mehr zugemessen. Inzwischen war das "Kuratorium für eine demokratische Öffentlichkeit" gegründet worden, das zunächst die nunmehr für Hamburg geplante Hearing-Veranstaltung unterstützen sollte. Die Konzeption dieses Hearings spiegelte den Bündnischarakter im Kuratorium wider; der emphatisch revolutionäre Anspruch, der die Kampagne bestimmen sollte, wurde vollends verdrängt.

Weniger zeigt sich darin das Versagen einzelner Genossen, die schliesslich auch institutionell die inhaltliche und politische Vorbereitung in Berlin übernommen hatten, als die Verengung und Schwäche der Kampagne selber in ihrer manifesten Gestalt.

Die propagandistische, latente Kampagne hingegen wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke ebenso bestätigt wie schlagartig mobilisiert. Zeitlich relativ zufällig aktualisierte sich die Widerstandssituation, von der wir zuvor schon abstrakt geredet hat en; anders aber als nach der Polizeischlacht vom 2. Juni wurde der Protest nicht moralisch neutralisiert und entpolitisiert, sondern schon die ersten spontanen Aktionen verwirklichten einen offensiven politischen Widerstand. Dieser bewusst politische Charakter der Widerstandsaktionen begründete auch die Fortsetzung der Blockaden am Ostermontag, die die scheinheiligen Zugeständnisse an unsere emotionale Empörung Lügen strafte.
Der Angriff auf Springer offenbarte generell einen Grad an Bewusstsein und Selbstverständlichkeit, wie er nicht nur durch die plötzliche Klarheit der geschichtlichen Gewaltsituation zu erklären ist. Die Gewaltsituation wurde als politisch gegen die elementarsten Bedingungen der Protestbewegung gerichtet sofort erkannt und in praktisches Bewusstsein als Widerstandswillen umgesetzt; dafür gab es freilich bereits organisatorische Bedingungen in informellen Kaderstrukturen. Die Manipulationszentrale des Springer-Konzerns verlor ihren abstrakten Charakter und wurde exemplarisch für den gesamten Machtzusammenhang begriffen. Die Blockaden bedeuten die endgültige Überwindung der Einpunkt-Bewegung. Der Zusammenhang der Situation, in der die Springer-Kampagne entstand, der allgemein empfundenen Pogromsituation nach dem 2. Juni, mit der manifesten Widerstandssituation nach dem Attentat reaktivierte die historische Erfahrung ihrer eigenen nationalen Konstitutionsphase auf einer qualitativ neuen Stufe.
Entsprechend der inhaltlichen Ausweitung der Kampagne gelang die praktische Verbreiterung in andere jugendliche Sozialschichten über die Studenten-und Schüler-Opposition hinaus.

Für eine kurze Zeit schien es möglich, die Isolation der Protestbewegung direkt und dauerhaft zu durchbrechen.
Gemeinsam war in den verschiedenen Städten, dass es am Gründonnerstag sofort zu improvisierten Demonstrationen kam, die sich nach ganz kurzer Zeit agitatorisch und auch praktisch, wie in München, gegen Springer richteten. Erfindungsreich benutzten sie die verschiedensten öffentlichen Institutionen wie Theater, Kirchen etc. Die Blockaden am Freitag konnten so auf ein Höchstmass an Öffentlichkeit im strengen Sinn rechnen. Sie waren, was die unmittelbare Verhinderung der Auslieferung angeht, insgesamt erfolgreicher als am Montag. Das lag wesentlich an unserer Beweglichkeit gegenüber dem schwerfälligen Polizeiapparat, der sich innerhalb eines Tages auf die plötzliche Mobilisierung von Massen überhaupt nicht einstellen konnte. So ist eine effektive Auslieferungsverhinderung einer erhbelichen Druckauflage möglich gewesen.Gegen den starken Widerstand von Teilen der ausserparlamentarischen Opposition haben wir es am Sonntag durchgesetzt, dass die Ostermarschkundgebungen am Montag in eine erneute Blockade übergeführt wurden. Der Bündnischarakter des Ostermarsches war aktuell politisch überholt, gerade auch im Bewusstsein der übergrossen Mehrheit der Teilnehmer. Unter ihnen war wahrscheinlich bereits ein wesentlicher Teil der jungen Angestellten und Arbeiter, die an den Blockaden teilnahmen. Angesichts des militärisch hoch überlegenen Polizeiapparats war es am Montag nur noch möglich, einen ideellllen Anspruch des Widerstands zu manifestieren, trotz der brutalen Auseinandersetzung.

Die Einzelheiten des Verlaufs sind allen bekannt, auf wesentliche Punkte haben wir bereits in der NK 47 hingewiesen. Ein weiterer Aspekt muss aber noch kurz genannt werden, dass nämlich eine internationale Solidarität mit einer Welle von Aktionen zum ersten Mal einen praktischen Internationalismus realisierte, der direkt auf die Protestbewegung bezogen war und nicht über gemeinsame Solidarität, etwa mit der vietnamesischen Revolution, vermittelt war. In dieser Perspektive steht auch die Mai-Revolte was ihre eigenen Ursprünge und internationalen Konsequenzen angeht.

In der Folgezeit der Osteraktionen zeigten sich zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens konnte sich die spontane Aktionseinheit nicht in kontinuierliche organisatorische Kontakte umsetzen; die propagandistische Aktivität überwog, die freilich gezielter auf Gewerkschafts - und Betriebs - Kontakte als nach dem 2. Juni gerichtet war. Zweitens: nur in Berlin wurde mit den Basisgruppen ein organisatorischer Ansatz in grösserem Ausmass realisiert. Dort gelang die positive Wendung zur 1. Mai - Kampagne, während in der BR weder für diesen Termin noch für die vergleichbar zentrale Kampagne gegen die Notstands-Gesetze die Widerstandssituation zu Ostern bewusst strategisch umgesetzt wurde. Es realisierte sich blind die Ungleichzeitigkeit von Springer - und Notstands - Kampagne, die nur verbal durch Widerstandsparolen verbunden wurden.

Gibt es Aussichten der Springer-Kampagne? Es scheint, dass sie auf zwei Ebenen liegen: Eine zentrale Veranstaltung könnte die radikale Ausweitung unseres Begriffs von Öffentlichkeit zur Selbstverständigung leisten; damit wäre keine Veranstaltung in vorderster Front anvisiert. Zweitens müsste wesentlich intern das Scheitern und der Erfolg der Kampagne im Zusammenhang einer Klärung der prinzipiellen strategischen Bedingungen der neuen Linken diskutiert werden. Vor allem muss das Verhältnis von Aktionskampagnen und organisatorischer Ausweitung der Protestbewegung geklärt werden; erst daraus lässt sich eine historisch angemessene Organisation des Widerstandes entwickeln.

Kampagne gegen die Notstandsgesetze

Die 21. DK des SDS formulierte das strategische Ziel der Notstandskampagne des Verbandes mit dem mittlerweile fast zu oft zitierten "Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspontential" . Diese Zielsetzung ist im SDS wieder und wieder verbal reproduziert worden; eine Analyse der tatsächlich geführten Kampagne weist aber ihre erschreckende Vernachlässigung auf.
Selbst die 22. DK blieb weitgehend mit ihrem einer bloßen Bestätigung der Resolution der 21. DK angehängten Aktionskatalog bei der Forderung nach Widerstandshappenings stehen. Die Forderung nach Störung der Zivilschutzhelfertage beispielsweise oder die nach Aufklärung über "Interna der Notstandsplanung" machten sich noch nicht einmal die Mühe, die Planung von Widerstandsperspektiven überhaupt organisatorisch-relevant zu reflektieren.
In einem ähnlich nicht bewußten Widerspruch fand sich der SDS zu seinen diversen Koalitionspartnern innerhalb der Notstandsopposition. Zwar formulierte der Brief des SDS an den DGB ansatzweise eine Kritik opportunistischer Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie; Konsequenzen wurden aber daraus bis auf verbale Argumentationslinien nicht gezogen. Die Funktion einer legalistischen hinhaltenden Formalargumentation wurde nicht als Korrelat zur apathisierenden Praxis von Teilen der Gewerkschaften und ihren Spitzenbürokratien gesehen. Das führte dazu, daß in der praktischen Koalitionspolitik der Gruppen auf lokaler Ebene oft genug selbst die verbalen Differenzierungen nicht mehr auftauchten, geschweige denn eine Gegenstrategie des offensiven und selbständigen Widerstands konkret organisiert wurde. Die Aktionsausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene fanden sich nur zu oft auf einen schlechten Minimalkompromiß eingeschränkt; Kompromiß, der sich in den Massenaktionen, den Streiks an Schulen und Universitäten, in einigen Betrieben als irrelevant oder gar hindernd erwies.

Die lokalen Kuratorien, teilweise nur auf die Stützung der Linken im zentralen Kuratorium Notstand der Demokratie bedacht, beschränkte sich zu lange darauf, die Auseinandersetzungen um die Bundestags-hearings, um die tatsächliche Position der "Linken" vom Schlage Otto Brenners gewissermaßen intern zu verhandeln. Hand in Hand damit ging die Ausrichtung des "breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte" wesentlich bloß auf die Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die als immer vernichtender hingestellt wurde . Sicher soll die tatsächliche Auswirkung der Vollendung der legalistischen Transformation zum neuen autoritären Staat von uns nicht unterbewertet werden. Der fatalen Passivität, die sich an vielen Orten nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das Parteienkartell entwickelte, hätte jedoch durch eine bewußte und realistische Darstellung dieser Entwicklung sicher entgegengewirkt werden können.

Die Brüchigkeit der Kuratorien, die "demokratische Kräfte" von bewußten Sozialisten bis zu liberalen Professoren, die später das Marburger Manifest unterschrieben, umfaßten, wurde von uns schon auf dem Notstands-Bundesseminar Anfang Dezember'68 konstatiert. Die notwendigen Konsequenzen daraus zogen wir jedoch nicht. Die Politik der unverbindlichen Sammlung von Koalitionspartnern auf unverbindlichen Verbalpositionen reproduzierte sich auch bei der Verabschiedung des Notstands-Manifestes der Hochschulen. Wenn auch vom Parteienkartell wütend als "terroristischer Druck der Straße" (Schmitt-Vockenhausen) apostrophiert, konnten die 5o.000 Unterschriften nicht annähernd die Teilnehmerzahlen an den Notstandsstreiks erreichen. Vorantreibend war das Notstands-Manifest eigentlich nur für die Teile der Studentenschaft, die durch das Manifest in die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung erst eintraten, und für Teile der APO, die über ähnliche Initiativen Parlamentarismuskritik entwickel ten. Für den Großteil der studentischen Opposition stellte es wenig mehr dar als eine Zusammenfassung und Fixierung erarbeiteter Positionen. Dafür aber war der organisatorische Aufwand der Gruppen und des Bundesvorstands verhältnismäßig unangemessen.

Weithin legalistische Argumentation und historisch objektiv überholte Volksfronttaktik bestimmte immer noch die Vorbereitungen des 11.Mai, Sternmarsch auf Bonn, und das obwohl die Entscheidung der Gewerkschaftsbürokratie für die Dortmunder DGB-Veranstaltung die Problematik öffentlich und deutlicher beschrieb als früher. Wenn es Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt möglich war, Teilnehmer am Sternmarsch als uninformiert und unsachlich zu diffamieren, weil sie vielleicht die allerletzte Textvariante im Immergleichen der Formulierungshilfen der Bundesinnenministeriumsreferenten noch nicht kannten, so beschreibt das natürlich doch auch eine ungenügende praktische Verdeutlichung der Zielsetzungen der Notstandsopposition. Die perspektivische Analyse der Osteraktionen stand noch aus. Die Beschreibung der qualitativ neuen Möglichkeiten nach der Ausweitung der Osteraktionen auf junge Arbeiter und Angestellte war noch nicht geleistet. In nicht reflektierter Furcht vor der eigenen Praxis wurde die Offensivstrategie von Ostern in der tabuierten Gewaltdiskussion teilweise wieder zurückgenommen.
Mit dem 11.Mai ist eine Form der Opposition zuendegegangen, die bis zuletzt nicht genügend an den Widerstandsaufgaben orientiert war, sondern auch diffus-liberal dem Schein parlamentarisch gesicherten rechtsstaatlichen Interessenausgleichs nachtrauerte.
Nach der Niederlage im Kampf gegen die Notstandsgesetze nun von Seiten der Opposition zu meinen, jetzt erst recht müsse die Stimme der demokratischen Opposition im Akklamationsparlament des Notstandsstaats hörbar gemacht werden, reproduziert diese Problematik in fataler Weise. Das vom BV organisierte teach-in am 11.Mai diente objektiv der Kanalisierung anstelle der Aktualisierung der Widersprüchlichkeit innerhalb der Notstandsopposition. Die Intention, die Aufarbeitung der Gründe der Niederlage einzuleiten und Widerstandsperspektiven zu konkretisieren, konnte nicht umgesetzt werden. Es gelang nicht mehr, die Aktionen bis zur Verabschiedung entsprechend zu strukturieren. Zwar setzte sich die Streikparole mit nicht vorhergesehener Intensität um, die Aktionen waren aber nicht so sehr immer Ausdruck und Anfang demonstrativer Widerstandsorganisierung, als auch

nur in der Form verschärfter, aber doch als ohnmächtig begriffener Protest. Der Charakter der Streiks an den Hochschulen ist deshalb in folgenreicher Weise vielschichtig gewesen; einerseits manifestierte sich eine radikaldemokratische Oppositäon innerhalb der Studentenschaften, die den Streik eigentlich nur als besonders demonstratives Symbol mit Solidarisierungsfunktion in den Betrieben begriff; (Die aktive Durchsetzung des Streiks an den Hochschulen war dann ja auch wirklich in einigen Fällen auslösend für die Proteststreiks in den Betrieben und erleichterte allgemein die Agitation und das erste Herstellen einer gemeinsamen Basis zwischen Studonten und Arbeitern.)andererseits entwickelte sich die Auffassung, daß Streiks, Barrikadenbau und Rektoratsbesetzungen mehr unter dem Aspekt des aktiven Widerstands gesehen werden sollten. Das war prinzipiell richtig. Nur fehlte aufgrund der mangelhaften Diskussion weitgehend die Konkretisierung der Widerstandsperspektive. Daß auch am Arbeitsplatz in der Universität die System-Verweigerung allein nicht ausreichte, Organisierung des Widerstands zu mehr als bloßer Forderung zu machen, wurde im Konzept der Politischen Universität in Frankfurt exemplarisch verstanden.
Das Insistieren auf Urabstimmungen über die Streiks, um durch passivierte Mehrheiten die Konfrontation demokratistisch beizulegen, beschrieb die Hilflosigkeit der zum Teil als Schlägertrupps vorgehenden rechten Studenten (besonders RCDS und NHB), sich inhaltlich-argumentativ mit uns auseinanderzusetzen. Es beschrieb aber auch eine Unklarheit in der Argumentation mancher Gruppen, die die Auflösung in einer radikal-demokratischen Protestbewegung mit dem SDS als Initiator bei vielen Aktionen erfahren hatten und die neue Qualität der Streiks nicht artikulieren konnten. (Eine Erfahrung, die übrigens die amerikanische Studentenbewegung auch machte, als die, die zuerst den Slogan des "Let the People Decide" postuliert hatten, nach Studentenabstimmungen für weitere Werbung der Napalmhersteller Dow Chemical auf dem Campus trotzdem derartige Werbekampagnen durch sit-ins etc. zu verhindern suchten.) Die Form der Minderheitsaktion als der politischen Situation möglicherweise adäquater als die Adaption an momentane Furcht in den

Studentenschaften wurde jedenfalls bei den Notstandsstreiks an vielen Orten noch praktiziert, kaum noch politisch legitimiert. Es gab sogar Fälle, in denen selbst Genossen Abstimmungen vor Barrikaden herbeiführten und dann nach den entsprechenden Voten der vollzählig erschienen Volkswirtschaftler und Korporierten mithalfen, die Barrikaden brav wieder abzubauen. Daß bei der Bedrohung durch die sich vollziehende Beseitigung selbst von klassischen Minderheitsrechten nicht Widerstand von eben den zur Abschaffung bereiten Mehrheiten niedergestimmt werden kann, tauchte bei vorher eher syndikalistisch-argumentierenden Gruppen zu oft erst spät als nachgeschobene Begründung auf.
Die theoretische und organisatorische Perspektive für die erhoffte Solidarisierung in den Betrieben fehlte weitgehend. Die tatsächlich in größerem Ausmaß als erwartet eintretende Mobilisierung von linken Gewerkschaftern und jungen Kollegen aus den Betrieben traf die Gruppen ohne ausreichende Vorbereitung. Zwar gelang es, die Kritik am Gewerkschaftsapparat bei den großen Streikversammlungen zu verbalisieren und die Isolation der Studenten punktuell zu durchbrechen; zwar gelang es, an mehreren Orten die von lokalen Gewerkschaftsfunktionären mit in Gang gebrachte Bewegung über reformistische Positionen hinaus zu entwickeln; zwar gelang es, in der aktuellen Streikagitation kurzfristig Aktionsausschüsse von Arbeitern und Studenten zu organisieren. Bis auf wenige Kontakte mit relativ selbsttätigen Gewerkschaftsjugendclubs und Lehrlingsgruppen wie der an den Farbwerken Hoechst gelang aber eine organisatorische Stabilisierung der Aktionseinheit der Streikphase nicht. Trotz des Aufbaus von Basisgruppen und der weiteren Arbeit von Betriebsprojektgruppen ist die Jugendlichengrenze bei unserer Ausweitung in die Betriebe bis jetzt nicht prinzipiell in größerem Umfang durchbrochen worden. Die Beschränkung der allgemeinen Argumentationslinien gegen Formierungstendenzen oder die Frage der direkt notstandsbezogenen Werkschutzgruppen bot schon inhaltlich neben dem vereinheitlichenden Moment der gemeinsamen Gewerkschaftskritik nicht genügend konkrete Ansätze für längerfristige Kooperation, die nicht bloß Bewußtseinindiearbeiterklassetragen gewesen wäre. Insofern ist die kreativere Entwicklung der Kontakte zu Lehrlings-

und Jugendgruppen der Betriebe nicht auffällig. Im SDS gibt es heute zwar schon Erfahrungen in der Aufarbeitung von antiautoritären Konflikten im Ausbildungsprozeß der Betriebe und ihrer Politisierung; mit dem Problem der Arbeitsplatzbewertung z.B. haben die wenigsten Gruppen adäquat etwas anfangen können.
Ein anderes Moment der Notstandsauseinandersetzung überraschte uns: die spontane Rücksendung von Wehrpässen, gerichtet gegen die Umfunktionierung der Bundeswehr zur Bürgerkriegsarmee. Herrschte zwar auch in diesen Aktionen formalliberale Argumentation vor, so mußten diese Fälle vom Wesen des Konflikts her weitergetrieben werden. Die politischen Kriegsdienstverweigerungen nahmen weiter, wie schon im letztem Jahr, zu. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer innerhalb der Bundeswehr rapide an. In vielen Kasernen ergab sich, daß die Überstellung in den waffenlosen Dienst eine Isoliertheit des Kriegsdienstverweigerers schuf, die auslösend für weitere potentielle Kriegsdienstverweigerer wurde. Es gibt Einheiten, in denen bis zu 10% der Wehrpflichtigen nach und nach einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellten. Vereinzelte Flugblattaktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze mit dem Aufruf, "Wenn sie wieder befehlen, Straßen- und Häuserkampf zu üben und auf Arbeiter und Studenten zu schießen" nein zu sagen, wurden mit drakonischen disziplinarischen Strafen verfolgt. Keine Einschüchterung, sondern im Gegenteil spontane Solidarisierung stellten sich jedoch her. Mittlerweile hat der Bundeswehrgeneralinspekteur in einem Erlaß die prinzipielle Zurückstellung vom Waffendienst beim Einreichung der Kriegsdienstverweigerung aufgehoben; die Wehrpässe wurden vom Bundesverteidigungsministerium mit dem aus der deutschen Geschichte schon bekannten Hinweis zurückgeschickt, daß nämlich das Treuegelöbnis sich nicht auf irgendeine Struktur der Verfassung beispielsweise beziehe, sondern auf den Staat schlechthin. Aus den Berichten des Wehrbeauftragten war Ausmaß und Intensität von Unruhe und unpolitischer Revolte in der Bundeswehr nur zu ahnen. In den letzten Wochen nun ist die Zahl der Bitte um politische und organisatorische Unterstützung durch den SDS aus der Bundeswehr heraus ständig gestiegen. Der BV

meint, daß diese Unterstützung in Koordination mit der politischen Schülerbewegung im AUSS und in Kriegsdienstverweigerungsverbänden gegeben werden muß, nicht aus Widerstandsmoralisierung heraus, sondern weil eine derartige Unterstützung, neben der strategisch ungeheuer wichtigen Ausweitung der Schülerbewegung auf die Berufsschüler, eine Möglichkeit gibt, exemplarischen Widerstand nicht nur an einem Ort der Gesellschaft zu üben. Die Transformation der Bundeswehr zum Bürgerkriegsinstrument neben kasernierter Polizei und Werkschutztruppen kann wesentlich behindert werden. Die autoritäre Struktur der Bundeswehr und der selbst in einer imperialistischen Armee anachronistische Bewußtseinsstand großer Teile der Offiziere und fast des gesamten Unteroffizierskorps bietet neben den direkt politischen Ansätzen große Möglichkeiten. In der Bundeswehrkampagne kommt es darauf an, sich mobilisierende Einzelne solidarisch organisiert zu unterstützen und den Bereich der Bundeswehr überhaupt der politischen Öffentlichkeit aufzubrechen. Politische Aufklärung und provokative Aktion kann in der sowieso nur "bedingt einsatzbereiten" imperialistischen Kriegsmaschine zu beträchtlicher Verunsicherung führen.



Hochschule.

Die Konstituierung der Hochschulrevolte in großem Umfang, mit eine der Vorbedingungen für die Solidarisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Springer-Aktionen und Notstandsstreiks, gelang an den bundesrepublikanischen Hochschulen eigentlich erst in diesem Jahr. Während an großen Hochschulen wie Hamburg oder München hochschulpolitische Auseinandersetzungen (Wenke-Vorlesung, Rektoratsfeier) auslösend wirkten, gelang es kleineren Gruppen meist eher, mit der Einführung allgemein politischer Momente in Provokation zu massenhafter Diskussion die Herstellung der Revolte zu initiieren. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß über die Massenmedien und AStA-Publikationen vermittelte Informationen über die Aktualität hochschulpolitischer Auseinandersetzungen auch an kleineren Hochschulen eine hochschulbezogene Latenz erzeugten, deren Intensität allein aus den lokalen Gegebenheiten nicht zu interpretieren ist. Hinzu kam, daß auch allgemeinpolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen, beispielsweise die Vorlage des Hochschulmanifests gegen die Notstandsgesetze in einer Vorlesung von Carlo Schmid, von den Universitätsadministrationen mit massiven Repressionen und dem Vorwurf des terroristischen Vorgehens und des "Einübens faschistischer Methoden" beantwortet wurden. Spätestens dann wurde die Struktur der Hochschule Teil der Auseinandersetzungen. Die Revolte hatte aber nirgends mehr enger begrenzten hochschulpolitischen Charakter, wie er noch für die ersten Berliner sit-ins kennzeichnend war.

Trotzdem muß wenigstens ansatzweise die Struktur der hochschulpolitischen Forderungen in den Revolten angedeutet werden. An vielen Orten kam es nach der Revolte-Initiierung zu Satzungs- oder Hochschulgesetzdiskussionen. Diese Auseinandersetzungen sind von den Gruppen und den mobilisierten Studenten selbst oft genug nicht mit politischen Fragen oder konkreten "issues" am Studienplatz verknüpft worden. Nur so konnte sich eine Formalisierung der Diskussion entwickeln, wie sie bei manchen Forderungen nach Drittelparität schließlich vorherrschte. Diese Formalisierung konnte sinnvoll auch in einer weiteren Hypostasierung der formalen Forderung, etwa auf die Halbparität, nicht aufgehoben werden.

Die Gefahr, in Satzungsdiskussionen in automatisch programmierter Sachlichkeit vom Kern der studentischen Forderungen abgebracht zu werden, beschreibt die Tatsache, daß in den Satzungsdiskussionen einer norddeutschen Universität ein Genosse einen kompletten Universitätssatzungsentwurf vorlegte, der außer Rahmenvorschriften fast keine inhaltlichen Bezüge definierte und sich gar dazu bequemte, dem Rektor das Hausrecht über die Universität zuzugestehen. Ähnlich stellte sich für manche Studentenvertretungen die syndikalistische Interessenvertretung alternativ zu einer entschiedenen politischen Aufklärungsarbeit dar. Die praktischen Erfahrungen eher taktierend oder formal vorgehender linker Studentenvertretungen beschreiben bei schwindender politischer Mobilisierung klar die Falschheit der Konzeption einer eng interpretierten, bloß universitätsbezogenen Interessenvertretung. In den manifesten Repressionsversuchen durch das Bündnis von Justiz, Universitätsadministration und Korporierten in den politischen Mandatsprozessen oder den Verfahren zur Abschaffung der Studentenschaftsbeiträge ließ sich die politische Zielsetzung der Zerschlagung der nicht für sich, sondern als Organ einer selbstbewußten studentischen Mobilisierung begriffenen Studentenvertretung (wie sie auch ein westberliner Entwurf der Sozialdemokratie schon explizit vorsieht) bereits erkennen. Ein Hochschulgesetz wie das baden-würtembergische bewies seine Interessenrichtung konkret in der Suspendierung des Heidelberger AStA in den Tagen des Notstandsstreiks. Parallel zu Initiativen gegen die Studentenvertretungen verstärkten sich die illegalen Repressionen gegen die SDS-Gruppen selbst. Nach der Androhung der Suspendierung der SDS-Gruppe an der FU wurde nach dem Carlo-Schmid-go-in zum ersten Mal eine immer noch nicht formal, wenn auch von uns praktisch aufgehobene Suspendierung einer SDS-Gruppe ausgesprochen, die das auf zentraler Ebene nic t für opportun gehaltene Verbot des Verbandes an seiner sozialen Basis überflüssig machen würde. Die Versuche, Räume für Vorträge oder Ausstellungen nicht zur Verfügung zu stellen, immer neue Auflagen für die Benutzung der Universitäten zu erteilen - früher jedesmal Anlaß zu Protest und Berichterstattung der Presse - sind für die "autonomen" Hochschulen der BRD fast schon alltäglich geworden.

Die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die Godesberger Rektorenerklärung und der Dahrendorfsche Hochschulgesamtplan bestimmen die neue Richtung einer Entwicklung von Hochschuldiskussion, die auf technische Effizienz zielt. Gleichzeitig haben jedoch Marburger Manifest-Geist und obsolet autoritäre Struktur der Universitäten Effizienzanpassungen in den Entscheidungswegen der Kulturpolitik erschwert. Es zeigt sich aber, daß die Formierung des wissenschaftlichen Produktionssektors - teilweise durch Ausgliederung aus den Universitäten, teilweise durch direkte und indirekte Repressionen (Disziplinarmaßnahmen, Verwaltungsurteile, Rechtsaufsicht, Mittelentzug, gezielte Stipendienvergabe, numerus clausus, Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfung etc.) - gezielter und planmäßiger in Angriff genommen wird als nach der oft diffusen Diskussion der Pichtschen "Reformpläne". Gegenüber derartigen Tendenzen hat Vertrauen auf sachliche Mitbestimmungsdiskussion und bloß trade-unionistische Studdentenschaftspolitik ihren Sinn endgültig verloren.

Andererseits zeigte sich, daß der vom vds getragene Hochschulkongreß" Protest und Widerstand" trotz des prinzipiell richtigen Stellens der Thematik losgelöst von praktisch-organisatorischen Aufgaben in keiner Weise Fokus der Diskussion sein konnte, als der er gedacht war. Insofern ist er auch gerade nicht an lokalen Bedingtheiten gescheitert (Polizeibesetzung der Frankfurter Universität). Es war ein Fehler des BV, in einer wichtigen Phase der strategischen Unklarheit und der Demobilisierung in den Studentenschaften darauf zu vertrauen, daß eine formale Dachorganisation wie der vds eine Aufgabe wie den Hochschulkongreß wesentlich allein tragen könne.

Die Auseinandersetzung am Osto-Suhr-Institut zeigt immer noch die Möglichkeit, an schwachen Stellen innerhalb der Universitätshierarchie selbst mit reformistischen Vorschlägen eine Entlarvung der zentralen Universitätsbürokratie zu bewirken. Die Gefahren dabei, die wesentlich in der Illusionierung über die Möglichkeit einer subversiv-antikapitalistischen Universität in dieser Gesellschaft liegen, sind in Berlin selbst ausführlich beschrieben worden.

Strategisch wichtiger werden demgegenüber die fachbezogenen Initiativen am Arbeitsplatz der Studenten, wenn auch das Zurückfallen auf Fachgruppenbildung im SDS, wie es z.B. in Göttingen in der Diskussion ist, nicht schon als Lösung der eigentlichen Organisationsfragen des SDS angesehen werden kann.

Die Kritischen Universitäten, trotz der kritischen Einschätzung der letzten DK an einigen Orten (z.T. auf Initiativen von "Studentenpolitikern" hin, ohne den SDS) entstanden, haben in den Auseinandersetzungen an den Universitäten keine entscheidende Bedeutung gehabt. Die Gefahr der Entwicklung zur Volkshochschule, zum bloß korrigierenden Additiv zum regulären Universitätsbetrieb, war auch in Berlin nicht immer bewußt kontrolliert.

Institutsbesetzungen, Übernahme von Vorlesungen in aktueller Konfrontation, Umwandlungen von kritischen Arbeitskreisen in Gegenvorlesungen und Seminare werden, so scheint es nach der Entwicklung der letzten Monate, am ehesten in der Lage sein, massenhafte Mobilisierung der Studenten organisatorisch nicht ohne Folgen zu lassen.



Vietnam

Die Demobilisierung nach den Notstandsstreiks hatte nicht nur Gründe , die aus dem Ende einer Protestphase und der unzureichenden und widersprüchlichen Aggumentation in der Verabschiedungsphase resultierten.

Die Demobilisierung ergab sich auch aus einem Bewußtsein der Studenten heraus, die sich emphatisch internen Proble- men der Metropolen zugewandt hatten und eine fast morali - sche Hinwendung zum Proletariat vollzogen. Nachdem die Kon- taktaufnahme mit jungen Kollegen und Betriebsgruppen zwar organisatorisch sich z.T. stabilisieren konnte, blieb die spektakuläre, angesichts der französischen Revolte im Mai/Juni verständlicherweise erhoffte Massensolidarisie- rung aus.

Liberales Bewußtsein mit moralischer Protestmotivation produziert schnell genug resignative Tendenzen.

Wenn reflektiert wird, wie wesentlich für die Konstitution von Protestbereitschaft in den letztem Jahren die Ausein- andersetzung mit dem imperialistischen Aggressionskrieg der USA in Vietnam, die Identifikation mit den sozialre- volutionären Bewegungen der Dritten Welt war, kann die Demobilisierung gerade von Studenten im Sympathisanten- feld des SDS nicht ohne eine Berücksichtigung der Ent- wicklung der Vietnam-Kampagne erklärt werden; das gerade auch, weil in der spezifisch anderen Situation der USA eine ähnliche Demobilisierung von Teilen der Antikriegs- bewegung sich ergab. Die Demobilisierung aktiver Protest- bereitschaft muß,neben einer gewissen Stagnation inter- nationalistischen Bewußtseins, parallel zu gewisser Stagnation der Befreiungsbewegungen, erklärt werden als Folge einer falschen Einschätzung der Pariser Vietnam- Gespräche.

Sowohl in den USA als auch in der BRD, hier besonders mit Hilfe der liberalen Presse vom Schlage der Frank- furter Rundschau, ist es gelungen, eine Stimmung zu erzeu- gen, die den Friedensschluß angesichts der so offensicht- lichen Friedensbereitschaft der USA schon in greifbare Nähe gerückt sehen will, um den reluktanten Vietnamesen die moralische Schuld für die Fortdauer des Krieges endlich in die Schuhe schieben zu können.

Daß faktisch die Eskalation der Bombardierungen seit der spektakulären Gesprächsofferte Johnsons keineswegs irgendeine Abmilderung erfahren hat, brauchte im SDS eigentlich nicht erwähnt zu werden, wenn nicht neuerdings Gruppen in die Lage geraten wären, plötzlich nicht mehr selbstbewußt Pressekampagnen wegen irgendeines adligen Legationsrats entgegentreten zu können.
Im Vordringen unreflektierten Moralisierens gegenüber dem Krieg in Vietnam (wie es auch von Spiegel/Zeit & Co. im Fall Biafra parallel dazu hergestellt wird) wird Oberflächlichkeit und mangelnde Kontinuität der Aufklärungsarbeit des SDS sichtbar. Was in Aktionen immer weiter bis zum Sturm auf Konsulate und Amerika-Häuser sich radikalisierte bis zu einem Grad, der nicht ohne immense politische und organisatorische Schwierigkeiten weiter zu steigern war, erwies sich nicht gleichzeitig als theoretisch vertieft und stabilisiert in seinem Engagement.
Die Massendemonstrationen gegen die US Aggression bereiteten schon am 21. Oktober 1967 (gerade auch in Westberlin) den Rückzug von intensiver Aufklärung über Vietnam vor und richteten sich mit neuer Emphase gegen die europäischen Machtstrukturen selbst. Die Parole "Die NATO ist unser Vietnam" der italienischen Genossen verbreitete sich auch im SDS. Diese Wendung war prinzipiell richtig und in ihrer ausschließlichen Beschränkung auch durch die begrenzte Arbeitskraft der Gruppen motiviert.
Auch der westberliner Vietnam-Kongreß vom 17./18. Februar nahm nicht wirklich Aufklärungsfunktionen wieder auf oder konkretisierte wirklich relevante Aktualisierung des anti-imperialistischen Kampfs, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf die phantasiereich drapierte organisierte Akklamation. Impulse für die Arbeit der Gruppen oder ihre theoretische Diskussion gab er wohl kaum.
Die Versuche zur Legitimation der weiteren Präsenz der USA in Vietnam bei aktiver Friedensbereitschaft beginnen, besonders seit der in traditionell antikommunistische Clichés sich einpassenden offiziellen Hysterie nach der Intervention in der CSSR, dem Legitimationskontext unserer Arbeit schwer zu schaden.

Der Kampf der Befreiungsfront wird von ihr selbst nicht als durch die Pariser Gespräche entscheidbar angesehen. Die Genossen der FNL haben bei unseren Gesprächen und Treffen am Rande des Sofioter Festivals uns als ihre politischen Waffenbrüder gebeten, auch an der zweiten Front (wie sie die US-Deserteure genannt haben) im Kampf nicht nachzulassen. Dazu sollte diese DK die entsprechenden Aufklärungsaktionen zu den Pariser Verhandlungen beschließen.
Ein Aspekt der Vietnam-Kampagne des SDS, der eine Konkretisierung anstrebte, die durch die Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik vorgegeben war, muß hier gesondert aufgeführt werden. Die Erfolge dieser Aktion, beispielsweise der Verteilung des Informationsflugblatts für die GIs (Of course, some GIs want to go to Vietnam), das wir hier in Frankfurt entwarfen, sind, darf man den ausgesprochen zahlreichen Presseberichten des Auslands glauben, einigermaßen eindrucksvoll.
Aus erklärlichen Gründen waren diese Aktionen nicht immer im gewohnten Öffentlichkeitsrahmen zu propagieren. Die westdeutsche Presse, fast ohne Ausnahme, hat mit ihrem Aussparen auch des gänzlich zugänglichen Bereichs in ihrer Berichterstattung die geheime Zensurpolitik der offiziellen Stellen der BRD übernommen.
Dort wo Studentenschaften und Gruppen des Verbandes, entsprechend dem vds-Beschluß zur Desertionspropaganda zur Verteilung von offenen Desertionsaufrufen übergingen, trafen sie auf den massiven Eingriff der politischen Justiz. Besonders die Prozesse gegen Heidelberger Genossen müssen hier erwähnt werden.
Signifikant für die öffentlichen Verdrängungsmechanismen ist, daß in diesen Fällen zaghaft-kritisch die Justiz als Büttel der USA interpretiert wird, um nur den Kontext zur übrigen politischen Justiz in der BRD zu zerstören.

Es ist in diesem Rechenschaftsbericht auch an anderen Stellen schon von der Zunahme der Repression und der politischen Verfolgung gegen die Studentenbewegung, besonders den SDS, und die gesamte außerparlamentarische Opposition die Rede. Es ist nicht notwendig, die Diskussion unserer koordinierten Gegenstrategie, wie sie gestern von Vertretern der Gruppen begonnen wurde, hier fortzusetzen. Es soll aber nicht versäumt werden, die Relevanz der Verlagerung der Auseinandersetzungen auf legalistische Ebenen für die Arbeit des SDS zu konstatieren. Die Versuche zur Vereinzelung der Genossen über massive Einschüchterung sind teilweise statt in politischer Diskussion aufgenommen zu werden, verdrängt worden. Es ist auch wesentlich Aufgabe der Gruppen, die Verurteilung von Anti-Springer-Demonstranten bei gleichzeitiger weiterer Verschärfung der Pressemanipulation in ungestörten Gerichtsverfahren weiter ordentlicher Gerichte mit weiter in juristischen Fakultäten fachidiotisch Ausgebildeten zu verhindern. Eine Kampagne zur politischen Justiz wird neben der Organisierung gegenseitiger Hilfe die politische Entlarvung der Herrschaftsfunktionen der Justiz zu leisten haben.

Zur Organisation des SDS einen gesonderten Abschnitt zu formulieren, kann nur den Sinn haben, die politische Entscheidungssituation organisatorisch zu präzisieren. Jede Bestimmung der Organisationsfrage unter bloss technischen und formalen Aspekten wäre absurd und belanglos angesichts der entstehenden neuartigen Oppositionsbewegung. Dagegen kann es zur Klärung beitragen, die Überwindung tradierter Organisationsformen des Verbandes an den alten Strukturen und den neuen Ansätzen klarzustellen. Seit etwa 1959/60 organisierten die SDS-Gruppen einigermassen kontinuierliche uund meist akademische Arbeitskreise, die sowohl die politischen Kampagnen aufarbeiteten wie die Notstandsopposition und die Ostermarschbewegung, als auch Strategiediskussionen führten, die zu einer Selbstverständigung nach der sozialdemokratischen Phase beitrugen, ohne zunächst praktisch relevant zu werden. Der Verband stellte sich zwar nicht als geschlossenes Gebilde aber als politischer Zusammenhang mit überregionaler Diskussion dar; entsprechend repräsentierte der BV weitgehend die Verbandspolitik. Mit dem Beginn der Protestbewegung, besonders in Berlin, wurden diese Formen in Frage gestellt. Während der letzten Bundesvorstandszeit von Schauer/Dabrowski wurden provokante Aktionen noch im Namen der Verbandspolitik administrativ abgewehrt; die Formen der Kongress - und Bündnispolitik definierten die taktischen Prinzipien des Verbandes. Die berliner Praxis der Radikalisierung und Mobilisierung, also der Beginnd der Protestbewegung, bestimmte jedoch zunehmend auch die westdeutschen Gruppen. Diesen Prozess hat der Bundesvorstand Reiche/Gäng durch eine intensive Kommunikation des Verbandes über die SDS-Korrespondenz und über die politische Initiative in den Gruppen qua Vietnam-Kampagne etc. unterstützt. Mit dem manifesten Übergreifen der Protestbewegung nach dem 2.Juni auf Westdeutschland, zunächst noch in moralischer Form, begann die Phase der Mobilisierung für fast alle Gruppen. Ausgehend von der DK 67 übernahm der SDS die Initiative bei der Konstitution der antiautoritären Bewegung durch Aktionen, die wesentlich zwar im Rahmen der Hochschulen stattfanden, aber nicht hochschulpolitisch im bornierten Sinn mehr zu nennen waren. Was sich vorher schon vorbereitet hatte, kam jetzt organisatorisch in zweifacher Hinsicht zum Ausdruck: Der Bundesvorstand wurde entsprechend dem ganzen Verband als organisatorische Einheit im strengen Sinn zureiner relativ abstrakten, formal-repräsentativen Institution. Besetzt als Kompromissgremium ohne einen kollektiven politischen Arbeitszusammenhang war der BV von vornherein als administrative Institution definiert. Zweitens wurde

in den Gruppen die überlieferte Struktur angegriffen und teils überwunden. An die Stelle eines festen Gruppenvorstandes trat häufig ein praktisches Aktionszentrum z.b. in Form der Projektgruppe, wie sie auf der letzten Delegiertenkonferenz zwar fetischisiert aber wirksam propagiert wurde. Zumindest verlagerte sich die Arbeit auf Aktionen, in denen die überlieferten Organisationsformen, zeitweise auch die theoretischen Arbeitskreise belanglos und überflüssig wurden; die Gruppen definierten sich organisatorisch durch permanente Aktionen. Diese Dezentralisierung des Gesamtverbandes SDS und die Akzentuierung der einzelnen Aktionskollektive in den Gruppen wurde durch keinerlei regionale Kooperation, wie sie auf der Delegiertenkonferenz und vom Bundesvorstand gefordert worden war, ergänzt. Eine überregionale Diskussion br schliesslich brachte der BV weder vor und schon gar nicht nach den grossen Aktionen und Pfingsten zustande. Unter den objektiven Bedingungen der Dezentralisierung und des Aktionsdrucks hat der BV auch subjektiv keine ausreichenden Initiativen entwickelt. Die drei Beiratsmitglieder waren an ihren Orten völlig in ihrer Arbeit ausgelastet; die Bundesvorsitzenden konnten ihre Funktion für den Gesamtverband wesentlich nur nach aussen erfüllen. Wenigstens für die innere Kommunikation, etwa für die SDS-Korrespondenz, hätte mehr Energie aufgerbacht werden müssen.
Komplementär durch die Personalisierung auf den Genossen Dutschke durch die Massenmedien, zwar auch ein Element von zumindest propagandistischer Vereinheitlichung, waren die Gruppen fast völlig voneinander isoliert. Das heisst nicht, dass sie nicht in einer gemeinsamen politischen Tendenz und unter gemeinsamen Prinzipien gearbeitet hätten. Nur wurden diese nicht gemeinsam formuliert und organisiert. Unter diesen Umständen verstärkte sich auch die Ungleichzeitigkeit zwischen den grossen und kleinen Gruppen. Die neue Qualität der Protestbewegung kam in den kleinen Gruppen nur äusserlich zum Tragen, während gegenüber den spezifischen Möglichkeiten nicht-reformistischer Praxis zuweilen völlige Orientierungslosigkeit herrschte, was sich an hochschulpolitischen Aktivitäten besonders zeigen liesse.
In Berlin realisierte sich nach der Massendemonstration am 21. Oktober vage Ansätze einer Syndikalisierung von ausseruniversitären Gruppen; die Problematik von Interessen politik und

organisatorisch qualitativer Arbeitsteilung der Opposition wurde damit vordringlich. Später, nach den Springerblockaden bei der Vorbereitung des 1.Mai, schien eine organisatorische Lösung in den Basisgruppen ansatzweise geg ben, ohne dass der nspruch kontinuierlicher Arbeit durchgehalten werden konnte.

In dieser Situation der Ungleichzeitigkeit sollte die derzeit vorpolitische Verbadnseinheit des SDS durch die a.o. DK im März wieder als politische hergestellt werden. Die einzige SDS-Korrespondenz des Jahres wie die a.o. DK selber, waren jedoch thematisch mit der Parlamentarismus-Kritik relativ abseitig angelegt. Politische Diskussion als aktuelle Formulierung der eigenen geschichtlichen Situation wurde völlig verdrängt; die berliber Position war apologetisch an der ie immer auch fortgeschrittenen eigenen Praxis fixiert und unfähig zur Formulierung präziser strategischer Bestimmungen, während der BV eine zwar organisatorisch gewendete, aber zentristisch und deshalb abstrakte rgumentation vertrat. Was an neuen Ansätzen der Ausweitung und Radikalisierung der Opposition im SDS selbst zu einer Entscheidungssituation führte wurde nicht formuliert und reflektierte sich nur blind in der diffusen Situation der DK.

Die einzelnen Organisationsversuche der verschiedenen Gruppen auf verschiedenen Stufen, wie sie formalisiert in der BV-Resolution vom März beschrieben wurden - Projektgruppen, Kontaktgruppen, Basisgruppen, Institute, Klubs - , müssen in ihrem konkreten politischen Zusammenhang von den Gruppen selber auf dieser DK diskutiert werden. Hier kommt es nur darauf an, die gemeinsame Tendenz und deren Bedeutung für eine Organisatorisch relevante Entscheidung des gesamten Verbandes darstellen.

Die aktionsbezogenen Kollektive waren während des Wintersemesters in aller Regel der Hochschulrevolte angemessen organisiert, es gab sogar eine erste Konsolidierung trotz des Aktionsdrucks. Die Springer-Blockaden überforderten jedoch wenigstens einige der Gruppen besonders in dem Sinn, dass die anschliessende Phase der Kontakte mit jungen Arbeitern und Angestellten kaum anders als oberflchlich propagandistisch bewältigt werden konnte. Der Sternmarsch leistete im Sinne einer Konsolidierung auch keine Dienste, umso schwächer begannen mit wenig bewussten Perspektiven die Notstandsstreiks. In ihrem Verlauf wurden die wesentlichen organsiatorischen Zusammenhänge schliesslich auch

unterm allgemeinen subjektiven Eindruck der politischen Ohnmacht zersetzt. Die permanenten Gefahren etwa der Privatisierung wurden unmittelbar akut. Das gilt auch für Berlin, obwohl die Notstandsstreiks dort kaum eine Rolle spielten und eine halbherzige Hochschulrevolte keine politische Mobilisierung, aber desto mehr organisatorische Auflösung bedeutete.

An dieser Stelle muss die relativ eingegrenzte Darstellung politisch erweitert werden. Die Kontinuität, wie sie sich in diesem Abschnitt in der Ausweitung der Protestbewegung zeigte, hat sich keineswegs mechanisch durchgesetzt. Im Gegenteil hat es bis heute erhebliche Widerstände gegen die antiautoritäre Bewegung im SDS gegeben. Als ein poisitives Element der Politisierung gab es Fraktionskämpfe freilich auch zuvor. Die qualitativ neue Phase ist aber durch die praktische Ausweitung und Bedeutung der Protestbewegung definiert, d.h. die folgenlose Fraktionsspaltung in der akademischen Phase gefährdet nun die Aktionseinheit. Die Aktion konstituiert aber wesentlich die Oppositionsbewegung nachdem sie ihre latente Phase überwunden hat. Die praktischen Konsequenzen eines solchen Richtungskampfes zeigen sich am deutlichsten in den Gruppen München und Köln. In München haben sie inzwischen zur faktischen Auflösung des SDS geführt, während in Köln die verfestigten Gegensätze die Gruppe ständig zu paralysieren drohen. Auf Verbandsebene schliesslich wiederholten sich diese Gegensätze auf dem Sofia-Festival. Zwar wird in der Diskussion um den Ausschlussantrag des Bundesvorstandes gegen fünf Genossen die Argumentation noch in extenso darzustellen sein, es ist jedoch notwendig, hier bereits den Bezugsrahmen für den Verbandsausschluss zu definieren. Es sind nicht satzungs - oder programmdefinierte Prinzipien, die die Protestbewegung tragen, sondern praktische Prinzipien, wie wie sich in den Aktionen herausgebildet haben. Sie orientieren sich an geschichtlichen Ansprüchen revolutionärer Politik, die unmittelbar und kompromisslos exemplarisch realisiert werden und eine Moral politischen Verhaltens konstituieren, die in Kategorien von z.B. traditioneller Bündnispolitik nicht mehr begriffen werden kann. So vage diese Prinzipien scheinen, so sehr haben sie praktische Relevanz inzwischen erlangt. Sie bestimmen die Einheit und geschichtliche Tendenz der Oppositionsbewegung.

Die Entscheidungsituation des SDS ist in Grundrissen herausgearbeitet. Sie wird von der Ambivalenz von einerseits produktiver, positiver Überwindung tradierter Organisationsformen und andererseits von Organisationselementen überhaupt. Daraus ergibt sich, daß das Problem der Zentralisierung im SDS durch keine abstrakte Stärkung des Bundesvorstands als Institution gelöst werden kann. Der politische Prozeß einer organisatorischen Vereinheitlichung des Gesamtverbandes kann auf dieser Delegiertenkonferenz nur beginnen; es wird von der Initiative des nächsten Bundesvorstandes in den Gruppen wesentlich abhängen. Entscheidende Bedingung einer weiteren prozessualen Bildung von informellen Kadern in den Gruppen wird ein festes arbeitsteilig organisiertes Kollektiv auf Verbandsebene sein.

Unter dieser Perspektive beginnt nach der notwendigen Phase der antiautoritären Mobilisierung die organisatorische Weiterentwicklung und Konsolidierung der Protestbewegung als Organisation des offensiven Widerstands.

II. Zur Ausschlußfrage

Satzungsänderung:

In die Satzung des SDS wird folgender § eingefügt:

§ 18a. Die Delegiertenkonferenz als oberstes Organ des Verbandes (§16) kann mit satzungsändernder (2/3) Mehrheit Mitglieder aus dem Verband ausschließen.

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND -SDS- Bundesvorstand

a.o. Bundesvorstandssitzung vom 10.August 1968

Entschließung

Die Genossen Peter Bubenberger (Köln), Fred Schmid (München), Wanja von Heiseler (Frankfurt), Stephan Voets (Wuppertal) und Andreas Achenbach (München) sind während der IX.Weltjugendfestspiele in Sofia wiederholt als Sprecher einer "SDS-Delegation" gegen Initiativen des SDS aufgetreten, obwohl der Bundesvorsitzende sie darauf hingewiesen hatte, daß ein derartiger politischer Anspruch angesichts der Auffassungen der Mehrheit der in Sofia anwesenden Genossen wie auch der Zufälligkeit der politischen Zusammensetzung der SDS-Teilnehmer absurd erscheinen müsse und daß ihre politischen Positionen sich inhaltlich gegen den SDS richteten.

Sie haben insbesondere öffentlich wiederholt die Initiative des SDS zu einer Demonstration vor der US-Botschaft als spalterisch diffamiert und die handgreiflichen Aktionen gegen diese Demonstranten für notwendig erklärt und ausdrücklich begrüßt. Sie haben sich an den Aufmärschen der SDAJ und "spontaner bulgarischer Arbeiter" vor der US-Botschaft beteiligt, obwohl diese Aufmärsche mit Bracchialgewalt das vom SDS einberufene sit-in auflösen sollten. Sie haben während der anschließenden Diskussion im Arbeitskreis Festival über diese Demonstration zwar bei einer Abstimmung über den Ausschluß des SDS-Bundesvorsitzenden aus dem Teilnehmerkreis sich der Stimme enthalten, jedoch in Diskussionsbeiträgen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hielten.

Sie haben in Foren und Kolloquien des Festivals mehrfach erklärt, sich vom SDS-Bundesvorstand nicht repräsentiert zu fühlen, Wanja von Heiseler erklärte dies sogar unmittelbar nach dem Faschismus-Voewurf gegen den SDS-Bundesvorsitzenden durch einen bulgarischen Delegierten.

Sie haben beschlossen, sich an einem Empfang der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR zu beteiligen, obwohl sie wußten, daß der SDS-Bundesvorsitzende als einziger Teilnehmer aus der BRD "ausgeladen" worden war.

Sie haben nach dem tätlichen Angriff durch bulgarische Polizei in Zivil auf Besucher der chinesischen Botschaft die Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden, demonstrativ der Botschaft einen Besuch machen zu wollen mit einem Flugblatt der"SDS-Delegation" beantwortet, in dem diese Initiative als"billige Provokation" mit der"objektive(n) Wirkung eines 'Antifestivals'" apostrophiert wurde.

Die Situation des IX.Festivals war geprägt von latenten politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Weltbewegung. Eine rationale Diskussion um diese Differenzen wurde jedoch durch die Festivaladministration zu verhindern versucht. Manipulation von Rednerlisten,

Behinderung der Delegation unserer Genossen der Confoderation Iranischer Studenten CISNU, Nichtzulassung der UNEF und Beschlagnahme von CSSR-Material bei ungehinderter Verteilung von regierungsfreundlicher BRD-Propag nda beschrieben die Öffnung des Festivals nach rechts bei der Einengung schon der Diskussion unter Sozialisten. Die Genossen Bubenberger, Schmid, Heiseler, Voets, Achenbach haben nicht nur in wesentlichen Fragen (beispielsweise der Kritik an Aspekten der sowjetischen Koexistenzpolitik) mit dem politischen Anspruch einer "SDS-Delegation" mit der Linie des SDS nicht übereinstimmende Auffassungen vertreten, sondern bei ihrer Identifizierung mit der Festivaladministration sogar Bracchialgewalt und Polizeieinsatz in Kauf genommen. Der Bundesvorstand des SDS stellt deshalb gegen die Genossen Bubenberger, Schmid, Heiseler, Voets, Achenbach Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Der Bundesvorstand hat sie gemäß §13 a der Bundesausschlußordnung mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert.
Der Bundesvorstand ist sich bei dieser Entscheidung darüber klar, daß in der antiautoritären Phase des Verbandes derartige organisatorische Maßnahmen der besonderen Begründungbedürfen; das schon, weil von vornherein nicht der Eindruck entstehen darf, als werde in sozialdemokratischer Manier mit mißliebigen Meinungen im SDS "abgerechnet". Wir sind aber der Auffassung, daß der Bundesvorstand auf eine nicht bloß politische sondern auch handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS nicht passiv reagieren kann. Das selbstverständliche Recht auf unterschiedliche theoretische Ansätze und Differenzen um Taktik und Strategie kann in einem vielschichtigen Verband wie dem SDS nicht als Möglichkeit zum je möglichen Kampf gegeneinander mißverstanden werden. Den SDS bloß noch als gemeinsame organisatorische Hülle mit gemeinsamen Absichmaschine zu begreifen, vernachlässigt den grundlegenden Anspruch sozialistischer Organisation. Der Bundesvorstand hält eine schnelle politische Antwort für erforderlich, gerade um rationalen Argumenten im SDS wieder ihren gebührenden Platz einzuräumen. Eine Suspendierung bedeutet keinen Ausschluß aus dem Verband; der Bundesvorstand beansprucht nicht, sich zum Tribunal für "Wohlverhalten" der Genossen aufzuschwingen. Die Suspendierung beschreibt die Dringlichkeit zur Klärung der politischen Situation, wie sie der Bundesvorstand anstrebt und in die Gruppendiskussion tragen möchte. Der Bundesvorstand bedauert -gerade weil er eine politisch-organisatorische und nicht eine juristische Entscheidung zu fällen hatte- daß der Genosse Herbert Lederer der BV-Sitzung nicht bis zum Schluß beigewohnt hat und in eine inhaltliche Diskussion nicht hat eintreten wollen, weil die Betroffenen bis auf Wanja von Heiseler nicht anwesend seien.

Herbert Lederer
Mitglied des BV des SDS

4300 Essen, den 28. August 1968
obere Fuhr 36
Tel. o2141/283793

Genossen!

Zur leidigen Suspendierungsgeschichte der drei frankfurter Bundesvorstandsmitglieder.

Der Brief dieser Genossen endet: "Der BV bedauert - gerade weil eine politische-organisatorische und nicht eine juristische Entscheidung zu fällen war -, daß der Genosse Herbert Lederer der BV-Sitzung nicht bis zum Schluß beigewohnt hat und in eine inhaltliche Diskussion nicht hat eintreten wollen, weil die Betroffenen bis auf Wanja von Heiseler nicht anwesend waren."

Was war diesem verkürzt und daher manipulativ dargestellten Schlußergebnis vorangegangen?

1. In der Nacht vor der BV-Sitzung wurde ich angerufen, um in Frankfurt mit den BV-Mitgliedern über die "Ereignisse in Sofia zu sprechen". Von einer bevorstehenden Suspendierung der fünf Genossen war keine Rede, ich hätte sonst Wanja, Peter Bubenberger und Stafan Voetz mitgebracht.

2. Unter dem Patronat von "STERN-Reporter" Helmut Schauer wurde mir ein Antrag überreicht, der die Suspendierung der fünf Genossen aussprach. Der Antrag ist wörtlich mit Ausnahme des nach der Diskussion eingefügten Schlußabsatzes im Brief des BV erschienen. Ein kurzes Abtasten ergab, daß die Genossen Wolff, nochmals Wolff und Krahl die Suspendierung schon beschlossen hatten und durch nichts von ihrem Beschluß abzubringen waren. Die Diskussion mit mir sollte allenfalls demokratisches Alibi für sozialdemokratische Ausschlußpraxis liefern.

3. Ich weigerte mich, blind den Informationen des Genossen 1. Vorsitzenden zu vertrauen, und erklärte mich daher nicht bereit, den Ausschluß weiter zu diskutieren und zwar aus folgenden Gründen:

a) Angesichts der Ausschlußverfahren innerhalb der Arbeiterbewegung hielt ich es zu diesem Zeitpunkt für konstitutiv in einem Verband, in dem Sozialismus und Demokratie nicht nur bürgerlicher Presse zuliebe verkündete Interdependenz verbindet, die auch innerverbandlichen Maßstab darstellt, daß zu suspendierende Genossen vor ihrer Suspendierung angehört würden. Dem wurde entgegnet, dies sei "bürgerlich-juristisches Denken". Ebenso klar waren die Aussagen des Genossen Krahl ("unwichtig, weil nach der antiautoritären Phase die Suspendierung zur Klärung der politischen Machtfrage im Verband diene") und des Genossen Blüem ("unwichtig, denn Sofia sei nur akzidentiell"). Was sollte ich unter derartigen Bedingungen dort noch?

b) Außerdem hielt ich die bürokratische Spitze des Verbandes, seinen Bundesvorstand, bei einem so entscheidenden Ein-

schnitt in der nachsozialdemokratischen SDS-Geschichte für generell unzuständig, ohne vorangegangene Diskussion im Verband qua Suspendierung den seiner Ansicht nach - "Rädelsführern" der an Marx und Lenin orientierten Genossen im Verband die Qualifikation des "Genossen" abzusprechen.

Da die Suspendierung primär den Flügel im SDS treffen sollte, dem die fünf Genossen angehörten, hielt ich allein die Delegiertenkonferenz für legitimiert, derartige Schritte einzuleiten. Der Hinweis des Genossen 1. Voersitzenden, es sei wünschenswert, wenn der Bundesvorsitzende a l l e i n derartige Maßnahmen beschliessen könnte, verdeutlichte die Vorstellungen der drei frankfurter Bundesvorstandsmitglieder von innerverbandlicher Demokratie - Vorstellungen, die es mir unmöglich machten, weiter zu diskutieren.

4. Ich bat, wenigstens noch ein Minimum an Fairneß aufzubringen und diese zwei Erwägungen mit in den Rundbrief einzubeziehen. Was dabei herausgekommen ist, habt Ihr gelesen: Ein apologetischer Schlußsatz, der den Maßnahmen den sozialdemokratischen Charakter nehmen will durch dessen verbale Negation, für uns ihn dadurch jedoch nur verdeutlicht - eine verstümmelte Wiedergabe der Position, die ich in dieser Sitzung vertreten habe.

5. Die Delegiertenkonferenz sollte ausführlich über diese spalterische Aktivität der drei frankfurter Bundesvorstandsmitglider diskutieren. Verstärkt gilt es, die Auseinandersetzung nicht nur mit den Wyschinskis, sondern auch mit den Wischnewskis im Verband zu führen. Wir sind stark genug, auf das Mittel des Ausschlusses in dieser Auseinandersetzung zu verzichten.

ROTFRONT!

gez. Herbert Lederer

PS:
Die kölner Gruppe hat selbstverständlich dem Suspendierungsantrag der drei frankfurter Bundesvorstandmitglieder nicht entsprochen, trotz K.D. Wolffs intensivster Bemühungen. Sie hat den Genossen Bubenberger nachträglich zum Delegierten gewählt.

BERICHT DER KÖDNER ANTI - AUTORITÄREN ZUR LAGE IM SDS - KÖLN

1. Peter Bubenberger ist aus dem kölner SDS nicht ausgeschlossen worden

2. Der kölner SDS besteht aus 2 Fraktionen, die voneinander unabhängig je zwei Delegierte gewählt haben. Diese sind unschwer voneinander zu unterscheiden.

Zu 1) Die Anti-Autoritären haben sich an der Abstimmung über den Antrag, P.B. auszuschließen, nicht beteiligt. Sie wären dazu bereit gewesen, für einen Ausschluß zu stimmen, wenn

a) P.B. handgreiflich geworden, d.h. über das übliche Verhalten der KPdisten hinausgegangen wäre

b) wenn wahrscheinlich gewesen wäre, daß durch den Ausschluß P.B.s entweder er selbst oder andere KPdisten künftig von ähnlichen Aktionen, die die Aktionseinheit des SDS zerstören, abgehalten würden.

Der erste Grund war offensichtlich nicht gegeben, den zweiten hielten wir für nicht genügend geklärt, da eine Entscheidung mit dieser Zielsetzung nicht mehr P.B. allein, sondern die Gesamtfraktion der KPdisten im SDS betrifft. Für die Entscheidung der damit zusammenhängenden Fragen schien es uns notwendig, die DK abzuwarten. Wir haben erklärt, daß uns eine Abstimmung in dieser Situation nur die Wahl ließe, entweder unpolitisch für Ausschluß zu stimmen, oder den KPdisten die Möglichkeit zu geben, unsere Ablehnung des Ausschlusses als Solidarisierung mit P.B. und damit mit ihrer Politik zu propagieren. Unter Ausnutzung ihrer momentanen Mehrheit setzten die KPdisten daraufhin per Geschäftsordnungsbeschluß die Abstimmung durch. Bei dieser Abstimmung verließen wir den Raum. P.B. wurde mit einer Gegenstimme nicht ausgeschlossen!

zu 2) Die KPdisten setzten ihre entpolitisierende irrationale Taktik fort, damit wurde gemeinsamen Beschlüssen in einer MV die Grundlage entzogen. Deswegen konnte die Frage der Delegierten nur über einen Kompromiß gelöst werden, in dem beide Fraktionen unabhängig voneinander ihre Delegierten wählten. Dieser Weg mußte die Spaltung der Gruppe vertiefen. Wir stimmten ihm dennoch zu, weil wir es für wichtig hielten, mit der Ausformung neuer organisatorischer Ansätze in unserem Lager zu beginnen, statt unsere Energie in unfruchtbaren Diskussionen zu vergeuden. Obwohl Genossen Lederer dieser Sachverhalt bekannt war, hat er in seinem Rundbrief von vor einer Woche behauptet, "Die Kölner Gruppe hat selbstverständlich dem Suspendierungsantrag der drei Frankfurter BV-Mitglieder nicht entsprochen, trotz KD Wolffs intensivster Bemühungen. Sie hat den Genossen Bubenberger nachträglich zum Delegierten gewählt." Wen Lederer hier als Kölner Gruppe betrachtet, dürfte aus unseren Ausführungen klar geworden sein.

III. ZUR ENTWICKLUNG IN DER CSSR

Die "linke" Empörung über die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR oder das schlichte Bedauern seitens der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens etc. neigt sehr dazu, die Kehrseite der Medaille zu sein, deren andere Seite die Rechtfertigung der Intervention ist: wer nämlich glaubt, Die SU habe durch die Intervention "den Sozialismus verraten", macht sich noch Illusionen über den "Sozialismus der Sowjetunion." Und wer glaubt, sich angesichts der Intervention für die Dubcek-Richtung stark machen zu müssen und im Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen eine Lösung zu sehen, folgt der Politik der SU insofern, als er sich die von ihr vorgeschobenen Scheinalternativen zu eigen macht. Wenn wir hier in den hochindustrialisierten Metropolen des Inperialismus revolutionär arbeiten wollen, darf unsere Analyse der Entwicklung des "Sozialistischen Lagers" weder steckenbleiben in der weiteren unausgewiesenen Kennzeichnung der SU, der Volksrepubliken Bulgarien, Jugoslavien, Polen, Rumänien, CSSR und der DDR als sozialistische Länder, noch in der Beschwörung eines "Demokratischen Sozialismus"--schon dieser Begriff kennzeichnet unsere jahrelange Defensive sowohl gegenüber der Entwicklung des "Sozialismus" in diesen Ländern, der für uns kein Vorbild sein konnte, als auch gegenüber den Verhältnissen in der BRD, die die häufige Verwendung des Begriffes "demokratisch" als opportun erscheinen ließen. Gerade diejenigen "Linken" in der BRD, die heute die Intervention in der CSSR rechtfertigen, reduzierten die Kämpfe in den Metropolen auf den "Kampf für Frieden und Demokratie" und verkürzten den Kampf gegen die Notstandsgesetze auf eine Verteidigung "demokratischer" Verfassungspositionen.

Sowohl die Politik der neuen technokratischen Elite in der CSSR als auch die militärische Besetung des Landes durch die Truppen des Warschauer Pakts, sind nur zu verstehen, wenn auf ihre historischen Ursachen im Stalinismus zurückgegangen wird. Unter dem Stalinismus verwandelte sich die Staatsform der Sowjetunion aus der unter Führung des Bolschewiki erkämpften Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Parteiergane über das Proletariat. Der Aufbau und die Verteidigung des "Sozialismus in einem Lande" führte zur Errichtung des Sozialimperialismus der Sowjetbürokratie in den Ausbeutungsverhältnissen, den ökonomischen Beziehungen der SU zu den Ländern

ihres Herrschaftsbereiches.
konstitutiv für die Etablierung derartiger Beziehungen waren: der imperialistische Druck auf die UdSSR, der sie zur forcierten Industrialisierung und Rüstung zwang, und das Eigeninteresse eine Bürokratie, die sich im Verlauf verschärfter Akkumulation mehr und mehr gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse--auch im internationalen Rahmen--verselbständigte und damit zur Entwicklung von antagonistischen Widersprüchen in einem sozialistischen Land führten. Der historische Wendepunkt zu einer nicht mehr nur partiellen Verselbständigung der Bürokratie liegt in der Einführung des ersten Fünfjahresplans im Jahre 1927. Mit diesem Schritt versuchte sie zum ersten Mal, ihre historische Funktion als Ersatzbourgeoisie zur diktatorischen Durchsetzung beschleunigter Akkumulation auch gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Die Legalisierung des Marktes in der NEP-Periode und die damit verbundene Stärkung des Kleinbürgertums wurden mit einem Schlage rückgängig gemacht. Das Ergebnis war jedoch nicht eine Öffnung nach links, sond rn die verschärfte Akkumulation hatte die offene politische und ökonomische Unterdrückung der Lohnabhängigen, ihre restlose Unterwerfung unter das Leistungsprinzip und die endgültige Liquidierung ihrer durch die Oktoberrevolution errungenen rätesozialistischen Machtpositionen zur Folge. Damit hatte die Politik des "Sozialismus in einem Lande"zur Errichtung eines bürokratischen Herrschaftssystems geführt.
Mit der Aufrüstung gegenüber der drohenden imperialistischen Aggression wurden nun die durch die Fünfjahrespläne systematisch eingeführten sozialistischen Planunsprinzipien selbst wieder pervertiert. Hatte der Grundsatz der planmäßigen Vorausinvestition in die Produktionsmittelindustrie zum Ziel, den Aufbau der Konsumgüterindustrie zu beschleunigen und progressiv zu differenzieren, so wurde die Schwerindustrie durch ihre immer stärkere Abhängigkeit von der Rüstung selbst zu Konsumindustrie--und zwar für den gesellschaftlich unproduktiven Konsum von Kriegsausrüstung. Diese toten Kosten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mußten entweder zur Stagnation der Produktionsmittelindustrie oder der der Konsumgüterindustrie führen.



So mußte die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg überstehen, ohne auf die Macht von in Räten organisierten Massen sich stützen zu können, ohne die eingeführten Prinzipien sozialistischer Planung realisieren zu können. Der Kampf gegen den Faschismus wurde als "Großer Vaterländischer Krieg" mit Hilfe von nationalistischer und auch chauvinistischer Agitation geführt, um die gesamte "Bevölkerung" mobilisieren zu können. Den Schritt zur "Volkspartei", die der XX. Parteitag zur offiziellen Ideologie erhob, hatte die Stalin'sche Parteibürokratie bereits damals objektiv vollzogen.

Mit diesen ökonomischen und politischen Bedingungen waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Sozialismus in einem Land nach dem Zweiten Weltkrieg zur Etablierung eines internationalen Ausbeutungssystems, des sowjetischen Sozialimperialismus, führte.

II

Die ökonomische Ausbeutung der osteuropäischen Länder hat nicht dieselbe Ursache wie die der Kolonialländer durch den klassischen Imperialismus und beruht darum auf einer anderen Struktur internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Der klassische Imperialismus exportierte Kapital, um der permanenten Gefahr der Überproduktion zu begegnen, wobei die Industrialisierung der Kolonialländer zwangsweise verhindert wurde. Dagegen mußten die osteuropäischen Länder verstärkt akkumulieren, um den Wachstumsprozeß im industriell rückständigen, kriegszerstörten Rußland zu fördern. Grundsätzlich verlief die Ausbeutung über die drei klassisch-imperialistischen Mechanismen: teuer verkaufen (über Weltmarktpreis), billig einkaufen (unter Weltmarktpreis) und unmittelbare Ausbeutung der Arbeiter in den Satellitenstaaten (z.B. durch die Errichtung sowjetischer Aktiengesellschaften im damals sowjetisch besetzten Teil Deutschlands). Da die SU die Satellitenstaaten zum Aufbau eigener Schwerindustrien zwang (es gibt freilich Ausnahmen wie Rumänien), wurden diese extrem rohstoffabhängig von ihr. Dies verhinderte eine optimale Arbeitsteilung der osteuropäischen Wirtschaften.

Die CSSR war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg weitgehend industrialisiert, und zwar auf dem Investitionsgütersektor mehr als die übrigen Satellitenstaaten. Die mit den genannten Handelsbedingungen verbundene verschärfte Akkumulation war aber selbst hier nicht ohne erheblichen Konsumverzicht der Massen möglich. Die daraus resultierenden ökonomischen und politischen Schwierigkeiten führten dazu, daß vor allem die Tschoslowakei einen Teil des notwendigen Investitionskapitals im Rahmen des Marshall-Plans zu beschaffen versuchte. Im Zeichen der Verschärfung des Kalten Krieges und des Versuchs des US-Imperialismus, die osteuropäischen Länder aus dem neu etablierten Machtbereich herauszubrechen, verhinderte die Sowjetunion die Kreditaufnahme. Parallel dazu wurde die Betriebsrätebewegung entmachtet, die Anfang Mai 1945 die Produktion übernommen hatte. Damit wurde die Entmachtung der Betriebssowjets, wie sie um 192o unter dem objektiven Zwang des Kriegskommunismus und der niederlage der Revolution in Deutschland als Alternative zu einer revolutionären Innen- und Außenpolitik vollzogen wurde, nun zu einem unmittelbaren Ausdruck des Herrschaftsinteresses der Sowjetbürokratie. Bereits im Oktober 1945 wurden zentrale Mager und Produktionsaufsichtsräte eingesetzt, die nur zu einem Drittel von den Arbeitern gewählt wurden. Die Ausschaltung einer potentiell revolutionären Arbeiterbewegung in der ersten Phase der Machtübernahme der Bürokratie entsprach auch dem Vorgehen der Sowjetunion in den anderen osteuropäischen Ländern. Hauptgegner der Bürokratie war in dieser Phase also nicht die einheimische Großbourgeoisie. Diese hatte vor dem Krieg weitgehend eine Kompradorenrolle gegenüber dem deutschen Großkapital gespielt und war dann vom Faschismus enteignet worden. Ihrer ökonomischen Machtstellung beraubt, fiel ihre politische Entmachtung nicht schwer. Die Machtübernahme von 1948 besiegelte die Ausschaltung des nationalen Groß- und Kleinbürgertums. In den Jahren bis 1953 wurde die KPC von allen nationalkommunistischen , "titoistischen" Kräften gereinigt.

In den folgenden Jahren entwickelte sich die CSSR unter dem in der SU geschaffenen Leitungsmodell relativ schnell. (Die durchschnittliche Wachstumsrate betrug bis 1960 8%, die der Industrieproduktion 12%.) Als Folge der ökonomischen Ausbeutung durch die SU kam es jedoch zugleich zu einer disproprtionalen Zunahme der Investitionsgüterindustrie, der eine Vernachlässigung des Konsumgütersektors entsprach. Die Konsumgüterindustrie wuchs nur halb so schnell wie das Sozialprodukt

Ab Anfang der 60ger Jahre gingen die Zuwachsraten immer mehr zurück, bis diese Entwicklung 1963 in eine schwere Wirtschaftskrise mündete. Da die CSSR durch die Überbetonung extensiven Wachstums den Anschluss an den internationalen Produktivitätsstandard verloren hatte, wurden ihre Absatzmärkte durch östliche und westliche Konkurrenz gefährdet. Zwar stiegen die Wachstumsraten wieder in den letzten Jahren, aber die Hälfte dieses Zuwachses ging auf Lager.

Angesichts der Stagnation der Wirtschaft beschloss die KPC 1965, das " neue Wirtschaftsmodell" (NÖS) schrittweise einzuführen, von dem allerdings nur die Grosshandelspreisreform verwirklicht wurde. Sollten weitergehende Wirtschaftsreformen verwirklicht werden, so musste zunächst die konservative Novotny-Gruppe ausgeschaltet werden, die der Realisierung der geplanten Wirtschaftsreformen im Wege stand. Ansatzpunkt der Sik'schen Reform, die weit über die Konzeption des "Neuen Wirtschaftsmodells" hinausgeht(wie übrigens auch über das NÖSPL in der DDR), sind die veraltete Industriestruktur, die disproportionale Entwicklung vom Konsum- und Investitionsgüter-Sektor, das Zurückbleiben des technischen Standards der Erzeugnisse, das Missverhältnis zwischen Schwer- und Leichtindustrie und die niedrige Arbeitsproduktivität. Daraus ergeben sich vier Hauptziele für die Reform: Dezentralisierung, Lohndifferenzierung, Einführung von weiteren Marktmechanismen (bzw. des Profitmotivs) und Öffnung der Wirtschaft nach Westen.

III

Was bedeuten nun die Reformen für die verschiedenen am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen. Zunächst grösseren Aktionsspielraum und höhere Einkommen für die Betriebsführung. Da zudem ein Druck auf die Löhne und Arbeitslosigkeit zumindestens kurzfristige Folgen der Rationalisierung sein mussten, kam es zu Streiks. Die Preisreform hat bereits Teuerungen nach sich gezogen, die ebenfalls zu Lasten der lohnabhängigen Massen gehen. Um deren Forderungen zu neutralisieren (so Ota Sik), wurde ein Mitbestimmungskonzept entworfen, das die Arbeiter in die Betriebe integrieren sollte. Wie die "politischen Freiheiten" (die die einer abgespaltenen, verbürgerlichten Intelligenz sind) antwortet das Mitbestimmungsmodell auf ein reales Demokratisierungsbedürfnis, dessen objektiver Grund in dem Versagen der alten Planungsinstanzen gegenüber einem durch fortschreitende Technologisierung und immer weiter differenzierte Arbeitsteiligkeit veränderten Produktionsprozess und in der Notwendigkeit eines höheren Grades von kollektiver Intelligenz durch Teilnahme der Produzenten an [illegible] dungen zu suchen ist. Um aber die [illegible] Verfügungsgewalt über die nationale Wirtschaft zu erhalten, versucht die neue technokratische Elite, dieses reale Demokratisierungsbedürfnis dadurch zu befriedigen, dass sie ein Program der Liberalisierung aufstellt und sich so die Unterstützung der Massen sichert.

IV

So unterschiedlich uns die Entwicklung in der CSSR und der [illegible] gerade aufgrund der Intervention zu sein scheint, stellt der Reformkurs [illegible] nur die konsequente Weiterentwicklung jener unter dem Vorzeichen [illegible] tion der Planungsbürokratie dar, die auf Kosten der [illegible] Arbeiterklasse durch ihre Beteiligung an den Produktions[illegible]

Schon in der NEP-Periode wurden Planung und Organisation nach vom Kapitalismus
übernommenen Rationalitätskriterien gestaltet,statt als Schule zur Entfesselung
der Produktivkraft Bewusstsein aufgefasst zu werden.Die Produzenten wurden weder
an der ökonomischen Planung noch an der Organisation der Arbeit selbst beteiligt,was ihnen allein ermöglicht hätte,ihren Stellenwert im Gesamtproduktionsprozess zu erkennen und tendenziell selbst zu bestimmen.Eine solche Beteiligung
an den Produktionsentscheidungen hätte als massenhafter Lernprozess,der den Qualifikationsgrad der Arbeiter zu heben in der Lage gewesen wäre,tendenziell den
Widerspruch von leitender und ausführender,von geistiger und manueller Tätigkeit aufgehoben.An die Stelle eines solchen politischen Anreizes zur Arbeit trat
die materielle des Prämiensystems.Die Aufhebung der Entfremdung der Arbeit wurde nicht als ein dialektischer Prozess begriffen, sondern auf einen Sanktnimmerleinstag verschoben,an dem die Produktivkräfte einen bestimmten Stand der Entwicklung erreicht haben würden.Es bildete sich jene für fast alle heutigen kommunistischen Parteien typische undialektische Zeil-Weg-Vorstellung heraus,der jedes antizipatorische Element fremd ist.

Die Substituierung der politischen Anreize durch materielle brachte eine Entpolitisierung mit sich.In einem solchermassen entpolitisierten Raum gediehen ideologische Rudimente des Kapitalismus zu materieller Gewalt: Die Arbeitsteilung
zwischen ausführender und leitender Tätigkeit führte nicht nur zur Zementierung
des Unterschieds zwischen körperlicher und geistiger Arbeit,sondern auch zur
Vertiefung der Spaltung zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz.Abgespalten vom
unmittelbaren Produktionsprozess,entstand eine technokratische,publizistische
und künstlerische Intelligenz,die gerade aufgrund ihrer Isolation immer mehr
verbürgerlichte.Nur so ist es zu erklären,dass die technische Intelligenz,als
sie nach der Stalin-Ära zu Wort kam,keine anderen denn technokratischen Konsequenzen aus dem stalinistischen Desaster zu ziehen wusste.Nur so ist es zu erklären,dass sich nach der Aufhebung der Pressezensur in der CSSR die publizistischen Verlautbarungen ein theorieloses Amalgam darstellten,in dem bürgerliche Elemente dominierten.

Durch die Verurteilung der Produzenten zu einem reinen Ausführungsorgan administrativer Direktiven,gedieh der Widerspruch zwischen Konsument und Produzent
zu einer Renaissance der Ideologie von der Konsumentensouveränität,der über
einen Markt zu entsprechen sei.Nicht der von allen Gliedern der Gesellschaft
erstellte Plan,sondern der Markt sollte ausweisen,welche Arbeit gesellschaftlich notwendig sei.

Durch die Förderung des individuellen Egoismus,durch materielle Anreize wurde
die Vorstellung,dass private und gesellschaftliche Bedürfnisse grundsätzlich
verschieden seien,mit der Würde eines Naturgesetzes ausgestattet,statt diesen
Widerspruch als einen gesellschaftlich bedingten zu begreifen,und ihn in solidarischer Arbeit aufzuheben.Dadurch verkümmerte der Begriff der Solidarität
zum inhaltlosen Schlagwort .Die Einführung des Marktes hätte dem gnadenlosen
Konkurrenzkampf der Produzenten untereinander Raum gegebeh.

Die Einführung des Marktes im Sik'schen Modell stellt nur die freilich weitestgehende Konsequenz und stromlinienförmige Ausgestaltung jenes Prinzips
dar,politische Entmündigung durch materielle Anreize aufzuwiegen.

Die Dubcek-Gruppe konnte sich diese Bestrebungen vorläufig mit den Mitteln der Vergrösserung individueller Freiheiten leisten,da das gesellschaftliche Bewusstsein der Bevölkerung im Zuge der vorangegangenen Entwicklung längst derart verkümmert war,dass sie die Konsequenzen offen neokapitalistischer Wirtschaftsformen nicht erkennen konnte und auch den Abbau noch vorhandener Rechte der Arbeiter und von Restbeständen proletarischer Organisation nicht in Frage stellte.Darüberhinaus brauchte sich die Dubcek-Gruppe nicht die Sorgen des Novotny-Regimes um seine Machtgrundlagen machen,da ihre soziale Basis gerade die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten sind,die sich schon im Zuge der Wirtschaftsentwicklung unter dem Novotny-Regime herausbildeten,aber eben der Parteibürokratie die Vorherrschaft streitig machten.

Die Freiheiten,die die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten fordern,sind die Freiheiten,die sie als Funktionäre einer fortgeschrittenen neokapitalistischen Produktionsweise für ihre Tätigkeit und zu ihrer Reproduktion als Inhaber der direkten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel brauchen.Um diese ihre Freiheiten aber gegen die Parteibürokratie des Novotny-Regimes durchzusetzen,mussten sie wie jede gesellschaftliche Gruppe,die sich gegen eine andere herrschende durchsetzen will,ihre spezifischen Freiheitsforderungen zu allgemeinen machen (eine Ausnahme bildet prinzipiell nur das sich befreiende Proletariat,das gegen die herrschende Klasse kein "besonderes Klasseninteresse Hat).Die Liberalisierung steht folglich unter dem ZWang,sich einerseits gegen die allgemeinen Unfreiheiten der Novotnyzeit zu wenden,andererseits aber die neokapitalistische Entwicklung weiter absichern zu müssen.Unter diesem inneren Zwang ist es kein Zufall,dass die Schriftsteller die Vorreiter der Liberalisierung wurden.Denn die Schriftsteller konnten etwas allgemeines,nämlich Meinungsfreiheit,fordern,das zugleich auf ein berufsspezifisches Privileg gegenüber den Massen beschränkt blieb -während nämlich für die individuell sich äussernden Schriftsteller Meinungsfreiheit zugleich Produktionsfreiheit bedeutet,gibt die Meinungsfreiheit den Massen natürlich nicht die Möglichkeit,sich als unmittelbare Produzenten selbst zu bestimmen.Vielmehr wirkt sich auf der Grundlage des bestehenden Bewusstseins der Meinungspluralismus entgegengesetzt aus,indem er an der bisherigen Entwicklung entstandene Unzufriedenheit aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedingtheit löst und auf die Meinungsäusserung bisher zu kurz gekommener Interessengruppen reduziert.Dadurch wird eine Kritik,die als linke Kritik wirksam werden will,die Wirksamkeit einerseits insofern genommen als sie ebenfalls als Meinungsäusserung einer zu kurz gekommenen Interessengruppe wirken muss und damit ihr Ziel nicht erreicht,nämlich als gesamtgesellschaftliches proletarisches Klassen interesse begriffen zu werden.Andererseits konnte sich die neokapitalistische Entwicklung gerade mit der Liberalisierung eine Massenbasis schaffen und zwar in der direkten Konsequenz der Entwicklung unter Novotny,die als Verzicht auf eine sozialistische Entwicklung das Streben nach einer privaten Freiheitssphäre zur Absicherung der durch individuell Leistung und Konsum errungenen Vorteile reproduzierte und alles Gesellschaftliche als Einengung dieser privaten Freiheitssphäre wirken lassen musste.

V.

Da die Sik-Richtung als zwangsläufige Folge der neokapitalistischen Entwicklung,die ihrerseits die zwangsläufige Folge des Verzichts auf eine sozialistische Entwicklungist,und der inneren Widersprüchlichkeit der neokapitalistischen Entwicklung entstand,werden sich ihre wesentlichen Inhalte auch nach der Intervention und im Einverständnis mit der SU-Führung durchsetzen,ebenso wie die Kadar-Regierung die im Aufstand 1956 erhobenen revisionistischen Forderungen selber durchsetzte.

Der Liberalismus aber wird dort seine Grenzen haben ,wo seine Grundlage,die neokapitalistische Entwicklung,ihre innere Widersprüchlichkeit derart entfaltet,dass sie die Herrschaft der Wirtschaftspragmatiker und Technokraten in Frage stellt,die keine besondere Klasse sind,sondern zusammen mit den privile-

gierten bürgerlichen Intellektuellen, den legalen Kapitalisten und den tolerierten oder protegierten Untergrundkapitalisten (Zwischenhändler, Makler, Spekulanten, Schieber etc.), insofern die Bourgeoisie bilden, als sie die herrschenden Funktionäre der herrschenden Produktionsweise sind. Der Sik-Richtung wird es so ergehen, wie den Versuchen des Kapitalismus, sich zu "reformieren": das Bemühen, der eigenen Widersprüche Herr zu werden, schafft neue Widersprüche! Dann wird es aber nicht mehr wie bei der Ablösung der traditionellen Parteibürokratie durch die Wirtschaftspragmatiker und Technokraten darum gehen, daß sich Bürokraten bekämpfen, sondern dann wird die innere Widersprüchlichkeit der neokapitalistischen Entwicklung die Bevölkerung objektiv zur Revolution drängen.

Diese Revolution wird- und das ist schon jetzt von ausschlaggebender Bedeutung für die Arbeit revolutionärer Gruppen in der SU und den anderen Volksrepubliken - ihren Hauptinhalt nicht im Sturz der Bürokraten und anderer Teile der Bourgeoisie haben, sondern für sie gilt in besonderem Maße, was MARX in der "Deutschen Ideologie" schreibt:

"daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die h e r r s c h e n d e Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen Dreck vom Halse zu schaffen, um zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden".

IV. Zum Kampf gegen die Notsranspraxis, Militarisierung, Bundeswehr ...

Der SDS konstatiert den Versuch des westdeutschen K pit ls und Staatsapparats, die überfällig gewordene Herrschaft innenpolitisch durch Notstandspraxis und außenpolitisch durch die Festigung seiner Hegemonie in der westeuropäischen Militärkoalition zu stabilisieren. Nachdem eine lang geübte Praxis der Repression durch die Verabschiedung der NS-Gesetze legalisiert ist, sieht der SDS erhöht die Notwendigkeit, offensive Widerstandsformen zu entwickeln.

I. Zur ökonomischen Analyse der Notstandsplanung

Die Ursache der Militarisierung von Staat und Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen der technologisch bedingten Revolutionierung der Produktionsweise und ihren reaktionär-kapitalistischen Aneignungsformen. Der technische Fortschritt führt unter kapitalistischen Produktionsbedingungen einerseits zu zunehmend imperialistischer Aggressivität, andererseits zu einer zunehmenden Militarisierung in den kapitalistischen Metropolen selbst.

Im Rahmen der Nato ist das bundesrepublikanische Kapital der Hauptverbündete des US-Imperialismus in Europa. Solcherart abgesichert, versucht es einerseits aus ökonomischen Erwägungen (Arbeitskräfte/Rohstoffe), andererseits aus politischen Motiven (konterrevolutionäre Repression - Griechenland -) die systematische Infiltration in den halbindustrialisierten Staatengürteln (Griechenland, Spanien, Portugal). Damit verbunden ist eine immer offener praktizierte Unterstützung der afrikanischen Apartheid-Regime und der portugiesischen Kolonialherrschaft. Dieser Entwicklung läuft das Hegemoniestreben in der EWG parallel.

Hier gewinnen die konterrevolutionären Vorbereitungen im Innern an Aktualität, weil jede konsequent revolutionäre Praxis der APO zu einer Verschärfung des antiimperialistischen Widerstands auch innerhalb der westdeutschen Teilmetropole führen wird. Zwar herrscht zunächst jener Widerspruch vor, der aufgrund der internationalen Ausbeutung die Prosperität in den Metropolen ermöglicht. Aber auch innerhalb der hochindustrialisierten Sphäre besteht eine wachsende Disproportionalität zwischen produktivem und konsumptivem Sektor. Während der mögliche Güteraustausch ständig steigt, bleiben seine Aneignung und gesellschaftliche Konsumtion beschränkt. Die Realisierung gerade der gesteigerten Kapazitäten entspricht nicht gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern ausschließlich der Selbstverwertung des Kapitals. Deshalb wird ein ständig anwachsender Sektor potentiell gesellschaftlich nützlicher Produktion auf destruktive Produktion umgestellt. Der Staatsapparat wird zum regulierenden Gesamtkapitalisten, der über die direkten und indirekten Besteuerungsmechanismen dem Monopolkapitalsimus zusätzliche Akkumulationsmittel zuschanzt, um den sich verschärfenden Grundwiderspruch zu neutralisieren. Er dient gleichzeitig dazu, im Produktionsprozeß selbst nicht mehr benötigte Arbeitskraft zum Verschleiß der gesellschaftlich destruktiven Produkte heranzuziehen und, wenn nötig, militärisch oder paramilitärisch organisiert zur Unterdrückung jeglicher Tendenz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzusetzen.

Die "Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuerlichen bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitsichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie..., dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft" (Marx, 18. Brumaire) wird zum alles beherrschenden Faktor der Reproduktion.

II. Zur Organisation der Notstandspraxis

Notstandspraxis heißt: schrankenlose Ausweitung insbesondere des staatlich-militärischen Exekutivapparats und paramilitärische Organisation des zivilen Sektors. Folgende Institutionen sind an dieser Militarisierung beteiligt:

1. Die geheimen Polizeiapparate (Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) werden in der Militärabteilung des Bundeskanzleramts koordiniert und arbeitsteilig zur Infiltration und Überwachung sämtlicher politischer Oppositionsgruppen eingesetzt. Ausgehend von ihren jeweiligen lokalen Zentren (vor allem Innenbehörden und Standortkommandanturen der Bundeswehr) verdichten sie ihr geheimes Netz von bezahlten Provokateuren und V-Leuten. Sie verfolgen damit folgende Ziele:
   a) Aufstellung regionaler Einsatz- und Verhaftungstruppen, die im Falle eines von der Bundesregierung ausgelösten "Notstands" die demokratische Opposition in "Schutzhaft" nehmen und zwangsinternieren sollen. Dieses Vorgehen wird spätestens seit Fallex 66 regelmäßig geübt.

   b) Vervollständigung der sogenannten Warnkarteien, um die APO lückenlos zu registrieren.

   c) Handlangerarbeit für westliche Geheimdienste und von ihnen finanzierte Untergrundorganisationen, vor allem für den militärischen Geheimdienst des europäischen Kommandos der US-Streitkräfte und die "Tenth Group" der "special forces".

2. Der gesamte offen operierende Polizeiapparat wird zur Bekämpfung demokratischer Massenbewegungen ausgebildet. "Staatsschutzabteilungen der Kriminalämter", die Stellen der Ausländerpolizei und der Geheimpolizei werden arbeitsteilig koordiniert, die Kontakte zu den von Industriellenverbänden finanzierten Betriebspolizeien (Werkschutz) ausgebaut. Gleichzeitig wird versucht, auf der Basis der sogenannten Zivilschutzplanung in den Betrieben eine dem Konzern eigenen Abewehrapparat angegliederte Hilfspolizei ("Werk- und Betriebs-Selbstschutz") zu organisieren.
   Der Bundesgrenzschutz hat Kombattantenstatus erhalten und wird an modernen Infanterie- und Panzerwaffen zur Aufstandsbekämpfung ausgebildet. Die Vorschriften für den "außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst" der Bereitschaftspolizeien und der allgemeinen Sicherheitspolizeien wurden verschärft, Übungen zur Streikbekämpfung und zu noch militanterem Vorgehen gegen APO-Demonstrationen werden inzwischen regelmäßig abgehalten. Allenthalben werden die Befehlswege hierarchisiert und gleichgeschaltet; durch die Einführung von "Notstandszügen" und "Alarmhundertschaften" wurde die teilweise noch bestehende Kommunalstruktur der Polizei weitgehend durchlöchert.

3. Aus der Bundeswehr wird eine Bürgerkriegsarmee gemacht. Während vom Bundestag die Notstandsverfassung endgültig verabschiedet wurde, beschloß die Führungsspitze der Bundeswehr auf einer Kommandeurstagung in Kassel, die bisherige Zweiteilung der bundesrepublikanischen Armee in nato-assignierte Streitkräfte und "Territorial-Armee" aufzugeben. Stattdessen soll die Bundeswehr innerhalb der nächsten Jahre nach dem alten Wehrmachtsprinzip umstrukturiert werden; das heißt, der gesamte Armee-Apparat wird auf

den "Einsatz im Innern" vorbereitet und nicht mehr nur die ca. 3o ooo Mann starke Territorial-Bundeswehr.

4. Neue paramilitärische Institutionen wurden aufgebaut, die die Gleichschaltung von ziviler und militärischer Administration auf allen Ebenen von der im "Bundesverteidigungsrat" und in der "Militärabteilung" des Bundeskanzeleramts zentralisierten Spitze bis hinunter zu den Kreisen und Kreisfreien Städten perfektionieren: u.a. ein "Zivilschutzkorps" und "Zivilschutzdienst", eine "Selbstschutzorganisation" und eine große Zahl halbfreiwilliger Spezialmilizen, z.B. das "Technische Hilfswerk".

   So wird viel Energie und eine große Menge gesellschaftlich toter Kosten darauf verwandt, den militarisierten Staatsapparat in zentralen Kommandostrukturen zusammenzufassen. Nachdem die Oberste und Mittlere Spitzengliederung fertiggestellt worden ist, ist man gegenwärtig dabei, "Bezirksverteidigungskommandos" und "Kriegsverteidigungskommandos" aufzubauen, in denen von der Industrie bis zum lokalen Militär und der Polizei alle Institutionen der Restauration miteinander koordiniert werden.

III. Der SDS beschließt deshalb:

Gegen diese dargestellte Kasernierung der Gesellschaft ist der Widerstand zu organisieren und eine Strategie dieses Kampfes zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sein muß, den Einsatz der staatlichen Repressionsgewalt gegen die APO zu vereiteln und dieses Instrument der Klassenherrschaft letztlich zu beseitigen. Entsprechend der organisatorischen Struktur des SDS wird dies innerhalb der Basisbereiche geschehen, in denen bisher bereits gearbeitet wurde.

1. In den im Kampf gegen die NS-Gesetze zum Zentrum des Widerstandes erklärten Hochschulen ist der Kampf gegen den NS-Staat weiterzuführen: der unmittelbar militärischen Zwecken dienende Wissenschaftsbetrieb ist aufzudecken und zu stören; Werbeveranstaltungen der Bundeswehr im Hochschulbereich (Vorträge, Seminare, WPH) sind umzufunktionieren in Aufklärungsaktionen.

2. Agitation in Kreisen wehrpflichtiger junger Arbeiter und Schüler, Unterstützung all derer, die sich dem Wehrdienst entziehen wollen, auch durch Zusammenarbeit mit Schüler- und Lherlingsorganisationen und den Kriegsdienstverweigerer-Verbänden.

3. Unterstützung der Arbeiter bei ihrem Widerstand gegen den ausufernden betrieblichen Terrorapparat der Konzerne. Dazu sind nötig: Analysen der weitgehend geheim operierenden Werkschutzapparate der Konzerne vor allem in der Rüstungsindustrie; Aktionen gegen Beteiligung von Betriebsräten und Vertrauensleute-Körpern am Aufbau einer betrieblichen Hilfspolizei; Aktionen gegen die "Betriebsgerichte" und andere Institutionen, mittels derer versucht wird, die Arbeitet zu disziplinieren.

   Vorbereitung von Widerstandaktionen gegen die im jüngsten Zwangsarbeitsgesetz ("Arbeitssicherstellungsgesetz") legalisierte Erfassung aller nicht für militärische und paramilitärische Zwecke vorgesehenen Arbeiter zur Zwangsarbeit im "Spannungs- und Notstandsfall".

Notstandsplanung... (Satzungsprüfungskomm. Entwurf)

den "Einsatz im Innern" vorbereitet und nicht mehr nur die ca. 5o ooo Mann starke Territorial-Bundeswehr.

4. Neue paramilitärische Institutionen wurden aufgebaut, die die Gleichschaltung von ziviler und militärischer Administration auf allen Ebenen von der im "Bundesverteidigungsrat" und in der "Militärabteilung" des Bundeskanzleramts zentralisierten Spitze bis hinunter zu den Kreisen und Kreisfreien Städten perfektionieren u.a. ein "Zivilschutzkorps" und "Zivilschutzdienst", eine "Selbstschutzorganisation" und eine große Zahl halbfreiwilliger Spezialmiliz n, z.B. das "Technische Hilfswerk".

So wird viel Energie und eine große Menge gesellschaftlich teurer Kosten darauf verwandt, den militarisierten Staatsapparat in zer- [illegible] Kommandostrukturen zusammenzufassen. Nachdem die Oberste [illegible] Spitzengliederung fertiggestellt worden ist, ist man gegenwärtig dabei, "Bezirksverteidigungskommandos" und "Kriegsve[illegible]kommandos" aufzubauen, in denen von der Industrie bis zum lo[illegible] Militär und der Polizei alle Institutionen der Rätestu- ration [illegible] koordiniert werden.

III. Der SDS beschließt deshalb:

Gegen die dargestellte Kasernierung der Gesellschaft ist der Widerstand zu organisieren und eine Strategie dessen Kampfes zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sein muß, den Einsatz der staatlichen Repressionsgewalt gegen die APO zu vereiteln und dieses Instrument der Klassenherrschaft letztlich zu beseitigen. Entsprechend der organisatorischen Struktur des SDS wird dies innerhalb der Basisgruppen geschehen, in denen bisher bereits gearbeitet wurde.

1. [illegible] im Kampf gegen die NS-Gesetze zum Zentrum des Widerstandes [illegible] Hochschulen ist der Kampf gegen den NS-Staat weiterzu[illegible] der [illegible] militärischen Zwecken dienende Wissenschaftsbetr[illegible] aufzudecken und zu stören; Werbeveranstaltungen der Bundeswehr im Hochschulbereich (Vorträge, Seminare, WEH) sind [illegible]punkt[illegible] zu Aufklärungsaktionen.

2. [illegible] Kreisen Wehrpflichtiger junger Arbeiter und Schüler, [illegible] die sich dem Wehrdienst entziehen wollen [illegible] Zusammenarbeit mit Schüler- und Lehrlingsorganisationen [illegible] Kriegsdienstverweigerer-Verbänden.

3. Unterstützung der Arbeiter bei ihrem Widerstand gegen den autoritären betrieblichen Terrorapparat der Konzerne. Dazu sind nötig: Analysen des weitgehend geheim operierenden Werkschutzapparats der Konzerne vor allem in der Rüstungsindustrie; Aktionen gegen Beteiligung von Betriebsräten und Vertrauensleute-Körpern am Aufbau eines betrieblichen Hilfspolizei; Aktionen gegen die "Betriebsgerichte" und andere Institutionen, mittels deren versucht wird, die Arbeiter zu disziplinieren.

Vorbereitung von Widerstandsaktionen gegen die im jüngsten Zwangsarbeitsgesetz ("Arbeitssicherstellungsgesetz") legalisierte Erfassung aller nicht für militärische und paramilitärische Zwecke vorgesehenen Arbeiter zur Zwangsarbeit im "Spannungs- und Notstandsfall".

4. Bildung von Basisgruppen innerhalb der Bundeswehr und Errichtung entsprechender Kontaktgruppen außerhalb der Kasernen.

In diesen Gruppen können vorbereitet werden:

5. Eine Kampagne gegen die geplante Zwangseinziehung von Wehrpflichtigen in die der Bundeswehr korrespondierenden paramilitärischen Organisationen wie Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizeien und Zivilschutzkorps, in Zusammenhang mit einer allgemeinen "Ersatzdienst"-Verweigerungskampagne.

6. Zentrale Aktionen wie Manöverstörungen, Umfunktionieren überregionaler Heldengedankfeiern oder pazifistischer Anti-Kriegs-Teach-ins oder anderer Aufklärungsaktionen vor Kasernen.

Diese Arbeit ist Teil des internationalen Komplex gegen die in Griechenland, Portugal und den portugiesischen Kolonien von der NATO stabilisierten Militärdiktaturen. Der SDS unterstützt die in diesen Ländern kämpfenden Widerstandsbewegungen, klärt in der BRD über ihre Tätigkeit auf, und leistet ihnen politisch-materielle Hilfe.

4. Bildung von Basisgruppen innerhalb der Bundeswehr und Errichtung entsprechender Kontaktgruppen außerhalb der Kasernen.

In diesen Gruppen können vorbereitet werden:

5. Eine Kampagne gegen die geplante Zwangseinziehung von Wehrpflichtigvn in die der Bundeswehr korrespondierenden paramilitärischen Organisationen wie Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizeien und Zivilschutzkorps, in Zusammenhang mit einer allgemeinen "Ersatzdienst"-Verweigerungskampagne.

6. Zentrale Aktionen wie Manöverstörungen, Umfunktionieren überregionlaer Heldengedankfeiern oder pazifistischer Anti-Kriegs-Tage, Teach-ins oder anderer Aufklärungsaktionen vor Kasernen.

Diese Arbeit ist Teil des internationalen Kampfes gegen die in Griechenland, Portugal und den portugiesischen Kolonien von der NATO stabilisierten Militärdiktaturen. Der SDS unterstützt die in diesen Ländern kämpfenden Widerstandsbewegungen, klärt in der BRD über ihre Tätigkeit auf, und leistet ihnen praktisch-materielle Hilfe.

V. Resolutionsentwurf zur Justizkampagne

Die Funktionsbestimmung der Prozesse im Rahmen der politischen Arbeit des SDS.

Mit der massenhaften Politisierung des Bewußtseins von jungen Arbeitern, Studenten und Schülern seit Ostern, haben die Herrschenden erkannt, welche Verunsicherung von solchen spontanen Aktionen ausgeht. Während vor Ostern APO-Aktionen überwiegend als Ordnungswidrigkeiten qualifiziert wurden (ruhestörender Lärm, Verkehrsstörung, grober Unfug) werden die Anti-Springer- und Notstandsaktionen als Taten schwerer Kriminalität qualifiziert (z.B. enthält der § 115 Abs. 2 StGB für Rädelsführerschaft bei öffentlicher Zusammenrottung einen Strafrahmen mit der Höchstgrenze von 10 Jahren Zuchthaus).

Während der Knüppeleinsatz der Polizei eine einmalige Abschreckung bewirken sollte, hat die Verfolgung im Gerichtssaal für die Herrschenden den Vorteil einer langfristigen und folgenschwereren Wirkung. Die Haft wird ergänzt durch die Zerstörung der bürgerlichen Existenz: Abbruch der Ausbildung (Disziplinarverfahren an der Universität, Auflösung der Arbeitsverhältnisse) sind die Folgen.

Die Verfolgung durch die Justiz bietet dem System weitere Vorteile. Während der Knüppeleinsatz als unmittelbare Gewalt gegen den passiven Widerstand der Demonstranten noch den Protest der liberalen Öffentlichkeit mobilisierte, erscheint vor Gericht die Gewalt nicht mehr als Gewalt, sondern als Recht, indem nur noch über die "Gewalttätigkeit" des Angeklagten verhandelt wird.
Hatte der Einsatz der unmittelbaren Staatsgewalt für die Demonstranten selber noch einen Solidarisierungseffekt, mit dessen Hilfe sie Gewalt zu großen Teilen auffangen und umfunktionieren konnten, werden die Demonstranten vor Gericht zu "Rechtspersonen" vereinzelt und von der Solidarität der Masse zunächst getrennt. Mit diesem Solidarisierungsschwund geht gleichzeitig eine Trennung in "Rädelsführer" und "Mitläufer" einher, mit der offenbar zweierlei erreicht werden

soll, eimal wollen die Staatanwaltschaften die Reaktionen der Gerichte ab arten, um für den "Hauptschlag" gegen die Rädelsführer zu lernen, zum anderen scheinen sie darauf zu spekulieren, daß die Aktionsbereitschaft der solidarischen Demonstranten nachläßt und sie die Prozesse gegen die Rädelsführer quasi unter Ausschluß der Öffentlichkeit betreiben kann. Dann wären die schwachen politischen Kontrollen richterlicher Tätigkeit durch eine liberale Öffentlichkeit selbst noch hinfällig (die Erfahrung hat gezeigt, daß die Presse sich nur für spektakuläre Prozesse interessiert).

Die Verteidigung des Angeklagten steht vor folgenden Schwierigkeiten:
Der Angeklagte ist traditionellerweise allein auf das Vorbringen von Argumenten verwiesen, aber durch Argumente allein lassen sich keine Verhaltensänderungen von Richtern erzwingen. Die Interpretation der Gesetze ist selbst an institutionelle Herrschaft gebunden. Der Richter allein legt sie verbindlich aus. Wenn sich Angeklagte auf das in der Verfassung garantierte Demonstrationsrecht berufen, antworten Richter, daß die Verfassung keine Straftaten rechtfertige, nach dem Motto: "Den Täter haben wir, die Tat läßt sich schon finden". Trägt der Angeklagt politische Argumente vor, stempelt ihn der Richter zum "Überzeugungstäter".

Als Konsequenz aus solcher Rechtssprechung wird die außerparlamentarische Opposition von der außerparlamentarischen auch zur außergerichtlichen Opposition. (Das bedeutet noch nicht außerlegale Opposition, man darf nicht implizit die Gerichte zu Hütern der Gesetze machen). Als außergerichtliche Opposition muß die außerparlamentarische Opposition sich den Gerichtssaal als legalen Raum politisch offenhalten - notwendig erzwingen - da die richterliche Gesetzesinterpretation zunächst die auf der Straße gewonnenen politischen Strategien (direkte Aktion, Spontaneität) illegalisiert hat.

Innerhalb des oben angegebenen analytischen Rahmens stehen der außerparlamentarischen Opposition dreierlei mögliche Reaktionsweisen zur Verfügung:

1)Die politische Demonstration vor Gericht, deren jeweilige Organisierung den einzelnen Gruppen vorbehalten bleiben muß.

2)Die Verhaltensverunsicherung des Gerichts durch begrenzte Regelverletzungen des Prozesses selbst. Auch hier muß aus taktischen Gründen die detaillierte Beschreibung solcher Regelverletzungen der Phantasie der Gruppen und Angeklagten überlassen bleiben, weil Verhaltensverunsicherung wesentlich Überraschungseffekt ist.
Beide Möglichkeiten sind nur sinnvoll anwendbar im Rahmen einer studentischen Prozessöffentlichkeit, für die die Gruppen unbedingt sorgen müssen. Nur so kann die Vereinzelung und Angstsituation des Angeklagten verhindert und aufgehoben werden.

3)Die argumentative Verunsicherung. Alle politische Diskussion ist Richterverunsicherung.

VI. Wissenschaft und Hochschule

RESOLUTION ÜBER DEN STRATEGISCHEN STELLENWERT DER TECHNISCHEN INTELLIGENZ.

. Naturwissenschaft und Technologie werden gegenüber der lebendigen Arbeit mehr und mehr zur ersten Produktivkraft in Form von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, die dann als "technischer Fortschritt" erscheint. Dieses hat zwei Folgen:

1. Einerseits sehen wir die Tendenz in der Entfaltung der Produktivkräfte, durch technische Revolutionierung des Produktionsprozesses die entfremdete Arbeit des Menschen abzuschaffen, so daß die Arbeitszeit als Maß des Tauschwertes nicht mehr gelten kann, was die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise bedeuten würde. Andererseits sehen wir die Tendenz, eben durch diese technische Revolutionierung die Profitsteigerung zu erzielen. Um diesen Widerspruch nicht aufbrechen zu lassen, entwickelt die kapitalistischen Produktionsweise bestimmte vielfältige Methoden. In diesem Zusammenhang sind alle Phänomene zu sehen, die das Verhältnis von Reichtum und Knappheit bestimmen.

1a) Der Funktionszusammenhang der Kapitalvernichtung gekoppelt mit steigendem Lebensstandard (Militär, Raumfahrt, geplanter Verschleiß von Waren, Werbung etc.)

1b) Faschistische Trends der kapitalistischen Entwicklung

ba) Funktion des Staates als regulierendes Moment innerhalb der Monopolgruppen um Sinne der herrschenden Klasse. (tendentielle Verschmelzung von Staat und Kapital)

bb) Defensiver Charakter der staatlichen Aktionen, um den Klassenwiderspruch zu verschleiern. Dazu gehören die manipulativen Mechnismen der totalen Parzellierung, Entpolitisierung, Privatisierung, die Rduktion der gesellschaftlichen Beziehungen auf Konsum und Leistung, soziale Zugeständnisse als Alibi für die Existenz des spätkapitalistischen Staates und als Mittel der Integration.

2. Hochschulen

Die Forschung an den Hochschulen zeigt eine abfallende Tendenz in ihrem quantitativen Anteil an der Gesamtforschung, die sich mehr und mehr in private industrielle Forschungsstätten verlagert, wobei sich die Hochschuleforschung qualitativ immer mehr den unmittelbaren Anforderungen der Industrie angleichen muß. Neben der Produktion von Forschungsergebnissen haben die technischen Ausbildungsstätten zunehmend nur noch die Auf-

gaben der Ausbildung spezifisch qzalifizierten Personals. Daraus ergibt sich ein Unterschied der Tragweite der Hochschulreform an diesen gegenüber einer Hochschulreform an wei teswissenschaftlichen Ausbildungsstätten, da eine Änderung der bisher von der kapitalistischen Produktionsweise bestimmten Ausbildung unmittelbar diese Produktionsweise stören kann.
Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch einen Wissenschaftsbegriff mit folgenden Merkmalen: mit der Entwicklung der Anforderungen des Kapitals an die Wissenschaft versteht diese als Praxis nur noch ihre eigene, deren Ergebnisse beliebig verwertbar sind. Dieser Praxisbegriff reduziert den eigentlichen Anspruch der Wissenschaft, der die Wissenschaft als Instrumentarium für den materiellen Stoffwechsel mit der Natur und für Erhaltung und Entfaltung der menschlichen Gattung verstand. Jegliche Kritik an Wissenschaft und damit an der wissenschaftlichen Ausbildung kann nur formuliert werden, wenn Wissenschaft und Technik den gesellschaftlichen Prozeß als Praxis betrachten, d.h. daß die Ergebnisse von Forschung Instrumente gesellschaftlicher Praxis im Sinne einer Emanzipation sind.
Aus der Stellung der Technologie und Naturwissenschaft in der spätkapitalistischen Gesellschaft ergeben sich strategische Konsequenzen für den revolutionären Kampf, der nicht denkbar ist ohne die aktive Teilnahme der technischen Intelligenz. Das bedeutet ein Eingehen auf ihre spezifische Situation und Bewußtseinslage. Das Selbstverständnis der technischen Intelligenz vermag im Studium nur eine Übergangsphase zu sehen, die notwendigerweise mit Wissensakkumulation ausgefüllt ist, um dann seine Bestätigung erst in der "beruflichen Wirklichkeit" zu finden.
Je nach Ausbildungsart haben die verschiedenen Gruppen der technischen Intelligenz ein unterschiedliches Verhältnis und Verständnis zum industriellen Verwertungszusammenhang von Wissenschaft.
Die Studenten der HTLs begreifen sich als Umsetzer wissenschaftlicher Ergebnisse, die nicht von ihnen selbst produziert wurden, in die betriebliche Praxis und haben damit eine konkretere Vorstellung der betrieblichen Realität als die TH-Studenten. Diese begreifen Wissenschaft eher als Produktivkraft im bestehenden System, wobei sie die Objekte der Wissenschaft und die Produktionsweise der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr einer Kritik unterziehen, da sie als

rational und objektiv richtig erscheinen, denn sie werden in ihrer Richtigkeit durch die scheinbar gesellschaftsneutrale Fachdiskussion und vor allem durch die industrielle Verwertung bestätigt.
Die Naturwissenschaftler dagegen haben sich noch größere Reste von Freiheit vom Produktionsprozeß bewahrt, die zwar ständig weiter abgebaut werden, sich aber in einem quasi geisteswissenschaftlichen Bewußtsein noch immer spiegelt und sich äußert durch abstrakt-moralische Bewertung des Verwertungszusammenhangs. Die verschiedenen Stellungen der Gruppen der technischen Intelligenz in und zu der Gesellschaft korrelieren mit verschiedenen Agitationsmöglichkeiten. Bei den HTL-Studenten handelt es sich um eine konkrete Auseinandersetzung mit der Betriebshierarchie, da sie in ihrem Berufsziel auf die mittlere Managerschicht festgelegt sind, und somit von vornherein die bestehende Betriebshierarchie übernehmen.

Die Industrie ist bestrebt, ein möglichst großes Reservoir von Menschen zu schaffen, das über eine bestimmte Qualifikation verfügt. Diese Qualifikation besteht aus kurzfristig nutzbarem Wissen. Das bedingt einerseits, daß die Tätigkeit der Ingenieure ihnen in den Betrieben keine Entfaltung erlaubt, andererseits läßt ihr Stand an übermittelten Faktenwissen sie innerhalb des Betriebes auf dafür extra eingerichteten sozialen Stellungen verharren, da sie aufgrund ihres Ausbildungsganges nur in der Lage sind, sich dem neuen Stand der Technik anzupassen, ihn aber nicht herbeiführen können. Ihr nur funktionales Faktenwissen wird ständig durch neues Faktenwissen ersetzt.
Bei den TH-Studenten handelt es sich konkret um die Auseinandersetzung mit der Verwertung der wissenschaftlichen Produktivkraft. Nicht nur die Verflechtung von Hochschule und Industrie, sondern auch das Eingehen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in die Ziele und Richtungen ihrer Wissenschaft sind Gegenstände der zu leistenden Kritik.(zu fragen wäre auch, ob diese Produktionsverhältnisse die wissenschaftlichen Methoden selber beeinflussen). Die mangelnden Informationen über den technischen Fortschritt, die dadurch entstehen, daß der größte Teil der Forschung sich in Privathänden befindet und durch Sperrpatente und totale Geheimhaltung der Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit vorenthalten wird,

läßt die technische Ausbildung in jedem Fall unaktuell werden. Bei den Naturwissenschaftlern handelt es sich konkret um die Auseinandersetzung mit wissenschaftstheoretischen Fragen. Bei ihnen genügt nicht eine abstrakte Kritik am Verwertungszusammenhang vom Kapital. Die soziale Dimension, die zu dieser Vermittlung für den Architekten nocht einsichtig ist, läßt sich bei den theoretischen Physikern, die sich z.B. mit der Strukturaufklärung von Makromolekülen beschäftigen, schwer finden, wenn man sich nicht damit begnügt, danach zu fragen, ob die jeweilige Forschung für die Gesellschaft güt oder schlecht ist. Dies führt letztendlich dazu, wieder nur bürgerlich-kapitalistische Kriterien von Rentabilität und Profitmaximierung zu dieser Unterscheidung zu verwanden.
Die bisherige Hochschulpolitik des SDS, die sich im wesentlichen auf die Kritik des institutionellen Aufbaus der Hochschulen beschränkte und allgemein politische Inhalte abstrakt mit dieser Kritik zu verbinden suchte, konnte die oben geschilderten Zusammenhänge nicht vermitteln. Die antiautoritäre Rebellion, insbesondere die zentralen Kampagnen und die Streikbewegung an den HTLs, haben einen Mobilisierungseffekt für Technikstudenten gehabt, der ihnen eine diffuse gesellschaftliche Dimension ihres Tuns und ihrer individuellen Existenz eröffnete. Deswegen kann sich eine relevante Hochschulpolitik nicht allein auf die Hochschule beschränken, sondern muß die Stellung und Möglichkeiten der technischen Intelligenz in der industriellen Produktion mitreflektieren.
Eine Bewußtwerdung dieser Gruppen durchläuft nach unserer Erfahrung im Groben drei Stufen:
Sehr schnell und in größerem Maße erkennen die Studenten den Widerspruch zwischen Hochschulausbildung und den Erfordernissen auf dem heutigen industriellen Niveau. Die Aufhebung dieser durch Qualifikationsverschleiß gekennzeichneten Situation würde lediglich eine Integration in die bestehende Gesellschaft fördern. Die Einsicht in den Zwangscharakter dieses Qualifikationsverschleißes, bedingt durch die sozio-ökonomische Situation in der BRD, führt zu einer antikapitalistischen Haltung. (Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die oft nur in einer antiautoritären Haltung steckenbleiben). Diese antikapitalistische Einstellung zeigt sich in zwei Formen des subjektiven Verhaltens dieser Studenten.

1. Sie neigen zu einer Resignation, in der sie die bestehenden Verhältnisse passiv akzeptieren und neben ihrer auf den Beruf gerichteten Tätigkeit in ihrer Freizeit sozialistische Theorie akkumulieren, ohne sie praktisch anzuwenden.
2. Sie verfallen in einen blinden Aktivismus, indem sie technische Basteleien, wie etwa Senderbauen, für die theoretisch privilegierten Genossen erledigen (im Sinn einer Dienstleistung), oder ihr Studium zugunsten scheinbar politisch relevanterer Studien aufgaben, beispielsweise eines Soziologiestudiums.

Diese Bewußtseinslage, die sich auszwichnet durch eine negative Fixierung an die bestehenden Verhältnisse, läßt sich nur politisch wenden, indem sie zu einem revolutionären Bewußtsein kommen. Dieses revolutionäre Bewußtsein müßte Technik und Naturwissenschaften als Produktivkraft in der oben beschriebenen Emanzupation anerkennen und weiterhin den Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Qualität der Arbeit und den technoligisch längst möglichen Arbeitsbedingungen im Sinne des emanzipatorischen Arbeitsbegriffes bei Marx (das ist der Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen).

Betrachten wir mit Marx Arbeit als "jenes Tun des Menschen, als die Weise seines Seins in der Welt, wodurch er zu sich selbst kommt, wodurch er für sich erst wird, was er ist, die Form seines Daseins, seines Bleibens gewinnt und in eins die Welt zur seinigen macht." Weiterhin muß dieses Bewußtsein zur Kenntnis nehmen, daß in den fortgeschrittenen Industrien die Kooperation innerhalb autonomer Arbeitsgruppen selbst zur Produktivkraft geworden ist und so "die Entfremdung in der Arbeit selbst zum Verschwinden tendiert--die Arbeitsgruppen kulturellen und wissenschaftlicher Arbeitnehmer die einzigen Herren <u>in</u> ihrer Arbeit sind--aber die Entfremdung <u>der</u> Arbeit fortdauert und immer unerträglicher wird bei der souveränen Praxis die Grenzen und die Richtlinien der finanziellen Rentabilität (oder der Allgemeinpolitik, falls es sich um öffentliche Betriebe handelt) aufgezwungen werden." (Gorz) Diese Überlegung läßt erkennen, welchen politischen Stellenwert die Forderung kollektiver Ausbildung in unserer Konzeption einer Hochschulpolitik hat. Der politische Stellenwert liegt darin, daß wir, langfristig gesehen, durch infomelle Kader den innerbetrieblichen politischen Kampf auf alle an der produktiven Kooperation Beteiligten ausweiten können.

Die Frage, die sich stellt, ist die, wie man Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler des Betriebes organisieren kann, indem sie Alternativen betrieblicher Organisation und Entscheidungen erarbeiten und praktizieren. Diese Gruppen müßten durch ihre Möglichkeiten der Kommunikation das System der Monopolisierung der Information durch die Entscheidungsträger unterlaufen. Dadurch wäre die Möglichkeit zur Anwendung der Machtmittel gegeben. Eine notwendige Voraussetzung ist, daß auch und gerade der politisierte Student in seinem technischen oder wissenschaftlichen Studium bleibt, um dann in den Betrieb zu gehen, um sich immer- oder zumindest überbetrieblich zu organisieren, damit er in diesem Sinne politisch wirken kann. Die Voraussetzung hierfür ist die Möglichkeit, in den Ausbildungsstätten kollektiv zu lernen und als Kollektiv die Prüfung abzulegen. Das heißt, diese Kollektive haben die Aufgabe, einen Transformationsprozeß innerhalb der Fakultäten herbeizuführen, indem sie kollektive Lernmodelle erarbeiten und so die Demokratisierung der Fakultäten bzw. Hochschulen erkämpfen. Aus diesen strategischen Überlegungen ergeben sich folgende taktische Schritte, die exemplarisch an den Forderungen der HTLs dargestellt werden. Die Situation der reinen Ingenieurwissenschaften der TH ähnelt der der HTLs schon weitgehend. Die technokratischen Reformvorschläge (Dahrendorf, Evers, Wissenschaftsrat) laufen darauf hinaus, daß die naturwissenschaftlichen Studiengänge denen der HTLs immer stärker angeglichen werden.

Die taktischen Schritte sind:

1. Die augenblickliche Situation der Arbeit an den HTLs ist gekennzeichnet durch eine außerordentlich repressive Lernsituation. Diese wird einerseits durch einen hohen Leistungs- und Zeitdruck bedingt, und andererseits durch eine extrem autoritäre Wissensvermittlung. Die Kernforderung muß die Änderung dieser Situation durch Ausarbeitung und Durchsetzung neuer Arbeits- und Studienmodelle, sowie daraus hervorgehend anderer Lernmotivationen sein. Eine Forderung wie Mitbestimmung in den Gremien der HTLs allein würde an der augenblicklichen Situation am Arbeitsplatz nichts ändern. Dagegen würde sich aus einer Änderung der Art der Wissensvermittlung (z.B. durch kollektives Lernen etc.) die Lösung der Mitbestimmungsproblematik aus dem Bewußtsein der Studenten von selbst ergeben und zwanglos zur Selbstbestimmungspraxis übergehen.

2. Die Reformvorschläge von Evers und Dahrendorf lösen das Problem der Vermassung der Universitäten in der Weise, daß sie Kurzstudiengänge einführen. Das Ingenieurstudium in seiner bisherigen Form wird damit nicht aufgelöst, sondern in die Hochschule integriert, und bleibt in seiner Begrenzung bestehen. Wenn die Forderung nach Integration von den Studenten der HTLs erhoben wird, beinhaltet sie jedoch eine Verbesserung der Studiensituation.
Sie gibt damit einem Bedürfnis nach Emanzipation Ausdruck. Die Rolle des HTL-Ingenieurs als Umsetzer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Produktion wird durch den emanzipatorischen Wissenschaftsbegriff überflüssig. Daraus ergibt sich konsequenterweise die Forderung nach Aufhebung jeder Form von differenzierter Graduierung und damit der repressiven Trennung zwischen Theoretikern und Praktikern.
3. Der Einfluß des Kapitals manifestiert sich über Funktionsträger der Industrie institutionell in den Kuratorien. Unsere Forderung läuft darauf hinaus, die Ingenieure in die Lage zu versetzen, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Um das zu ermöglichen, ist es notwendig, die Ausbildung dahingehend zu ändern, daß die Studenten nicht Rezepte zur Umsetzung und Durchführung bestimmter Produktionsweisen erlernen, sondern in die Lage versetzt werden, die Produktion von Gütern ständig an den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu messen.
Um die in dieser Resolution geforderte Politisierung der technischen Intelligenz in Angriff zu nehmen, müssen die einzelnen Hochschulgruppen die Problematik an ihren lokalen Bedingungen und Möglichkeiten diskutieren.
Dem hätte unsere strategische Konzeption und insbesondere die politische Arbeit des BV in folgender Weise Rechnung zu tragen:

1. Die Diskussion und Vorbereitung zentraler Kampagnen vom BV müssen die aus dieser Resolution sich ergebende politische Praxis inhaltlich berücksichtigen.
2. Unterstützung bei der Durchführung von uns vorzubereitender Bundesseminare und die bevorzugte Behandlung von Artikeln in verbandseigenen Publikationsorganen.
3. Wir fordern, der BV möge ein Bundesseminar organisieren, auf dem in interdiszipolinärer Kooperation zwischen Technikern und Naturwissenschaftlern einerseits und Geisteswissenschaftlern andererseits die erkenntnistheoretischen, methodologischen und sozialwissenschaftlichen Reflektionen der Technolo-

gie und Naturwissenschaften vorantreiben können. Aus diesem Seminar müßte eine institutionalisierte stetige Diskussion hervorgehen. Zur Vorantreibung der Mobilisierung der technischen Intelligenz sien zwei Kampagnen vorgesehen und zum Teil schon vorbereitet.

1. Ein Technologen-meeting in Berlin
2. Eine Anti-Verschwendungskampagne

Um zu vermeiden, daß das meeting zu einem Kongreß wird, auf dem theoretische Autoritäten ihre neuesten Forschungsergebnisse preisgeben und von einem mehr oder weniger linken Auditorium mehr oder weniger rezipiert werden, ist es Bedingung, daß eine intensive Kampagne an den THs und HTLs geführt wird, um die beschriebene Problematik agitatorisch zu vermitteln und so den verkürzten technischen Praxisbegriff der Gruppe "Technische Intelligenz" politisch zu wenden.
Auf der Konferenz der TH-Gruppen neben der DK ergab sich, daß die einzelnen Hochschulgruppen die Problematik Technologie ansatzweise diskutiert haben, jedoch wurden sie durch die zentralen Kampagnen so sehr absorbiert, daß sie nicht mehr dazu in der Lage waren, die Technologie-Diskussion politisch zu verwerten. Die Berliner Projektgruppe Technologie wurde jedoch nicht in diesem Maße von den Kampagnen beansprucht, so daß sie einen gewissen theoretischen Vorsprung hat. Sie ist daher am ehesten in der Lage, die Kampagne zu eröffnen und zu koordinieren, durch folgende Aktionen, die sich auf das ganze Bundesgebiet erstrecken sollen.

1. Es soll zunächst ein größeres Flugblatt etwa in Form einer Zeitung in hoher Auflage an die erreichbaren Technikergruppen verschickt werden, in dem zum ersten Mal die Problematik Technologie der technischen Intelligenz als politische zur Diskussion gestellt werden soll. Dieses erste Exemplar wird sicherlich von der Projektgruppe Technologie hergestellt werden. Weitere Exemplare sollen dann in Form einer Korrespondenz von den einzelnen Hochschulgruppen kollektiv produziert werden. Diese Korrespondenz soll die spezifische Problematik und die Erfahrungen der einzelnen Hochschulgruppen in einer gewissen Allgemeinheit diskutieren, so daß eine immer bessere Agitationsgrundlage geschaffen werden kann. Diese Funktion soll auch eine kleine Broschüre haben, die den einzelnen Gruppen die theoretische Aufarbeitung der Problematik für deren spezielle Verhältnisse erleichtern soll.

2. Die Berliner Projektgruppe Technologie erklärt sich verbindlich bereit, in einem fliegenden Seminar schwerpunktmäßig Veranstaltungen zur Technologie-Problematik mit Unterstützung der lokalen Gruppen durchzuführen, um einerseits durch enge Kommunikation mit diesen Gruppen deren Schwierigkeiten und Erfahrungen kennenzulernen und andererseits deren Kampagnen zu unterstützen.

Wie oben begründet wurde, sollte sich die Agitation nicht auf die Hochschule beschränken, sondern, da, wo Kontakte zu Kadern in den Betrieben bestehen, sollte sie auch dort begonnen werden, um die Zusammenarbeit von Arbeitern und technischer Intelligenz auf allen Ebenen in Kollektiven, die relevante politische Praxis leisten können, zu organisieren.

Zur Erweiterung unserer Kontakte zu Technikern und Arbeitern in den Betrieben schlagen wir folgende gemeinsame Aktionen für den gesamten SDS und die anderen Gruppen der APO vor:

Das System der Manipulation der Bedürfnisse beruht ebenso wie die Zurückhaltung und Beschränkung gesellschaftlicher Ressourcen im Produktionsprozeß unmittelbar auf der systematischen Geheimhaltung von Konstruktionsmöglichkeiten, Forschungsideen und der systematischen Verschleißplanung für die Güter der Massenproduktion. Die private Verwertung und Entwertung produktiver Möglichkeiten wird durch den Manipulationsapparat ergänzt, der alle Ahnungen dieser Möglichkeiten ins Vorbewußte verdrängt oder durch Wachstumsideologien rationalisiert. Zur Einleitung des Widerstandes ist daher eine Kampagne notwendig, die die konkreten Fälle der Zurückhaltung von Erfindungen und Verschleißplanung veröffentlicht und damit die Rationalität in Frage stellt. Dazu werden wir eine allgemeine Befragungsaktion in und bei Betrieben veranstalten, die selbst die Einsicht in den Manipulationszusammenhang provoziert und zugleich Informationen über innerbetriebliche Konflikte und Bewußtseinsstrukturen veröffentlicht. Wir wenden uns in dieser Aktion besonders an die Techniker und Konstrukeure und wollen ihnen eine Möglichkeit geben, sich gegen die Beschränkung ihrer Arbeit zu wehren. Der BV wird dafür sorgen müssen, daß durch eine zentrale Projektgruppe eine Fragebogen ausgearbeitet wird, mit dem sich die verschiedenen Gruppen der APO an der Aktion beteiligen können. Die lokalen Projekt- und Basisgruppen sollen die Aktionen zur Diskussion stellen, um sie womöglich auch auf die einzelnen Betriebe zu spezialisieren. Die zentrale

Arbeitsgruppe soll die Materialien sammeln, auswert n und für die allgemeine Diskussion und Weiterführung der Aktionen aufbereiten.

3. Nach einer gewissen Entwicklung der Kamp gne soll sich in Berlin ein Technologie-meeting anschließen, um die angefallene Erfahrung für die Weiterarbeit aufzuarbeiten. Diese inhaltliche Bestimmung des meetings weist darauf hin, daß dessen Form erst später festgelegt werden kann.

Vorgelegt von:
TH Aachen, TU Berlin, Ingenieurschulen Gauss, Beuth und Post, TH Darmstadt, TU Hannover, Uni Stuttgart und Projektgruppe Technologie Berlin.

Resolution zur Politik an der Hochschule

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die zunehmender politische und administrative Unterdrückung der Studentenbewegung innerhalb und ausserhalb der Hochschule, sowie die Bedeutung, die der Kampf der Studenten für die Entfaltung des gesellschaftlichen Klassenkampfes hat, konkretisieren die Bedingungen, unter denen der Kampf der Studenten an der Hochschule weiter entwickelt werden muß.

Nach der Phase der Massenaktionen ist jetzt eine Phase eingetreten, in der sich die Studentenbewegung und der SDS als ihre weitertreibende Organisation an ihrer sozialen Basis Hochschule erneut inhaltlich und organisatorisch festigen müssen.

Den veränderten Bedingungen muß dabei in folgender Weise Rechnung getragen werden:

1. Auf der letzten DK, auf der einige Leitlinien zur Entwicklung der antiautoritären Studentenrevolte erarbeitet wurden, wurde das Verhältnis der etablierten Institutionen und Gremien sowohl der Universitätsbürokratie wie der Studentenvertretung derart bestimmt, daß das Postulat aufgestellt wurde, eine Mobilisierung von Konflikten könne nur über die Arbeit in den Institutionen laufen. Diese Politik ist z.T. erfolgreich betrieben worden. Die Mobilisierung von Konflikten in den Institutionen (Senat, Konzil, Kommissionen etc.) vermochte deren autoritären und undemokratischen Charakter zu entlarven. Dabei wurde die etablierte Studentenbürokratie mit in die Aktivitäten einbezogen, sie hatte zuweilen sogar Initiativfunktionen. Die Funktion und der Erfolg der AStA-Politik war jedoch in den allermeisten Fällen auf die direkt hochschulpolitischen Aktivitäten (vielleicht mit Ausnahme der Notstandskampagnen) beschränkt. Der AStA war es auch, der die z.T. reformistische Tendenz in der radikaldemokratischen Bewegung verstärkte. Eine Ursache davon liegt in dem apriorischen Systemzwang, unter dem der AStA ständig die kommunikativen Beziehungen mit der Administration aufrechterhält.

Definitorisch läßt sich die Beziehung der Studentenbewegung zur Studentenbürokratie nicht klären: eher ließe sich sagen, daß AStA und Studentenparlament in einer Phase der politischen Mobilisierung der Studenten über inneruniversitäre Konflikte führende Funktionen erhält. Diese Funktion wird tendenziell überflüssig auf einer weiteren Stufe der Bewegung, auf der die

politische Mobilisierung selbsttätig politische Organisationen entwickelt, und auf der vor allem die Politik der Studenten den radikalen Bruch mit der Reformpolitik beinhaltet. Auf jeden Fall läßt sich aus der Erfahrung der letzten Monate festhalten, daß die Stellung zu den Studentenvertretungen unter taktisch genau bestimmten Prinzipien zu erfolgen muß, niemals aber der AStA ein eigenständiges Organ der Bewegung sein kann (mit wenigen Ausnahmen).

Ähnlich verhält es sich mit der Funktion, die die Studentenparlamente in der Phase der Mobilisierung inneruniversitärer Konflikte erfüllt haben. Über die Politisierung der Parlamente gelang die Initiierung von bestimmten Konflikten. Die Parlamente haben aber niemals eine eigene initiatotische Funktion erfüllen können. In dem Maße, wie sich die politische Selbsttätigkeit der Studentenbewegung organisatorisch festigt und die Ebene der Aktivität sich verlagert, werden die organisatorischen Möglichkeiten der Studentenparlamente sekundär.

Die Stellung zu den Studentenorganisationen traditioneller Art wird sich auch weiterhin nach der politischen und organisatorischen Stärke des SDS an der Hochschule und nach der Fortgeschrittenheit des Bewußtseins der Studenten sowie nach der Qualität einer stabilen Bewegugg richten. Doch gilt es zu erkennen, daß die Funktion des AStA begrenzt ist.

2. Während der Springerblockade und den Notstandsaktionen sind spontan Agitations- und Aktionsansätze entwickelt worden, die der bisherigen Praxis der Studentenbewegung um etliche Schritte vorauseilten. Vereinzelt ist an einigen Universitäten diese neue Praxis auf die Politik an der Hochschule angewendet worden. Die Besetzung von Universitäten und Instituten waren Aktionsformen, in denen zum einen der praktische Widerstand der Studenten gegen den autoritären Staat antizipiert wurde und zum anderen der Kontrollanspruch über die Leistungsfabrik Universität demonstriert wurde. Obwohl nur begrenzt realisiert, hatten diese Aktionen richtungsweisenden Charakter. An ihnen und an den veränderten objektiven Bedingungen innerhalb und außerhalb der Universität haben sich künftig die Strategie der Studentenbewegung zu messen.

3. Die Kampagne für die repräsentative Mitbestimmung der Studenten über die Verwaltung des Wissenschaftsbetriebs haben in ihrem mobilisierenden Charakter realen politischen Erfolg gebracht.

Sie zeigten jedoch auch deutlich die Ohnmacht der Studentenbewegung innerhalb einer durch Herrschaftsgewalt abgesicherten Institution auf. Gleichzeitig hat sich gezeigt, daß die realen Widersprüche nicht nur auf der Verwaltungsebene zum Vorschein kommen, sondern daß sie sich niederschlagen in der Institutspraxis der Ordinarien. Die Konflikte an den Instituten können transparent gemacht werden in Zusammenhang mit einer Konkretisierung der inhaltlichen Kritik des Wissenschaftsbetriebes. Die Organisierung praktischer Seminarkritik und die Vorbereitung von eigenen Gegenseminaren, in denen diese Kritik systematisiert werden, sind taktische Prinzipien, die dabei berücksichtigt werden sollten.

4. Die Praktizierung von konkreter Mitbestimmung in den Instituten und Seminaren ist grundsätzlich unabhängig von den Bestrebungen, den Studenten am Institut ein festes Mitspracherecht zu geben (Drittelparität). Der Erfolg einer solchen Kampagne an den Instituten könnte darin bestehen, aufzuweisen, auf welche Weise kritische Wissenschaft betrieben werden könnte (Formen kollektiver Zusammenarbeit etc.) Er kann niemals darin bestehen, dauerhaft den bestehenden Wissenschaftsbetrieb zu ergänzen.

Der demonstrative Charakter, den solche Institutskampagnen haben (Institutsbesetzungen), ist untrennbar verbunden mit der Herstellung einer gesamtuniversitären Öffentlichkeit. Die kritische Öffentlichkeit der Studenten bedingt geradezu das Gelingen einer solchen Institutsaktion. Nur so kann vermieden werden, daß die Auseinandersetzungen am Institut den Charakter von bloßen wissenschaftlichen Disputen annehmen.

5. Die antiautoritäre Revolte hatte in ihrer organisatorischen Form einen bloß propagandistischen Charakter. In der kommenden Phase einer Politik an der Hochschule käme es darauf an, möglichst viele der mobilisierten Studenten politisch-praktisch zu integrieren. Eine politische Selbsttätigkeit könnte durch die Bildung von Funktions- oder Projektgruppen unterstützt werden. In diesen Gruppen ist die inhaltliche Vorbereitung praktischer Wissenschaftskritik untrennbar verbunden mit der organisatorischen Vorbereitung von Gegenseminaren und Institutsbesetzungen.

Der SDS als die treibende politische Gruppierung der Studentenbewegung hat in der nächsten Phase der Politik an der Hochschule besondere Aufgaben zu erfüllen.

1. Der SDS hat in der Mobilisierung von politischen und hochschulpolitischen Konflikten in den letzten Monaten und Jahren eine Studentenbewegung konstituiert. deren Bewußtsein vom liberalen

wurden insbesondere deutlich während der Universitätsblockaden an den verschiedenen Universitäten. Dieses Bewußtseinx kann niemals in bloßer Aufklärxxung politisch transformiert werden. Seine Transformation in ein sozialistisches Bewußtsein ist bedingt durch das Zusammenwirken von Aktion und gemeinsamer öffentlicher xxx Diskussion. Dies beinhaltet, daß der SDS den politischen Interpretationsrahmen der Aktionen an und außerhalb der Hochschule ständig neu herstellen muß. Das heißt aber, daß der Aktionscharakter der kritischen Praxis an den Instituten ständig geschaffen werden muß. Nur in der konkreten Auseinandersetzung wird die eigene Tätigkeit mit der praktischen Einsicht von gesellschaftlichen Zusammenhängen verbunden.

2. Das bei den Springer-Aktionen und den Notstandsstreiks x erreichte Widerstandsbewußtsein kann nicht nur innerhalb der Universität stabilisiert werden. Der SDS hat die Vermittlung der praktischen Tätigkeit in der Schülerbewegung und in der Arbeiterpraxis mit der Politik an der Hochschule xxxxxx herzustellen. Konkrete Aufgabe wird es dabei sein, die Selbsttätigkeit der politischen Studenten auf gesellschaftliche Ebenen zu erweitern. Nur so kann vermieden werden, daß die Festigung der Basis Hochschule mit einem Verlust der mobilisierten außeruniversitären Gruppierungen verbunden ist.

Eine konkrete Aufgabe wäre es in diesem Zusammenhang, die geplante Bundeswehrkampagne in der Universität agitatorisch und organisatorisch in der Universität vorzubereiten.

3. Die Funktion, die der SDS in der Widerstandsbewegung erfüllen muß, verlangt von ihm eine Reflexion auf die eigenen theoretischen und organisatorischen Kräfte. Die weitgehende Auflösung des SDS in die Bewegung der antiautoritären Revolte hat zu einer tendenziellen Auflösung der Funktion des SDS als politisch weitertreibender Gruppe geführt und zu einem Rückzug sehr vieler Mitglieder auf die Ebene der bloßen Rezeption von politischen Meinungen. Die Anforderungen, denen der SDS in der nächsten Phase der Bewegung unterstellt ist, verlangen xxxxx eine theoretische und praktische Analyse seiner eigenen Arbeit in der Bewegung. Dies kann nur geleistet werden, wenn die theoretische und praktische Arbeit im SDS selbst wieder rational organisiert wird. Die Funktionen, die die Projektgruppen eine Zeitlang übernommen haben, könnten auch weiterhin das Modellx sein, für eine Selbsttätigkeit möglichst vieler Genossen Initiativen zu schaffen.

SDS Frankfurt

Resolutionsentwurf der Gruppe Münster zur 23. o.DK

WISSENSCHAFT ALS REVOLUTIONÄRE PRAXIS ODER
GEGEN WISSENSCHAFT ALS BOLSSE IDEOLOGIEKRITIK

I. NEBEN KAPITAL UND ARBEIT IST WISSENSCHAFT IN DER PRODUKTIVEN FUNKTION DER LENKUNG UND PLANUNG ALLER GESELLSCHAFTLICHEN PRODUKTION OBJEKTIV BEREITS ZUR ENTSCHEIDENDEN PRODUKTIONSBEDINGUNG UND DAMIT TENDENZIELL AUCH ZUM EINZIG REALEN EMANZIPATIONSFAKTOR GEWORDEN!

"Die Arbeit der Oberaufsicht undLeitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozess die Gestalt eines gesellschaftlichen, kombinierten Prozesses hat und nicht alsvereinzelte Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt." (Marx)
Sie ist eine funktionale, spezifische Problematik der Wissenschaft undder verwissenschaftlichen Produktion, und tritt niemals vorher, d.h. in keiner vorhergehenden Produktionsweise auf. Sie ist doppelter Natur:
Einerseits erfordert der hohe Grad der gesellschaftlichen Kooperation im Produktionsprozess Funktionen, die nicht die individuellen Teilarbeiten, sondern die Gesamttätigkeit betreffen - diese Funktionen sind produktive Arbeit z.B. in der Form der Planung. Leitungstätigkeit wird als Wissenschaft zur entscheidenden Produktionsbedingung.
Andererseits aber trägt Leitung als Funktion des Kapitals, d.h. als Konsumption der Arbeitskraft durch das Kapital durchgängig auf allen Ebenen Herrschaftscharakter.
Aktuell stellt sich die Problematik dieses Doppelcharakters schon so dar:
STOLTENBERG als Exponent der herrschenden Klasse hat ein naturwüchsiges Interesse daran, im steten Hinweis nur auf den 1. Punkt der Leitungstätigkeit als objektiver Produktionsbedingung im Hinweis auf die sogenannten "Sachzwänge" also, Herrschaft zu legitimieren.
Die Zweischlächtigkeit der Leitungstätigkeit wird, einmal so reduziert, zur Verschleierung des autoritären, d.h. des durch das Kapital als Eigentum gegebenen Herrschaftsanspruchs.
Wenn autoritäte Negation sich fixiert auf die sichtbare Haltung der autoritären Rollenträger, wird sie dadurch selbst zur bloßen Haltung, so bleiben autoritäre und antiautoriäte Haltung aneinandergefesselt.
Léfèvre weist die Vorstellung ab, daß "die selbstbestimmten Zwecke undInhalte wissenschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Produktion bereits klare und umreißbare Alternativen zur bestehenden gesellschaftlichen Produktion und ihrer institutionellen Form" wären; "als hätte also der Staat bestimmte subjektive Inhalte und ziele zu Unterdrücken. Davon kann hier zunächst nicht die Rede sein. Der Widerstand dagegen, zu einem funktionstüchtigen Produktionsfaktor in einem undurchschauten Produktionszusammenhang dressiert zu werden, also dazu, gerade durch Begriffslosigkeit funktionstüchtig zu sein - der Widerstand dagegen ist zunächst nicht weniger abstrakt, inhaltsleer und begriffslos wie die Verhaltensweisen, gegen die er sich richtet. Dieser

Widerstand konkretisiert sich, erarbeitet sich seine Inhalte erst in der Widerstands-p r a x i s."
Wenn Parxis, als Normativität der Theorie, hier in der Kennzeichnung als Widerstandspraxis derartig spezialisiert formuliert wird, so ist das bezeichnend und korreliert den Irrtum, daß das "Durchbrechen der Spielregeln" das herrschende System hätte entlarven können, während jedoch jene Widerstandspraxis allerhöchstens einer Homogenisierung der eigenen Kräfte dienen konnte.
Mit anderen Worten also, Widerstandspraxis hat nur dort ihr adäquates Niveau, wo sie mindestens die Rationalität der objektiven Produktionskraft Wissenschaft besitzt; Produktivkraft meint hier die historisch bereits zur Verfügung stehende Produktionsfähigkeit.

II! DIE SELBSTENTFESSELUNG DER WISSENSCHAFT

DAS MEINT:

WISSENSCHAFT ALS ENTFALTUNG GESELLSCHAFTLICHER PRAXIS IST ZWINGEND AUF DIE GESELLSCHAFTLICHE MOTIVATIONSSTRUKTUR IHRER TRÄGER ANGEWIESEN. DEM ENTSPRICHT VON DER OBJEKTIVEN SEITE HER ALS PRODUKTIONSBEDINGUNG NICHT MEHR NUR DIE ANEIGNUNG BESTIMMTER FERTIGKEITEN, SONDERN DIE ANEIGNUNG DER GESAMTEN, VON DER GESELLSCHAFT BEREITS AKKUMULIERTEN ERFAHRUNG. DIESE ANEIGNUNGSPROBLEMATIK KANNN JEDOCH NUR DIE WISSENSCHAFT LÖSEN.

MARX stellt am Kapital eine universelle Tendenz fest, die es nach "universeller Entwicklung der Produktivkräfte streben" heißt, und die aber "ihm selbst, als einer bornierten Produktionsform widerspricht und es daher zu seiner Auflösung treibt."
"Die wahre schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies, daß das Kapital als Motiv und Zweck der Produktion erscheint." - Und schließlich: "Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals."
In analogen Konflikt gerät auch die Wissenschaft, umso mehr, je deutlicher sie zur bestimmenden Produktionsbedingung wird. Auch dem Wissen eignet wesentlich, d.h. zwingend eine Universalität, die es nie "das Zeichen ökonomischer Knappheit" tragen läßt. Wissenschaft steht, wie das Kapital, unter dem Diktat ihrer eigenen universellen Tendenz, unter der Bestimmung einer ungehinderten universellen Disponsibilität, denn Wissenschaft ist die Entfaltung von Praxis.
Wenn aber der Arbeitsprozess in der kapitalistischen Gesellschaft der reale Prozess des Kapitals wird, so erscheint die Praxis der Wissenschaft ebenfalls als realer Prozess des Kapitals. Die universelle Disponsibilität der Wissenschaft bestimmt andererseits ihre Praxis als die tendenzielle Aufhebung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dieser Konflikt ist die Krise der Wissenschaft, von der selbst bürgerliche Betrachter schon festgestellt haben, daß sie kein "primär organisatorisches, institutionelles, oder gar finanzielles Problem ist, sondern ein gesamtgesellschaftlich Geistiges." (STEINBRUCH)

"In der bürgerlichen Epoche ist die Grundauffassung der Beziehung von Theorie und Praxis utilitaristisch, ergänzt durch Illusionen vom Primat der reinen, überhistorischen Theorie. In diesem Typ der Theorie wird nicht begriffen, daß die Theorie selbst ihrem Wesen nach ein Moment der sich geschichtlich umgestaltenden Praxis ist."
Wissenschaft ist bisher stets als Theorie verstanden worden, während Wissen und damit Wissenschaft allein Entfaltung von Praxis ist. Daraus folgt aber, daß sich positiv ein Verhältnis von Theorie und Praxis niemals theoretisch bestimmen läßt, höchstens negativ in Form von Ideologiekritik, sondern nur indem man Theorie als reales Mittel der gesellschaftlichen Praxis angibt, was einzig vom Stand der Produktivkräfte abhängt.
Während der Arbeiterklasse einmal ihre Ausbeutung und zum anderen die Möglichkeiten ihrer Befreiung niemals direkt durch ihren eigenen Arbeitsprozess selbst, sondern historisch gesehen vielmehr von außen durch die propagandistische Tätigkeit der Partei zum Bewußtsein kommen konnten, hat der Bewußtseinsprozeß heute tendenziell aller Produzenten, für die ja Wissenschaft bereits objektive Produktionsbedingung geworden ist, eine eigene Reflexivität; diese aber liegt in ihrer Tätigkeit, da die Wissenschaft, um auf diesem Niveau der Produktion bestehen zu können, angewiesen ist auf Erfahrung zum ersten Male nicht in Form von individuell erlernbaren Fertigkeiten, sondern auf gesamtgesellschaftliche Erfahrung. Dies erzwingt wissenschaftliche Rationalität dann als die notwendige Verkehrsform.
Die uns historisch als Solidarität bekannte Form der Möglichkeit gesellschaftlicher Interaktion, die sich stets auf gesteigerte Subjektivität beruft, wird objektiv mehr und mehr zur gesellschaftlichen Schranke.

Resolutionsentwurf der Gruppe Münster

Über die Notwendigkeit des kulturrevolutionären Kampfes

I

Der Kapitalistische und bürokratisch-staatskapitalistische Apparat ist der technisch-wissenschaftlichen Vorbildung seiner Funktionsträger wegen in starkem Masse von den Forschungs- und Bildungseinrichtungen abhängig geworden!
In dem Masse, wie sich die Wissenschaft zur dominierenden Produktivkraft der Ökonomie entwickelt, wächst auch der Anteil der methodisch-wissenschaftlichen Repressivität an den kapitalistischen Entscheidungsprozessen. Die institutionelle Bildung und Wissenschaft von der Schule über die Universität bis zur Konzern-Forschung kennt innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise keine andere gesellschaftliche Formbestimmtheit als die der methodischen Repression, d.h. der Reproduktion der Bedingungen der Möglichkeit von Herrschaft. Im Produktionsbereich der wissenschaftlichen Bildung führt diese bürgerliche Formbestimmtheit zur Beherrschbarkeit und Unselbständigkeit der studentischen wissenschaftlichen Produzenten und zur Ausbildung des gesellschaftlichen Kernprozesses der Herrschaft von Menschen über Menschen. Die Methode auf dem Gebiet der geistigen Produktion stellt homolog zum Kapital in der materiellen Produktion ein bürgerliches Produktionsverhältnis zur Fesselung der Produktivkräfte dar - das Methodenverhältnis im wissenschaftlichen Bildungsprozess ist ein Herrschaftsverhältnis, so wie das Kapitalverhältnis im Produktionsprozeß ein Eigentumsverhältnis ist. Das Kapitalverhältnis dient der Aneigung fremder Mehrarbeit auf Seiten der ökonomischen Borgeoisie, das Methodenverhältnis der Beherrschung von fremder Mehrleistung (des wissenschaftlichen Produzenten) auf Seiten der wissenschaftlichen Bourgeoisie. Gesamtgesellschaftlich bedeutet die Zunahme des spezifischen Gewichts der geistigen Produktion (Forschung und Ausbildung) für die ökonomischen Entscheidungsprozesse, daß besonders in den kapitalistischen Metropolen das methodisch-repressive Moment der Beherrschung und Beherrschbarkeit der Produzenten zunimmt gegenüber dem Moment der reinen extensiven Ausbeutung der Arbeitskraft.
1) Die Quelle neuer Profite verschiebt sich zum Beispiel immer mehr auf die Leistungsfähigkeit der technologischen Wissensproduktion.
2) Die Festsetzungsprinzipien der Produktionsziele und Zwecke, die dem Produktions- und Aneigungszweck des Lebens die gesellschaftliche Bedeutung geben, ist heute den Bestimmungen einer autoritären institutionellen Wissenschaft unterworfen. Weil in der wissenschaftlichen Produktion die Bedingungen für die technologische und reproduktionsgesteuerte Leistungstätigkeit geschaffen werden, indem erst in dieser Sphäre der Bildung alle Produzenten zu autorität-beherrschbaren Persönlichkeiten ausgebildet werden. Ebenso können die Träger der qualifizierten Leistungstätigkeit erst in der Sphäre des Bildungsprozesses ihre Fähigkeiten der Produktionsleitung ausbilden. Die kapitalistisch-ökonomische Bourgeoisie ist wegen der Bedeutung des methodischen Elements in der Produktion von der wissenschaftlich-technokratischen Bourgeoisie abhängig.
Die Leistungswissenschaftler stellen die Verfahrenssynthetiker, und die abhängigen wissenschaftlichen Facharbeitskräfte stellen die Produzenten der wissenschaftlichen Teilverfahrensmaschinerie, d.h. die fungiblen wissenschaftlichen Teilarbeiter.
Vor allem auf der augenblicklichen Höhe der Auflösung der kapitalistischen Produktion in der kapitalistischen Produktion bei uns gewinnt die Analyse des Kapitals als Funktion neben der des Kapitals als Eigentum an Bedeutung. Kapital als Funktion ~~xxxxx~~ ist aber wissenschaftliche Leistungstätigkeit (repressive) (in der aktuellen Technostruktur). Aber

selbst noch für die Reproduktion des reinen kapitalistischen Aneignungsprozesses spielt die wissenschaftlich-staatsbürokratische Koordinationstätigkeit des ideellen Gesamtkapitalisten eine vorrangige Rolle.
Den wachsenden Widersprüchen seiner Verwertungsbedürfnisse begegnet der Kapitalismus heute 1. nach außen: durch imperialistischen Export der Schwierigkeiten in andere lokale Anlagesphären (3. Welt) und 2. nach innen: durch Verwertung und Integration wissenschaftlicher Repressions- und Manipulationsmethoden in der erweiterten wirklichen bürgerlichen Produktion, d.h. der Produktion einschließlich der bewußtseinsindustriellen Reproduktion.
Den entscheidenden Hebel zur Sprengung dieses spätkapitalistischen Systems stellt besonders für uns in den Metropolen das System der institutionellen Wissenschaft und bürgerlichen geistigen Produktion dar.

Die Grundlagen der Dissoziation zwischen den Produzenten und den Produktionsbereichen, die Grundlagen der Ausbildung einer autoritären Persönlichkeit, der Schaffung einer exploitablen Qualifikationsstruktur, der Manipulation von Bedürfnissen, der Beherrschbarkeit der Produzenten, der Fungibilität der verbildeten intellektuell-materiellen Arbeitskraft müssen subversiv und kulturrevolutionär bekämpft werden. Kulturrevolutionär heißt: von der Sphäre der geistigen Produktion her, wo die Herrschaftsverhältnisse ihre Sanktion finden.
Der revolutionäre Springpunkt ist der anti-institutionelle Kampf, der den Antagonismus des intellektuellen Produktionsverhältnisses, des Herrschaftsverhältnisses zum Gegenstand hat.
Aufgrund der Abhängigkeit des Kapitalismus von der wissenschaftlichen Ausbildungs- und wissenschaftstechnokratischen Leistungstätigkeit ist der antiautoritäre Kampf ein praktisch-materialistischer Kampf, eine Kritik der Voraussetzungen aller theoretischen Praxis in der bürgerlichen Produktion.

II
Die wachsende Unterwerfung der Staatsmaschinerie unter den Kapitalismus hat heute ihren Ort einzig im allgemeinen Rahmen einer wachsenden Abhängigkeit des Kapitalismus von der geistigen Produktion (Forschung und Ausbildung)

Wenn der Staatsapparat auf der aktuellen Höhe der Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise zum Staatskapitalismus, zur essentiell kapitalistischen Maschinerie geworden ist, und in dieser Form zur fremden Macht für die Sphäre der geistigen Produktion wird, so vergißt man darüber leicht einen grundsätzlichen Widerspruch in der bürgerlichen Formbestimmtheit der Abhängigkeitsverhältnisse.
Die bürgerliche Produktion verlangt zwangsläufig eine Entwicklung der materiellen Produktion zu Lasten der geistigen Produktion, d.h. sie führt strukturell zu einer materiellen Verdummung der geistigen Produktion, (Marx). Aufgrund dieser ungleichen Entwicklung geht die rein kapitalistische Bourgeoisie aus dem Wettlauf um die Verfügung der Mittel der Staatsmaschinerie als Siegerin über die wissenschaftliche Bourgeoisie hervor. So wird die Wissenschaft und Bildung auch noch auf dem Umweg über den Staat vom Kapitalismus abhängig. Jedoch entwickelt sich im Widerspruch zu dieser Abhängigkeit eine in Abs. I dargestellte Abhängigkeit der rein materiell-kapitalistischen Produktion von der wissenschaftlich-methodischen Produktion und dies kann als Anzeiger der Auflösung der bürgerlichen Produktion in der bürgerlichen Produktion gelten. Der Widerspruch in den wechselseitigen

Abhängigkeitsverhältnissen ist ein spezifischer Widerspruch der sich verschärfenden Auflösungsphase der bürgerlichen Produktion.
Wenn aber die Abhängigkeit einer bedürftigen und selbst gegenüber dem Staat hilflosen institutionellen Wissenschaft nicht in ihrer sich selbst widersprechenden bürgerlichen Formbestimmtheit reflektiert wird, führt sie auf seiten der Produzenten dieses geistigen Produktionsbereichs zu einem Ohnmachtsbewußtsein und einer Geistesfeindschaft dieser intellektuellen Produzenten, besonders der Studenten.
In dieser Identifikation mit dem Angreifer wiederholt sich die staatskapitalistische Fesselung der intellektuellen Produzenten noch einmal in den Subjekten.
Mit dieser Geistesfeindschaft der abhängigen reprimierten Produzenten des Produktionsbereichs der Bildung und Forschung korrelliert aber gerade eine Geistesherrschaft (als Herrschaft über Menschen) der methodisch wissenschaftlichen und technostrukturellen Leitungsagenten über den Gesamtbereich der bürgerlichen Produktionssphäre (z.B. sind es oft die Leitungsagenten der wissenschaftlichen Sphäre, die in den Aufsichträten und in der staatlichen Wirtschaftsbürokratie die Ziele setzen).
Wohl liefern der kapitalistisch verfügte Staat und dieser Kapitalismus selber der institutionellen Wissenschaft und Bildung (Von der Schule bis zur reinen Forschungsanstalt) das Geld, aber diese liefern dem staatskapitalistischen System eine Sprache und noch mehr, die Produktionsmehtoden und -ziele und die Prinzipien der Reproduktions- und Koordinationssteuerung.
Die Angewiesenheit des Kapitalismus auf die Wissenschaft ist größer als die der Wissenschaft auf den Staat.

III

Wie der bürgerliche Staat die Wissenschaft und Bildung bürokratisch maßregeln und zur staatlichen Veranstaltung degradiert und wie der Kapitalismus diesem Staat den Charakter aufprägt; ebenso liefert die institutionelle Wissenschaft und Bildung der Verwaltung und kapitalistischen Produktionsmaschinerie die Existenzgrundlage, die nur subversiv angegriffen werden kann, wenn man den Antagonismen innerhalb der Sphäre der geistigen Produktion kulturrevolutionär begegnet!
Indem die Herrschaft die Essenz des Staates ist und die Repression der Produzenten, also ihre Beherrschbarkeit im Klassenkampt und in der Emanzipation der Produzenten den Ausschlag gibt, fällt dem Herrschaftsantagonismus der intellektuellen Produktion in der Revolution eine Entscheidungsrolle zu. Die wissenschaftliche Methode als bürgerliches Produktionsverhältnis, das es zu vergesellschaften gilt, als im autoritären Sozialismus überbetontes Moment der Leitung und die Methode als reine Herrschaft im Interessen-, Informations- und politischen Verwaltungsbereich gerät unsere Situation zu einer revolutionären Überdeterminierung der rein materiellen Eigentumsantagonismen.

IV

Wenn den Revolutionären schon bisher der gesamtgesellschaftliche Charakter der Kapitalschranke auch über den materiellen Produktions- und Zirkulationsbereich hinaus bewußt war, so sollten sie sich gerade in unserer Heutigen Situation des Spätkapitalismus der wachsenden Bedeutung des Gesamtgesellschaftlichen Charakters der Methoden- und Herrschaftsschranken bewußt werden.
Die Antagonismen der geistigen Produktion werden zu kulturrevolutionären Hebeln der antikapitalistischen Revolution. Letztere wird sich in West-Europa zumindest nicht ohne die Kampfform des langen Marsches der Kulturrevolution durch die Institutionen vollziehen.
Das schwächste Glied in der Kette der gesellschaftlichen Instanzen, die Universität, bildet den ersten Hebel zur Zerstörung der nationalen Struktur von

Produktionsinstanzen (materiellen und geistigen) und den Ansatz zur Sprengung der internationalen Kette des kapitalistischen und kulturellen Imperialismus, durch die Sprengung seines schwächsten Kettengliedes. Der revolutionäre Kampf muß deshalb nicht innerhalb der Hochschule sowie der anderen Bildungsinstitutionen kulturrevolutionär geführt werden, sondern tendenziell gerade auch außerhalb dieser Institutionen. In der augenblicklichen Phase des Kampfes heißt Kulturrevolution Verschärfung des Kampfes an der Hochschule, und es nützt mehr "außeruniversitäre" Probleme in die Hochschule "hineinzutragen", als den Arbeitern "den Sozialismus beibringen". Eine lange kulturrevolutionäre Doppelherrschaft in den Bildungsinstitutionen vor allem muß die Voraussetzung schaffen für einen Prozeß der Veränderung des Charaktere in der entstehenden revolutionären Klasse (einschließlich des universitären Proletariats). Die Kritik und Subversion der bürgerlichen Voraussetzungen in den wissenschaftlichen und Bildungsinstitutionen stellt ~~xix~~ auf der jetzt erreichten Höhe des Emanzipationskampfes das entscheidende materialistische und revolutionäre Produktionsinstrument dar.

VII. Zur Organisationsfrage

helke sander:
der aktionrat zur befreiung der frauen

liebe genossinnen, genossen.

ich spreche für den aktionsrat zur befreiung der frauen. der landesverband berlin des SDS hat mir einen deligiertenplatz gegeben, obwohl nur wenige von uns mitglieder des verbandes sind. wir sprechen hier, weil wir wissen, dass wir unsere arbeit nur in verbindung mit anderen progressiven organisationen leisten können und dazu zählt unserer meinung nach heute nur der SDS.
die zusammenarbeit hat jedoch zur voraussetzung, dass der verband die spezifische problematik der frauen begreift, was nichts anderes heisst, als jahrelang verdrängte konflikte endlich im verband zu artikulieren. damit erweitern wir die auseinandersetzung zwischen den antiautoritären und der kp-fraktion und stellen uns gleichzeitig gegen beide lager, da wir beide lager praktisch, wenn auch nicht dem theoretischen anspruch nach, gegen uns haben. wir werden versuchen, unsere positionen zu klären, wir verlangen, dass unsere problematik hier inhaltlich diskutiert wird. wir werden uns nicht mehr damit begnügen, dass den frauen gestattet wird, auch mal ein wort zu sagen, dass man sich, weil man ein antiautoritärer ist, anhört, um dann zur tagesordnung überzugehen.

wir stellen fest, dass der SDS innerhalb seiner organisation ein spiegelbild gesamtgesellschaftlicher verhältnisse ist. dabei macht man anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur artikulierung dieses konflikts zwischen anspruch und wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine neuorientierung der SDS-politik zur folge haben müsste. diese artikulierung wird auf einfache weise vermieden. nämlich dadurch, dass man einen bestimmten bereich des lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den namen privatleben gibt. in dieser tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den gewerkschaften und den bestehenden parteien. diese tabuisierung hat zur folge, dass das spezifische ausbeutungsverhältnis, unter dem die frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, dass die männer ihre alte, durch das patriarchat gewonnene identität noch nicht aufgeben müssen. man gewährt zwar den frauen redefreiheit, untersucht aber nicht die ursachen, warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie zwar in der lage sind, die verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der lage sind, sie auch zu bestimmen. (am ersten tag der d.k. hat eine frau geredet) die verdrängung wird komplott, wenn man auf diejenigen frauen verweist, die innerhalb des verbandes eine bestimmte position erworben haben, in der sie aktiv tätig sein können. es wird nicht danach gefragt, welche versagungen ihnen das möglich gemacht haben, es wird übersehen, dass dies nur möglich ist durch anpassung an ein leistungsprinzip, unter dem ja gerade auch die männer leiden und dessen abschaffung das ziel ihrer tätigkeit ist. die so verstandene emanzipation erstrebt nur eine gleichheit in der ungerechtigkeit und zwar mit den von uns abgelehnten mitteln des konkurrenzkampfes und des leistungsprinzips.

die trennung zwischen privatleben und gesellschaftlichem leben wirft die frau immer zurück in den individuell auszutragenden konflikt ihrer isolation. sie wird immer noch für das privatleben für die familie erzogen, die ihrerseits von produktionsbedingungen abhängig ist, die wir bekämpfen. die rollenerziehung, das anerzogene minderwertigkeitsgefühl, der widerspruch zwischen ihren eigenen erwartungen und den anprüchen der gesellschaft erzeugen das ständige schlechte gewissen, den an sie gestellten forderungen nicht gerecht zu werden, bzw. zwischen alternativen wählen zu müssen, die in jedem fall einen verzicht auf vitale bedürfnisse bedeuten.
frauen suchen ihre identität. durch beteiligung an kampagnen, die ihre konflikte nicht unmittelbar berühren, können sie sie nicht erlangen. das wäre scheinemanzipation. sie können sie nur erlangen, wenn die ins privatleben verdrängten gesellschaftlichen konflikte artikuliert werden, damit sich dadurch die frauen solidarisieren und politisieren. die meisten frauen sind deshalb unpolitisch, weil politik bisher immer einseitig definiert worden ist und ihre bedürfnisse nie erfasst wurden. sie beharrten deshalb im autoritären ruf nach dem gesetzgeber, weil sie den system sprengenden widerspruch ihrer forderungen nicht erkannten.

die gruppen, die am leichtesten politisierbar sind, sind die frauen mit kindern. bei ihnen sind die aggressionen am stärksten und   ist die sprachlosigkeit am geringsten. die frauen, die heute studieren können, haben das nicht so sehr der bürgerlichen emanzipationsbewegung zu verdanken, sondern vielmehr ökonomischen notwendigkeiten. wenn diese priveligierten unter den frauen nun kinder bekommen, werden sie auf verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer emanzipation schon überwunden zu haben. das studium wird abgebrochen oder verzögert, die geistige entwicklung bleibt stehen oder wird stark gemindert durch die ansprüche des mannes und des kindes. dazu kommt die unsicherheit, dass man es nicht fertig gebracht hat, zwischen blaustrumpf und frau fürs haus zu wählen, entweder eine karriere aufzubauen, die mit einem weitgehenden verzicht auf glück erkauft werden muss oder eine frau für den konsum zu sein. d.h., es sind eben jene priveligierten frauen, die die erfahrung gemacht haben, dass der bürgerliche weg zur emanzipation der falsche war, die erkannt haben, dass sie sich mit den mitteln des konkurrenzkampfes nicht emanzipieren können, die erkannt haben, dass das algemeine leistungsprinzip auch zum bestimmenden faktor innerhalb der verhältnisse geworden ist, die erkannt haben, dass der weg zur emanzipation auch schon in der methode liegt, mit der man sie anstrebt.
diese frauen merken spätestens, wenn sie kinder bekommen, dass ihnen all ihre privilegien nicht nützen. sie sind am ehesten dazu in der lage, den abfallhaufen des gesellschaftlichen lebens ans licht zu ziehen, was gleichbedeutend damit ist, den klassenkampf auch in die ehe zu tragen und in die verhältnisse. dabei übernimmt der mann die objektive rolle des ausbeuters oder klassenfeindes, die er subjektiv natürlich nicht will, da sie ihm ja auch wiederum nur aufgezwungen wird von einer leistungsgesellschaft, die ihm ein bestimmtes rollenverhalten auferlegt.
die konsequenz, die sich daraus für den aktionsrat zur befreiung der frauen ergab, ist folgende:
wir können die gesellschaftliche unterdrückung der frauen nicht individuell lösen. wir können damit nicht auf zeiten nach der revolution warten, da eine nur politisch-ökonomische revolution die verdrängung des privatlebens nicht aufhebt, was in allen

sozialistischen ländern bewiesen ist.
wir streben lebensbedingungen an, die das konkurrenzverhältnis zwischen mann und frau aufheben. dies geht nur durch umwandlung der produktionsverhältnisse und damit de machtverhältnisse, um eine demokratische gesellschaft zu schaffen.

da die bereitschaft zur solidarisierung und politisierung bei den frauen mit kindern am grössten ist, weil sie den druck am meisten spüren, haben wir uns in der praktischen arbeit bisher auf ihre konflikte konzentriert. das heisst nicht, dass wir die konflikte der studentinnen ohne kinder nicht wichtig nehmen, heisst nicht, dass wir nicht trotz der gemeinsamen merkmale aller frauen in der unterdrückung die klassenspezifischen unterdrückungmechanismen übersehen, es heisst lediglich, dass wir eine möglichst effektive arbeit leisten wollen und uns einen ansatzpunkt schaffen müssen, der es uns erlaubt, die problematik systematisch und rational anzugehen.
da die anfänglichen bemühungen, die wir machten, diese konflikte mit dem sds und innerhalb des sds anzugehen, scheiterten, haben wir uns zurückgezogen und alleine gearbeitet. als wir vor einem halben jahr anfingen, reagierten die meisten genossen mit spott. heute nehmen sie uns übel, dass wir uns zurückgezogen haben, sie versuchen uns zu beweisen, dass wir überhaupt ganz falsche theorien haben, sie versuchen uns unterzujubeln, dass wir behaupten, frauen brauchten zu ihrer emanzipation keine männer und allen den schwachsinn, den wir nie behauptet haben. sie pochen darauf, dass auch sie unterdrückt sind, was wir ja wissen. wir sehen es nur nicht mehr länger ein, dass wir ihre unterdrückung, mit der sie uns unterdrücken, weiter wehrlos hinnehmen sollen. eben weil wir der meinung sind, dass eine emanzipation nur gesamtgesellschaftlich möglich ist, sind wir ja hier. wir müssen hier nämlich einmal feststellen, dass an der gesamtgesellschaft etwas mehr frauen als männer beteiligt sind und finden es die höchste zeit, dass wir die sich daraus ergebenden ansprüche auch einmal anmelden und fordern, dass sie zukünftig eingeplant werden. sollte dem SDS der sprung nach vorn zu dieser einsicht nicht gelingen, dann wären wir allerdings auf einen machtkampf angewiesen, was wir lieber verhindern würden(für uns wäre es energieverschwendung). denn wir werden diesen machtkampf gewinnen, da wir historisch im recht sind.

die hilflosigkeit und arroganz, mit der wir hier auftreten müssen macht keinen besonderen spass. hilflos sind wir deshalb, weil wir von progressiven männern eigentlich erwarten, dass sie die brisanz unseres konfliktes einsehen. die arroganz kommt daher, dass wir sehen, welche bretter ihr vor den köpfen habt, weil ihr nicht seht dass sich ohne euer dazutun plötzlich leute organisieren, an die ihr überhaupt nie gedacht habt und zwar in einer zahl, die ihr für den anbruch der morgenröte halten würdet, wenn es sich um arbeiter handeln würde.
genossen, eure veranstaltungen sind unerträglich. ihr seid voll von hemmungen, die ihr als aggressionen gegen die genossen auslassen müsst, die etwas dummes sagen oder etwas, was ihr schon wisst. die aggressionen kommen nur teilweise aus politischen einsichten in die dummheit des anderen lagers. warum sagt ihr nicht endlich, dass ihr kaputt seid vom letzten jahr, dass ihr nicht wisst, wie ihr den stress länger ertragen könnt, euch in politischen aktionen körperlich und geistig zu verausgaben, ohne

damit einen lustgewinn zu verbinden. warum diskutiert ihr nicht, be vor ihr neues kampagnen plant darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? warum kauft ihr euch denn alle den Reich? warum sprecht ihr denn hier vom klassenkampf uns zu hause von orgasmusschwirigkeiten. ist das kein thema für den SDS?
diese verdrängungen wollen wir nicht mehr mitmachen.
in unserer selbstgewählten isolation machten wir also folgendes: wir konzentrierten unsere arbeit auf die frauen mit kindern, weil sie am schlechtesten dran sind. frauen it kindern können über sich erst wieder nachdenken, wenn die kinder sie nicht dauernd an die versagungen de gesellschaft erinnern. da die politischen frauen ein interesse daran haben, ihre kinder eben nicht mehr nach dem leistungsprinzip zu erziehen, war die konsequenz die, dass wir de anspruch der gesells hat, dass die frau die kinder zu erziehen hat, zum ersten mal ernst nehmen. und zwar in dem sinne, dass wir uns weigern, unsere kinder weiterhin nach den prinzipien des konkurrenzkampfes und leistungsprinzips zu erziehen, von denen wir wissen, dass auf ihrer erhaltung die voraussetzung zum bestehen des kapitalistischen systems überhaupt beruht.
wir wollen versuchen, schon innerhalb der bestehenden gesellschaft modelle einer utopischen gesellschaft zu entwickeln. in dieser gegengesellschaft müssen aber unsere eigenen bedürfnisse endlich einen platz finden. so ist die konzentration auf die erziehung nicht ein alibi für die verdrängte eigene emanzipation, sondern die voraussetzung dafür, die eigenen konflikte produktiv zu lösen die hauptaufgabe besteht darin, dass unsere kinder nicht auf inseln fern ab aller gesellschaftlichen realität gedrängt werden, besteht darin, den Kindern durch Unterstützung ihrer eigenen emanzipatorischen Bemühungen die Kraft zum Widerstand zu geben, damit sie ihre eigenen Konflikte mit der Realität zugunsten einer zu verändernden Realität lösen können.
Augenblicklich arbeiten schon fünf dieser Kinderläden, vier weitere organisieren sich und einige andere sind im organisatorischen Vorstadium. Wir arbeiten am Modell für den FU-Kindergarten und organisieren Kindergärtnerinnen bzw. helfen den Kindergärtnerinnen, sich selber zu zu organisieren. Theoretisch versuchen wir das bürgerlichen Vernunftprinzip und den patriarchalischen Wissenschaftsbegriff zu kritisieren.
Wir haben einen so ungeheuren Zustrom, daß wir ihn kaum organisatorisch verkraften können. Unser Ziel ist zunächst, die Frauen zu politisieren, die schon ein bestimmtes Problembewußtsein haben. Dies ist am besten möglich innerhalb der Universitäten. Wir müssen diese unsere Gegenmodelle zunächst weiterentwickeln und auf eine größere Basis stellen, damit wir Methoden einer kollektiven Erziehung finden, die nicht nur den sowieso schon Privilegierten zugute kommt. Diese Kader und diese Erkenntnisse haben wir jedoch noch nicht. Darum können wir unsere Arbeit nicht dadurch gefährden, daß wir halbe Aktionen in Arbeitervierteln machen.
Es sind besonders die Männer, die sich nach und nach bei uns eingefunden haben, die für eine schnellere Vermittlung nach außen in die Arbeiterschaft eintreten. Hier gibt es wieder zwei Probleme. Zum einen haben verschiedenen Männer gesehen, daß plötzlich etwas gemacht wird, was eine Perspektive hat.Auf Grund ihrer gewandteren Formulierungen übernehmen sie bei manchen Arbeitskreisen die Führung ,wogegen viele Frauen nach wie vor hilflos sind. Sie tunn so ,als sei der Gedanke der Kinderläden ihre eigenen Erfindung,sie sehen die politische Relevanz und sagen jetzt den Frauen, sie würden ihre Probleme verdrängen, wenn sie sich jetzt mit der Erziehung beschäftigen. Der Versuch, möglichst schnell andere Bevölkerungschichten mit unseren kinderläden zu erfreuen, mag darauf zurückzuführen sein, daß sich die männer nach wie vor weigern, ihre eigenen konflikte zu artikulieren. im augenblick haben wir der arbeiterschaft nichts zu bieten. wir können nicht arbeiterkinder in unsere kindergärten nehmen, wo sie ein verhalten lernen, für das sie zu hause bestraft werden. die voraussetzungen dazu müssen

für die arbeiter erst geschaffen werdenx.
aus den arbeiten an den kinderläden ergeben sich für uns weitere arbeiten, die damit in eggem zusammenhang stehen. die kinder, die jetzt in unseren läden sind, werden sich nicht mehr in die x gewöhnlichen schulen einfügen. die eltern dieser kinder werden die bestehenden schulen nicht mehr hinnehmen. durch die breite basis, die wir den läden geben wollen, xxx versuchen wir eine breite basis für den konflikt an den volksschulen zu schaffen. dieser konflikt wird wirkungen haben, die sich zeigen bei den kindern und eltern, die nicht durch unsere läden gegangen sind. wir müssen dann verhindern, dass kinder ausgebildet werden, um das zu lernen, was eine kapitalistische gesellschaft ihnen zu lernen erlaubt.
wir wissen, unproduktive arbeiten können abgeschafft werden, wir wissen, wir werden einen ungeheuren bedarf an erzieherinnen und erziehern an kindergärtnerinnen und kindergärten haben. es ist nicht mehr nötig, dass 9o % aller arbeiterinnen ungelernte arbeite innen sind.
genossen, ihr seht, dass unsere arbeit andere schwerpunkte hat, als die verbandsarbeit.

1. wir haben unsere arbeit vorerst beschränkt auf erziehungsfragen und allem, was damit zusammenhängt.
2. alles geld geht im augenblick in die kinderläden und die dafür notwendigen vorbereitungsarbeiten.
3. wir nehmen uns zeit für die vorbereitungsarbeiten und die politisierung des privatlebens.
4. wenn die modelle der kinderläden uns praktikabel erscheinen, werden wir uns auf die schulen konzentrieren.
5. daneben wird natürlich theoretische arbeit geleistet, die in grössern zusammenhängen argumentiert.

wenn sich der sds als ein verband begreift, der innerhalb der bestehenden gesellschaft emanzipatorische prozesse ingang setzen will, damit eine revolution überhaupt möglich wird, dann muss der verband konsequenzen für seine politik aus unserer arbeit ziehen.
damit kommen wir auf die frage der prioritäten.
wir müssen diskutieren:
soll sich eine gruppe hier und eine gruppe da auf ein lehrlings-bzw. schülersekretariat konzentrieren oder sollen wir uns konzentrieren auf die verbreiterung der basis der kindergärten.
ein lehrlingssekretariat fängt die wenigen glücklichen und männlichen volksschulabgänger auf, die das glück hatten, eine lehre beginnen zu können, wie schlecht sie im einzelnen auch sein mag. ein schülersekretariat fängt die wenigen und materiell gesicherten ober- und berufsschüler auf, die das glück hatten, liberale eltern zu haben, die sie auf eine schule schicken konnten und die kinder darin unterstützten. das lehrlingssekretariat wird immer wieder genährt durch die leute, die voraussetzungen mitbringen, die die schule ihrem bewusstsein zubilligte. aber gerade diese voraussetzungen wollen wir abschaffen. soll hier eine gruppe eine natokampagne und da eine gruppe eine bundeswehrkampagne machen oder sollen wir uns auf die gesellschaftlichen bereiche konzentrieren, die den angelpunkt bilden, daxxx die machtstrukturen zu verewigen?

genossen, wenn ihr zu dieser diskussion, die inhaltlich geführt werden muss, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, dass der sds nicht weiter ist als ein aufgeblasener konterrevolutionärer hefeteig.
die genossinnen werden dann die konsequenzen zu ziehen wissen.

Resolutionsentwurf für die 23. o. DK des SDS
vorgelegt vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen Berlin

1. Die Reproduktion der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben im SDS hat lange genug seine politische Arbeit gelähmt.

2. Der SDS definiert politische Aktivität einseitig, indem er die Reflektion auf Probleme der persönlichen Entfaltung (die nicht identisch sind mit der bürgerlichen Vermittelung davon) tabuisiert.

3. Kampagnen des SDS können den Frauen zwar rational vermittelt werden, es fehlen ihnen aber die Voraussettzungen, die subjektiven Bedürfnisse der Frauen auszusprechen, deren Unterdrückung in der vom politischen Kampf ausgenommenen "Privatsphäre" unmittelbar und am stärksten erlebt wird. Doppelt frustriert sind die Frauen im SDS, wenn sie versuchen, dort politisch aktiv zu werden, d.h., wenn sie über die Beteiligung an Demonstrationen hinauswollen, wenn sie Referate, Reden halten, Diskussionsbeiträge liefern. Die Effektivität ihrer Arbeit wird sabotiert, und das Erfolgserlebnis ist ihnen versagt, weil auf ihre Beiträge niemals Bezug genommen wird.

4. Diese Initiativen der Frauen werden als Grenzübertritte verstanden, und müssen von ihnen bezahlt werden mit der Anerkennung der Regeln einer Leistungsgesellschaft, die darauf gerichtet ist, männliche Traumata zu kompensieren. Von Reden halten über Stammtischgespräche bis hin zum belehrenden Bettgeflüster reicht die Pervertierung gesellschaftlicher Kompensationsmöglichkeiten der Männer.

5. Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeois und der Frau als Prolet - Herr und Knecht - impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind. Die Verleugnung des Führerprinzips im SDS ist blanker Hohn, weil jeder verheiratete oder im festen Verhältnis lebendes SDS-ler Führer und damit gleichzeitig Ausbeuter einer Familie ist. Die Begriffe Klasse, Klassenfeind, Ausbeuter sind Hilfskonstruktionen, die den Frauen dazu dienen, sich auf den Begriff zu bringen, d.h. ein Maß an Solidarisierung zu erreichen und erlaubt, die sinnliche Erfahrung dieser patriarchalischen Gesellschaft im politischen Kampf gegen diese zu wenden.

6. Dies impliziert nicht Politisierung des Privatlebens, sondern die Aufhebung der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben: Es gilt, die Unterdrückung im Privatleben nicht als private zu begreifen, sondern als politisch-ökonomisch bedingte. Es gilt, Privatleben qualitativ zu verändern und diese Veränderung als politische Aktion zu verstehen. Dieser kulturrevolutionäre Akt ist ein Teil des Klassenkampfes.

7. Daraus ergibt sich, daß die Revolution als Ziel des Klassenkampfes weniger eine Frage der Machtübernahme ist, sondern eine Frage der Verwircklichung dessen, was sich in der bestehenden Gesellschaft antizipatorisch als Gegengesellschaft abzeichnet. Dies beinhaltet, daß der Anspruch auf Glück jetzt abgetrennt in die Privatsphäre, aber noch nicht einmal dort befriedigt, in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden muß.

8. Persönliche Entfaltung muß also identisch werden mit einer Praxis, die jetzt schon mögliche Momente einer zukünftigen Gesellschaft vorwegnimmt, einer Gesellschaft, die sowohl alle Lebensverhältnisse erotisiert, als auch Aggressionen produktiv macht.

9. Dieser Anspruch des SDS widerspricht seiner individuellen und offiziellen Praxis.

1o. Mit diesem Anspruch kann man nur ernst machen, wenn man ihn organisatorisch wendet.

11. Für alle Frauen im SDS kommt es darauf an, diese Thesen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch in verbindlicher Aktivität einzulösen. Nur die Frauen sind "interessiert" genug, nur sie bieten die Gewähr, daß sich im Verband etwas ändert, daß wenigstens hier das autoritäre Vernunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft durchbrochen wird. Dafür ist vorläufige Isolation nötig. Das ist keine Isolation, die mit der Illusion verbunden ist, man könne sich auch unabhängig von den Männern emanzipieren, sondern der notwendige erste Schritt, seine eigenen Bedürfnisse zu artikulieren. Gegen unkritische, auf Verdrängung beruhende Widerstände werden wir Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben.

Die Diskussion über den Resolutionsentwurf hat ergeben, daß sie einige unklare Punkte enthält, die der Erklärung und der Korrektur bedürfen, z.B. in dem Punkt, der von dem Mann als Klassenfeind spricht, oder in dem Punkt, der das Leistungsprinzip betrifft und, wie die Reaktion der Genossen zeigte, in vielen anderen mehr.

Auf die Abstimmung über den Entwurf wurde verzichtet, mit folgenden Gründen:

1. Wir waren physisch und aus Zeitmangel nicht mehr in der Lage, die Resolution im Kollektiv so umzuarbeiten, daß man sie in veränderter Form erneut zur Abstimmung hätte bringen können.

2. Die Abstimmung über die Annahme einer Resolution in der SDS-DK war noch nie eine Garantie dafür, daß ihre Forderungen in die Praxis verwandelt werden.

3. Die Hauptintention, im Verband eine Diskussion über diese Probleme zu entfachen und zu provozieren, ist erreicht.

4. Deshalb wird der Resolutionsentwurf als Arbeitsgrundlage und Anregung in die Sammlung der DK-Initiativanträge eingehen.
Aus dem gleichen Grunde, nämlich als Provokation einer massenhaften Diskussion, zur Organisierung der Selbsthilfe und Hilfe, ziehen wir ihn nochmal ab und verteilen ihn.
Die korrigierten und ergänzten Thesen, sowie die Arbeitspaper werden den SDS-Gruppen zugeschickt. Bei der Sammlung für die Unkostendeckung kamen 35,- DM zusammen. Das reicht gerade für den Versand eines halben Papers. Wenn Ihr umfas end ~~informiert~~ über die Gruppenarbeit und kontinuierlich unterrichtet werden wollt, müßt Ihr schon noch einen Groschen dazutun. Der Hut wird nochmal rumgehen.

AUTORITÄRE ZÜGE IM SDS B-W

Die Untersuchung der Ursachen der autoritären Züge im SDS muß sich sowohl auf die Personen beziehen, die als "Autoritäten" behandelt werden, wie auch auf die Gen., die durch ihr Verhalten dazu beigetragen haben, daß einige Genossen "Autoritäten" werden konnten (und zwar Autoritäten im negativen Sinne).

1. THESE:
In dem Maße wie bei einigen Gen. antiautoritäre Haltung zur bloßen Attitude gerinnt, dient diese Attitude zur Kaschierung der eigenen Fixierung an Autoritäten.

Antiautoritäre Haltung reduziert sich SDS-intern auf reine Attitüde, die sich vor allem in Kumpanei ausdrückt, und zwar gerade auch Kumpanei mit den Gen ossen, die qua Sachverstand "Namen" und Titel haben. Deutlich wird dieses biedermde Kumpanei-Gehabe besonders dort, wo es Nichtmitgliedern zur Geltung gebracht werden kann. Mir ist dies besonders in den Seminaren des Pol. Inst. aufgefallen, die unter Leitung der "Autoritäten" stattfindem. Hier wird dann dieses Gehabe denen gegenüber ausgespielt, die nicht zum Kreise der "Auserwählten" gehören.
Das, was antiautoritäre Haltung ausmacht, fehlt dann weitgehend: die durch Funktion begründete Autorität des Seminarleiters wird ebenso wie dessen Beiträge selten offen in Frage gestellt, selbständige Mit- und Weiterarbeit fehlt. Statt dessen (nur einige Symptome): Unpünktlichkeit, mangelnde Gesprächsdisziplin und Aufmerksamkeit, Unruhe, schlechte Referate... Die durch Informationsvorsprung begründete Autorität wird also weder angezweifelt, noch bemüht man sich, diesen Informationsvorsprung zu reduzieren. Vielmehr verläßt man sich darauf, daß die SDS-Aura, die die "Autoritäten" durch rationale Argumentation und Wissen besitzen, auch auf sie überstrahlt. Die reine Gruppenzugehörigkeit wird als Ausweis für Mehr-Wissen und Mehr-Können betrachtet.
Resultat dieses Gehabes (<u>nicht nur</u> in Seminaren) ist: es wird eine Kluft gesch affen, das Nicht-dazu-Gehören dokumentiert. Die Nichtgen ossen werden dadurch in ihrer durch die Universitätsstruktur bedingten und anerzogenen autoritätshörigen Haltung nur weiter bestärkt.
Dieser Mechanismus: Feststellung von Autoritäten qua Sachverstand - Sich-Beugen vor der Autorität - Kompensierung des Sich-Beugens durch antiautoritäre Attitüden - dadurch eingebildete Teilhabe an linker intelligentia - dadurch Elitenbildung wird zum Teufeslkreis, wenn er nicht von beiden Seiten durchschaut wird und die Konsequenzen gezogen werden.

2. THESE:
Das Verhalten der "Autoritäten" basiert auf einer falschen Einschätzung der Situation des SDS und ihrer eigenen Funktion im SDS.

Man kommt nicht umhin, ein erstaunliches Niveaugefälle im SDS zu konstatieren. Dies ist an und für sich nur natürlich, wenn aus diesem Zustand zugleich die Konsequenzen zu seiner Überwindung gezogen werden. Daß dies eben nicht gesch ieht, hängt z.T. zusammen , daß die sog. Autorit äten ihre Fähigkeiten und bes. Eigenschaften (Eloquenz, kritische Analyse, Wissen...), über die sie in höherem Maße verfügen als andere Gen., nicht richtig einschätzen, bzw. deren Funktion für den SDS falsch sehen. Wünschenswert wäre es, wenn diese Eigenschaften und Fähigkeiten so eingesetzt würden, daß der gesamte SDS davon profitieren könnte. Dies kann nur dann geschehen, wenn die Genossen "Autoritäten" ihre Funktion auch didaktisch (oder pädagogisch) verstehen würden. Daran mangelt es jedoch entschieden. Deutlich wird dies auf PKs und MVs: sie leiten Diskussionen und Reflexionsprozesse nicht <u>ein</u>, sondern <u>beenden</u> sie (wenn auch nicht immer im wortwörtlichen Sinne). Damit haben die Beiträge dieser Gen. nicht selten die Funktion, <u>Entscheidungen herbeizuführen</u>, anstatt <u>Entscheidungsalternativen erst einmal anzubieten</u>.
Abgestritten werden kann selten, daß die aus diesen Beiträgen resultierenden Entscheidungen zumeist richtig und vernünftig sind; abgestritten werden soll auch nicht, daß die Umsetzung der Entscheidungen

in Organisation von anderen geleistet werden kann und wohl auch muß.
Aber: Gerade die oft mangelhafte Umsetzung von Entscheidungen in die Praxis der Organisation zeigt, daß etwas faul ist. dies läßt sich m.E. nicht allein zurückführen auf mangelnde Bereitschaft, Zeit- und Finanzmiseren. Tieferliegende Ursache scheint mir zu sein, daß die Argumentationen, die zur Entscheidung geführt haben, wohl ad hoc mitvollzogen werden konnten, jedoch nicht in dem Maße weiterreflektiert werden könne und twar bis hin zum praktischen Vollzug. Z.T. wird diese Misere von de sog. Autoritäten selbst gesehen. Dort wo sie es sehen, reagieren sie aber zumeist wie schlecht Lehrer: Sie meinen dann durch Fernbleiben oder Sch weigen der Aktivierung der Selbsttätigkeit der Gen. einen Dienst zu erweisen, verlieren aber die Geduld, wenn sich nicht sofort Erfolge einstellen, und zerstören dann durch Kundgabe ihres Unmuts wiederum den Lernprozeß, den sie eigentlich einleiten wollten. Sie, die sie mehr als andere aus besserer Einsicht heraus von langfristiger Strategie reden, sind nicht in der Lage, dort, wo allein sie es Könnten (und mußten) nach Strategie zu handeln.
Dem Verhalten 'wie ein schlechter Lehrer' kommt entgegen, daß sich viele Gen. verhalten wie schlechte Schüler, das heißt, sie legen auf MVs und PKs Seminargehabe an den Tag: sie h alten das Maul, weil sie Angst haben, sich durch undifferenzierte Fragen zu blamieren...(es ist überall dasselbe!). Dies läß sich nicht zuletzt darauf zurückführen, daß SDS-intern ähnlich Sanktionsmechanismen zu finden sind, wie im Stud ienbetrieb: Beifalls- und Mißfallenskundgebungen jeder Schattierung und weitgehend irrational, verbale Wertungen etc.
Wenn nun die Genossen, die hier als Autoritäten bezeichnet werden, erwidern, daß man von Genossen mehr erwarten muß, dann gehen sie eben gerade von falschen Voraussetzungen aus (mit dem Eintritt in den SDS is der Lernprozeß nicht abgeschlossen, sondern er beginnt dann zumeist erst). Das, was sie voraussetzen, sollte eben gerade von ihnen mitinitiiert werden: kritische Haltung, Selbsttätigkeit, theoretische Fundierung und letztlich auch einen anderen Begriff des Verhältnisses von Theorie und Praxis.
Gerade dies letzte können aber die "Autoritäten" nicht leisten, weil es bei ihnen selbst anscheinend an Vermittlung von Theorie und Praxis mangelt. Ihr vielgerühmter Sachverstand ist in vielem rein akademisch. Die Tatsache, daß sie im SDS zu "Autoritäten" avancierten, resultiert aus dem Dilemma, daß eben rein theoretisches Wissen und Beredtsamkeit von vielen Genossen höher geschätzt wird, als ein sich-Verhalten gemäß der theoretischen Einsicht.
(In diesem Zusammenhang bedarf es eines Wortes über das Verhältnis Pol.Inst. und SDS. Hauptfehler des Pol.Inst. ist es, daß eben die Vermittlung von Theorie und Praxis nicht geleistet wird - ob sie überhaupt geleistet werden kann, ist eine andere Frage.
Hauptfehler der dort Wissen akkumulierenden Genossen ist, daß sie eben das entweder nicht sehen oder dann, wenn sie es sehen, es als unabänderbar betrachten. So wird von vielen Gen. die Teilnahme an akademischen Veranstaltungen, in denen linke Theorie verzapft wird, schon als Ableistung revolutionären Solls betrachtet. Man hört also dort auf, wo erst begonnen werden sollte.)

3.THESE:
Viele Genossen verh alten sich so, als sei der SDS nur eine elitäre Korporation innerhalb des akademischen Bereichs.

Diese Genossen sind nichts anderes als Opfer der Universitätsstruktur, die sie - und die dazugeh örigen Verhaltensnormen - schon soweit verinnerlicht haben, daß sie sich kaum mehr von ihr befreien können.
Und was noch verhängnisvoller ist, sie betrachten allein Zugehörigkeit zum SDS schon als einen derartigen Ausbruchsversuch, ohne in irgendeiner eise diesen Anspruch durch ihr Verhalten zu rechtfertigen, In dieser "Ideologie" (Zugehörigkeit zu einer weitgehend in den akademischen Bereich inkorporierten Gruppe = Befreiung von den Ketten autoritärer Universitätsstruktur) werden die Genossen sogar noch b-stäckt durch

diejenigen Genossen, die sie sich zum "Vorbild" genommen haben, die für sie als Autoritäten gelten. Denn diese "Autoritäten" sind weitgehend nur Autorität durch akademische Exponiertheit.

So werden denn auch Plaketten, linke Ideen, Aufkleber... zu Fetischen, d.h., ihre ursprüngliche Signalfunktion ist verloren gegangen, sie haben sich verselbständigt. Genau in diesen Rahmen gehören dann auch die schon genannten antiautoritären Attitüden, die dann nur Ausweis für Zugehörigkeit zur "Elite", nur Gruppennorm der "linksintellektuell Privilegierten" sind.

Wo akademisches Wissen da sit, bleibt es weitgehend akademisch, oder wird "praktisch" allein in Fetischen und Attitüden oder - was noch schlimmer ist - die Gefahr des Aktivismus, der sich an nicht hinreichend reflektierten Begriffen orientiert.

(Im übrigen bin ich der Meinung, daß man weniger Texte über die Strukturkrise des SDS E-N interpretieren, als vielmehr dieser Krise an die Wurzel gehen sollte.)

f. Huisken

MODELL DER DREI EBENEN UND ZWEI RÄTE

Das für den SDS noch junge Selbstverständnis als revolutionärer Verband arbeitender Kollektive an der Universität hat bis heute keine radikale Uberprüfung der aus sozialdemokratischen Zeiten überkommenen Verbandsorganisation bewirkt. Auch heute, da die Revolutionierung der Hochschule vom SDS nur als Teil der sozialen Revolution begriffen werden kann, und in Gesamt- Westdeutschland unabhängig von einander ähnliche Modelle revolutionärer Arbeit an der gesellschaftlichen Basis entwickelt wurden, werden die organisatorischen Strukturen, Ausdruck einer Parteifixierung sozialdemokratischer Prägung, konserviert.

Das Unbehagen darüber, daß die Organisation und Koordination dezentralisierter Arbeit den revolutionären Zielen und den bereits praktisch verwerteten Methoden nicht annähernd genügt, wird sogar von denen artikuliert, die ein Interesse daran haben, die bisherigen Verbandsstrukturen im wesentlichen zu erhalten.

Da wird dieses Unbehagen in Form der stramm zentralistischen Konzeption eines reisenden Schulungskaders - mit plebiszitären Almosen verbrämt - an den Mann gebracht: Der kurzfristigen Attraktivität der von Bundeskommissären bereisten Universitätsgruppe und die Hoffnung auf deren baldige Wiederkehr wird die langfristige von der Gruppe selbst zu leistende Schulungsarbeit geopfert.

Zudem wird ein zentralistischer Kader, der sich theoretisch wie politisch für den Gesamtverband verantwortlich fühlt, in Situationen spontaner Massenmobilisierung immer eine opportunistische Abwiegelungspolitik betreiben müssen, da in einem gleich wie zentralistisch strukturierten SDS die Illegalisierung des Verbandes die Liquidierung der Spitze nach sich zi[illegible].

Die "außenpolitischen" Rätetheoretiker des SDS - man hat ihre gutherzigen Ratschläge an die Genossen in der CSSR, der Sowjetunion und Frankreich noch im Ohr - sollten die ihnen mitvertretene Maxime der Einheit von Theorie und Praxis nochmals überdenken. Sollten diese gleichen Rätetheoretiker, sei es aus Zweckpessimismus, sei es aus elitären Motiven, den Versuch, den Verband nach rätedemokratischen Prinzipien neuzu organisieren mit dem Versuch der Liquidierung des Verbandes gleichsetzen, muß ihnen entgegngehalten werden, daß für den SDS gerade in der jetzigen Situation die Einführung eines zentralistischen Organisationschemas die endgültige Aufgabe der Basis innerhalb des Verbandes selbst bedeutet. Nur mittels rätedemokratischer Kriterien, d.h.: permanenter Kontrolle durch die Basis, direkte Abwählbarkeit, imperativem Mandat und Delegation, ist der von uns selbst an unsere Arbeit gestellte Anspruch zu realisieren.

Davon ausgehend ist eine Organisationsform zu entwickeln, die dem Inhalt der Dezentralisation und Reintegration gerechtwerden muß.

Warum Dezentralisierung?

Unsere Schwächeposition und die faktische Überlegenheit unseres zentralistisch organisierten Gegners auf allen Gebieten macht, wie sich aus der Praxis der revolutionären Bewegungen in der 3.Welt und den Metropolen nachweisen läßt, es notwendig, unseren Kampf dezentralisiert zu organisieren, um 1) als Organisation zu überleben und 2) alle Kräfte, die zum faktischen Widerstand bereit sind, zu entfalten und somit den Kampf optimal auszuweiten. Der SDS wird sich auf Grund seines Selbstverständnisses derart organisieren, daß nicht weiterhin durch die Perpetuierung autoritärer Strukturen die Selbstinitiative an der Basis, die Selbstorganisierung der Gruppen , mithin die Revolutionierung der Revolutionäre verhindert wird. Unsere Kritik an Herrschaftsstrukturen muß sich in der Organisation des Verbandes positv konkret als Gegenmodell ausdrücken.

Warum Reintegration ?
Dezentralisierung muß nicht Isolierung der autonom arbeitenden Projekte bedeuten und damit zur Auflösung des Verbandsführen! Der Konsens des Verbands, als Verbindung lebendiger arbeitender Genossen, stellt sich mittels ihrer selbstverfügten Kommunikation und Kooperation auf einer qualitativ höheren Stufe als bei jedem zentralistischen Modell her. Diese Reintegration dezentralisierter Prokekte ermöglicht die in gemeinsamer und verbandsverbindlicher Strategie angelegte Aktionseinheit.

Wir haben die rätedemokratischen Maximen, da sie sich mit unserem Anspruch revolutionärer Praxis decken, zum Inhalt einer Vorstellung von Organisation gemacht, um in der Diskussion der Situation und Struktur des Verbands die Chance ihrer Verwirklichung zu überprüfen. Da wir glauben, daß die unabhängig von einander in allen Gruppen entstandenen Projekt- und Basisgruppen in absehbarer Zukunft das revolutionäre Subjekt sein werden, haben wir das durch diese Selbstinitiative intendierte Modell konsequent auf die Ebene des Verbands - vermittelt durch regionale Räteorganisation - übertragen. So ergibt sich ein Modell der Gliederung in drei Ebenen und zwei Räten : Die Projekt- Regional- und Verbandsebenen; der Projekt- und der Zentralrat.

PROJEKTEBENE
Das Projekt

Die Notwendigkeit in der gegenwärtigen sich verschärfenden Situation neue Qualitäten des Widerstands zu gewinnen, verlangt die Kollektivierung und Ökonomisierung auch der Lern- und Denkprozesse, die kollektive Verwertung theoretisch-praktischer Erkenntnis.
Aus der Marxschen Analyse des Selbstverwertungsprozesses des Kapitals und der Kritik der Fremdverwertung von Arbeit wird für uns ableitbar eine Strategie der Selbstverwertung der befreiten Arbeitskraft. Die teilweise Freisetzung von Arbeitskraft aus dem kapitalistischen Produktionsprozess, ganz gleich ob Betrieb oder Universität, ist ein erster Schritt zur Befreiung der Arbeit. Dieser mit der Einsicht in diesen Zusammenhang organisatorisch einzuleitende Prozess erweist sich als notwendige Voraussetzung der Verhinderung der ständigen Gefahr der Reintegration in den Bereich der Fremdverwertung von Arbeit und somit als Voraussetzung revolutionärer Praxis.
Soll die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit radikal, d.h.: erfolgreich sein, muß sie die gesamte erweiterte Reproduktion der revolutionären Arbeitskraft erfassen und in ihrer Kooperation als Kommune kollektivieren. Die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit verlangt mehr als die objektive Aufgabe des Kollektivs -das Projekt - zu rationalisieren und arbeitsteilig zu bewältigen; es geht letztlich um die Aufhebung der Trennung von Privatleben, politischer und beruflicher (= Studium) Arbeit - um die Beseitigung der aus dieser Trennung resultierenden Entfremdung. Kommune heißt nicht nur Wohngemeinschaft von Genossen sondern in der Endkonsequenz Vergesellschaftung und Ökonomisierung aller privaten Bereiche. In der Gleichzeitigkeit und aus der Dialektik einer Politik nach aussen - offensive Aktionen in die Gesellschaft zu tragen - und einer Politik nach innen - die Revolutionierung der Revolutionäre zu leisten - gewinnt das Projekt die entscheidende Durchschlagskraft seiner Praxis. Die Kommune wird die Revolutionierung der Revolutionäre u n d der Gesellschaft jedoch nur leisten, wenn es ihr gelingt die solchen Ansprüchen und Modellen der Organisation immanenten Gefahren, der Perversion zum Arbeitslager oder die Regression zum Familienersatz, zu blockieren.

Projekte revolutionärer Arbeit sind : Politisch-theoretische Themen, Basisarbeit in Schulen, Universitäten, Betrieben, Wohngebieten, militärisch wie paramilitärischen Organisationen und technisch-

militante Produktion. Die Autonomie des Projekts wird lediglich eingeschränkt durch die Methoden der Kritik und Selbstkritik auf der plebiszitären Ebene der mit ihm kooperierenden Projekte. Seine Funktionale Koodinierung mit paralellen Projekten bis in einen Supranationalen Rahmen realisiert das Projekt über seine Räte.

Versammlung der Projekte

Die Dezentralisation der Projekte verlangt, um die Isolation zu verhindern und die Ökonomisierung zu ermöglichen, die Gleichzeitigkeit ihrer Integration. Die somit notwendig kollektive Instanz vermittelt die Informationen der Projekte und deren öffentliche Kritik. Sie kann sich nur zusammensetzen aus allen Mitgliedern der arbeitenden Projekte. Als solche entwickelt sie plebiszitär die Strategie ihrer Basis und übernimmt deren lang- und kurzfristige Aktionsplanung. Mit dieser Kollektivierung der Lern- und Entscheidungsprozesse entsteht das souveräne Willensbildungsorgan der jeweils kooperierenden Projekte.

Projektrat

Die Organisation und Kontinuität der täglich politischen Arbeit und die imperative Vertretung der Gesamtbasis auf den nächst=höheren organisatorischen Ebenen übernimmt ein von der Gesamtheit der Projekte delegierter, durch sie kontrollierter und permanent abwählbarer Rat.

REGIONALEBENE

Da es uns nötig erscheint, eine die Potenz der Projektebene über=fordernde Intensität der Kommunikation zwischen den Genossen zu provozieren (man betrachte sich nur die frustrierende lokalpatrio=tische Entfemdung unter den Genossen) -
Da es uns nötig erscheint die Einschätzung der materiellen Kräfte der Revolution und Konterrevolution, als Ausdruck der gesellschaftlichen Widersprüche des regionalen Zielbereichs, zu ermöglichen und daraus gesamtregionale Kampagnen abzuleiten und verbindlich zu machen, -

Regionalkonferenz

Halten wir die Herstellung einer regionalen Aktionseinheit auf der Grundlage Basisöffentlicher Regionalkonferenzen der Projekträte für entscheidend. Für diese Regionalkonferenzen gelten die die gleichen rätedemokratischen Kriterien, wie für das sich auf Projektebene konstituierende plebiszitäre Pendant - die Versammlung der Projekte -.

Regionalsprecher

Somit qualifiziert sich diese Regionalkonferenz als souveränes Organ aller auf Regionalebene arbeitenden Projekte, das seine Vertretung auf Verbandsebene autonom bestimmt mit ihrem regionalspezifischen Auftrag zur Politik des Gesamtverbands. (Anm.: Um die Übervorteilung der kleineren Gruppen innerhalb des durch dieses Modell erfassten regionalen Raums zu blockieren und jeder Gruppe die Mobilisations=effekte solcher Konferenzen zukommen zu lassen, rotiert der Sitz=ungsort und damit die von jeweils einer Gruppe zu leistende Vorbe=reitung.)

VERBANDSEBENE Zentralrat

Die permanente Vertretung der Regionalkonferenzen auf Verbandsebene übernimmt das Kollektiv der Regionalsprecher als Zentralrat. Der Zentralrat besitzt keine Exekutiv funktion oder - gewalt. Seine Hauptaufgabe ist es, Einrichtungen zu schaffen, daß alle Informationen über Theorie und Praxis aller Arbeitsbereiche jederzeit abgerufen werden können. Der internationalistische Anspruch einer sozialistischen Bewegung fordert vom Zentralrat den Aufbau und die Aufrechterhaltung internationaler Verbandskontakte.

Zentralversammlung der Projekte

Analog den Aufgaben, die auf der Regionalebene gelöst werden müssen, erhebt sich auf der Verbandsebene die dringende Notwendigkeit, die auf der Regionalebene geleistete Analyse der materiellen Klassenkräfte für Westdeutschland und Berlin West zusammenzufassen und unter Berücksichtigung der Rückwirkung der revolutionären Prozesse in der dritten Welt auf die westeuropäische Metropole eine Globalstrategie für den Gesamtverband zu entwickeln.

Die Umsetzung der Globalstrategie in Praxis obliegt wegen der regionalspezifischen Problematik der Taktik allein der funktionalen Autorität der regionalen Organe. Gerade weil die verbandsverbindliche Globalstrategie nur an der Basis der Projekte revolutionär relisiert werden kann, muß die Globalstrategie genau von denjenigen bestimmt werden, die die konkrete Arbeit leisten. Dieses höchste plebiszitäre Gremium des SDS ist notwendig die Zentralversammlung aller Projekte. (Anm.: Wenn es erforderlich ist, zu Ereignissen Stellung zu nehmen, ohne daß in der verfügbaren Zeit eine Zentralversammlung der Projekte stattfinden kann, übernimmt auf Grund der objektiven Bedingungen seiner Konstitution der Zentralrat die akute Vertretung des Verbandes.)

Für die 23. Delegiertenkonferenz des SDS besteht die Möglichkeit mit der jahrelangen Perpetuierung anachronistischer Organisation zu brechen und den sich zuspitzenden Widerspruch zwischen revolutionärer Arbeit und den Formen ihrer konkreten Vermittlung oder gerade Nichtvermittlung durch die tatsächliche Revolutionierung der Organisation selbst zu lösen. Deshalb fordern wir die DK auf, in der sofortigen Diskussion der Situation und Struktur des Verbandes die Möglichkeiten der Verwirklichung rätedemokratischer Prinzipien zu prüfen; Darüber hinaus verlangen wir von der 23.DK des SDS hier und jetzt Regionalkonferenzen zu initiieren, um damit den Prozess der rätedemokratischen Umgestaltung des SDS bis in die verbandsebene voranzutreiben. Deshalb kann der zu wählende BV nur vorläufiger BV sein, mit dem imperativen Mandat der 23.DK des SDS, die Politik des "BRECHT DEM BV DIE GRÄTEN - ALLE MACHT DEN RÄTEN" mit aller Entschiedenheit zu unterstützen und zum Zeitpunkt der Konstituierung des Zentralrates zurücktreten.

VENCEREMOS
SDS Delegiertenkollektiv
Hamburg

A N H A N G : Aus "Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967"

5. Hochschulpolitik

-A 83- Wie wenig die Vermittlung zwischen allgemeiner Politik und Hochschulpolitik gelungen war, zeigte sich bei dem von dem AStA ausgerufenen Hochschulstreik gegen den bevorstehenden Erlaß des badenwürttembergischen Hochschulgesetzes. Obwohl diesem ein go-in des SDS bei einer "vorläufigen Grundordnungskommission" vorausgegangen war, und der Streik in der Woche der Pressionsversuche gegen den Vietnam-Kongress in Berlin stattfand, gelang es nur unter dem Protest der Mehrheit der Studenten, das reaktionäre Hochschulgeset- in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu diskutieren. Die durch unsere allgemein politischen Aktionen mobilisierten Studenten nahmen offensichtlich an diesem vielstündigen teach-in nicht teil und die anwesenden Studenten, auf nur gewerkschaftliche Themen fixiert, die sie entweder technizistisch oder abstrakt abgehandelt wissen wollten, waren jeder "Ideologie" entschieden abhold. Gleichwohl wurde eine relativ scharfe Resolution, die jedem Hochschulgesetz ohne Drittelparität und Öffentlichkeit für alle Gremien die Zustimmung versagte, angenommen. Ein Aktionskomitee zur Vorbereitung einer zentralen Demonstration vor dem Stuttgarter Landtag wurde gewählt, indem alle SDS-Kandid aten vertreten waren. Das teach-in, in dem der SDS durch scheinradikale Forderungen des LSD und einzelner Studenten überboten wurde, glaubte offensichtlich keineswegs an die Möglichkeit der Durchsetzung seiner Resolution und war doch zu einer Analyse dieser Aussichtlosigkeit nicht zu bewegen. Darin zeigte sich einerseits das Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Institution des Landtags, andererseits aber die feste Entschlossenheit, an deren Legitimität nicht zu rütteln. Entsprechend gering war die Beteiligung an der Stuttgarter Demonstration, die übrigens denselben ambivalenten Charakter zeigte. Zudem waren die Forderungen des SDS (Drittelparität, Öffentlichkeit) zu abstrakt, daß sie von allen Studenten gestützt, aber von niemandem wirklich erkämpft wurden, lagen sie doch auf derselben bürokratischen Ebene wie das Gesetz selbst. Gerade das gewerkschaftliche Interesse der Studenten war auf dieser Ebene nicht wirklich mobilisierbar, weil der Druck offensichtlich sehr viel konkreter im Charakter der Lehrveranstaltungen, des Studienganges und der Prüfungsbedingungen empfunden wird, die weder durch das Gesetz noch durch unsere Forderungen berührt wurden. Der Gruppe selbst, die sich über allgemein politische Auseinandersetzungen konsolidiert hatte, fehlte jede hochschulpolitische Praxis und Erfahrung. Sie konnte deshalb auch keine Strategie zur Diskussion stellen, die sich anders als durch ihre abstrakte Halsstarrigkeit von der der übrigen Hochschulgruppen unterschieden hätte. Der hochschulpolitische Konflikt stellte sich dar als Konflikt mit dem Gesetzgeber, der Protest gegen die Ordinarienuniversität hatte nicht zur Auseinandersetzung in der Universität geführt, wo allein er hätte konkret werden können.

Umso fragwürdiger war unter diesen Bedingungen der Beschluß der Gruppe, für den AStA-Vorsitz zu kandidieren, über dessen strategischen Stellenwert keinerlei bestimmte Vorstellungen bestanden, und der zudem immer in dem Dilemma stehen mußte, dem Anspruch nach alle Studenten zu vertreten, obwohl nur eine Minderheit hinter dem SDS stand.

6. Eingriff in den baden-württembergischen Wahlkampf

Der Kampf gegen das Hochschulgesetz, das unmittelbar vor Semesterende erlassen wurde, ging direkt in die "Beteiligung" des SDS am Wahlkampf über - trat doch der nominelle Hauptverantwortliche für dieses Gesetz, Kultusminister Hahn, als Kandidat der CDU für Heidelberg auf. Doch erleichterte diese Tatsache lediglich die Mobilisierung der Studenten; entscheidend für den Beschluß der Gruppe, in den Wahlkampf einzugreifen, war sie jedoch nicht; dieser Beschluß wurde durch die Absicht begründet, einerseits eine Parlamentarismusdiskussion unter den mobilisierten Studenten in Gang zu bringen und andererseits die bestehenden Parteien durch Konfrontation mit inhaltlicher Argumentation zu entlarven und darüber

hinaus. Während die Wahlveranstaltungen der CDU durch massiven Angriff von vornherein unterbrochen und in teach-ins umfunktioniert wurden, in denen sich Hahn den Argumenten der Studenten stellen mußte, wurde in SPD-Veranstaltungen lediglich die Diskussion nach jeweils kurzen Einleitungsreferaten erzwungen. Höhepunkte waren die Angriffe auf Wehner, H. Schmidt und Kiesinger (letzterer schon nach den Osteraktionen). An diesem auf Entlarvung abgestellten Wahlkampf, der durchaus Aktionscharakter hatte und sehr große Studentenmassen mobilisierte, beteiligten sich vor allem auch Schüler. Zudem wurde versucht, über Flugblätter die Diskussion in die Betriebe zu tragen (Anfänge der Basis-Gruppe; vgl. Eberhard Becker).
In teach-ins mit relativ großer Beteiligung in der Universität kam die Parlamentarismus-Debatte in Gang, die gerade für die Studenten, die sich weitgehend an Überbauphänomenen orientieren (wie z.B. Verfassung), einen wichtigen strategischen Stellenwert hat. Die Kritik der parlamentarischen Demokratie, die für die Gruppe eine theoretische Auseinandersetzung mit dem organisierten Kapitalismus voraussetzte, initiierte den Umschlag radikaldemokratischer IN SOZIALISTISCHE OPPOSITION. Die Demokratische Linke wurde im Laufe dieses Wahlkampfes von uns theoretisch kritisiert (später vor allem wegen ihrer zwielichtigen Haltung zu den Osteraktionen), doch ergab sich bei gelegentlichen Aktionen eine gewisse Zusammenarbeit. Die Absicht der DL beschränkte sich freilich auf das kurzfristige Interesse, die Studentenbewegung für ihren Stimmenfang einzusetzen und unsere Kritik am parlamentarischen System in Studentenstimmen für die DL umzumünzen. Dabei zeigten sich innerhalb der DL selbst Widersprüche derart, daß die Hauptsprecher ihren Kotau vor der bürgerlichen Demokratie machten, während andere die Wahlbeteiligung lediglich taktisch begründeten.

Der Eingriff in den Wahlkampf brachte gegenüber den Vietnamaktionen vorallem theoretisch eine neue Qualität, bloß ethisches Engagement reichte zur Begründung dieser Aktionen nicht aus; die Konfrontation mit der repressiven Gesellschaft und deren ideologischer Idiotie wurde direkter; die Gruppe war zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Parlamentarismus gezwungen. Diese Auseinandersetzung hatte große Bedeutung für den Selbstaufklärungsprozeß des SDS und der studentischen Linken überhaupt. Das vage linke Engagement gewann erstmals in diesen theoretischen Auseinandersetzungen eine sozialistische Perspektive. Der Angriff auf eine hervorragende ideologische Bastion der bürgerlichen Gesellschaft führte immerhin dazu, daß innerhalb der Linken eine gewisse Differenzierung zwischen Reformern, 'Parlamentariern' und 'Antiparlamentariern' eintrat. Im SDS selbst freilich meldeten sich bloß letztere zu Wort, so daß der Eindruck entstehen konnte, als hätte er solche strategischen Differenzen für sich selbst überwunden. Die Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft war immerhin noch von solcher Abstraktheit, daß sich das vorwiegend emotionelle Zusammengehörigkeitsbefühl nicht in strategishe Gegensätze aufspaltete. Eine DL-Fraktion bildete sich nicht einmal in Ansätzen. Der SDS zeigte sich technisch den bestehenden Parteien durchaus gewachsen, was die Möglichkeiten der Massenmobilisierung betraf, weit überlegen. In der subversiven Kennzeichnung der Wahlplakate zeigte sich eine erstaunliche Selbsttätigkeit. Die Aktionen veränderten den SDS organisatorisch jedoch nur unwesentlich, insofern sie ihn auf ein besseres technisches Niveau hoben. Ansonsten reproduzierte er durchaus die hierarchische Struktur der bestehenden Parteien, insofern deren Matadoren eine kleine Anzahl SDS-Kombattanten entgegentrat, für die die übrigen nur die Geräuschkulisse abgaben. Ein Erfolgskriterium für die Arbeit des SDS ergab sich in Laufe des Wahlkampfs allerdings in der Tatsache, daß die Diskussionen mit den Parteimatadoren dem SDS zunehmend durch unorganisierte linke Einzelkämpfer aus der Hand genommen wurden, die gerade aus ihrem idealistischen Ansatz heraus, besonders im Wahlkampf geneigt waren, das Wort zu ergreifen. Im Grunde hätte die Diskussion auch auf den Parteiveranstaltungen mit diesen ansprechbaren und organisierbaren Individuen geführt werden müssen, die aus ihrem Harm über den Abbau der Demokratie zwar kein Hehl machten, aber der parlamentarischen Ideologie vorläufig fest verhaftet blieben. Dazu zeigte sich der SDS umsoweniger

in der Lage als er selbst nur in Gestalt von Einzelkämpfer zu Wort kam, die sich kaum die Mühe machten, ihre Beiträge aufeinander abzustimmen. In der Anpassung des SDS an die Parteiverabstaltungen, die er mit eigenen Rhetoren beschickte, zeigte sich sehr deutlich, daß der SDS die individualistischen Kinderschuhe einer bürgerlichen Organisation noch keineswegs abgestreift hat. Langfristig zeigte sich aber, daß der SDS und die von ihm mobilisierten Studenten, von der Presse zweideutig als neuer lokalpolitischer Machtfaktor begrüßt, die Gefahr vermeiden konnten, den Wahlkampf im Sinne des politischen Konsums lediglich wiederzubeleben. Ansetzend an dem formaldemokratischen Bewußtsein der Studenten, erwies sich die Beteiligung des SDS am Wahlkampf als außerordentlich mobilisierend und zwar gerade deshalb, weil der SDS explizit als Kritiker dieses Bewußtseins auftrat und den Wahlkampf entmythologisierte, statt ihn durch eine Wahlalternative hochzujubeln. Im Wahlkampf gelang es zumindest ansatzweise die verschiedenen Einpunktbewegungen zusammenzufassen und deren reformerische Tendenz zu überwinden. Erfolgskriterium für den Eingriff des SDS in den Wahlkampf war die starke Beteiligung von Heidelberger Studenten und Schülern an den Esslinger Aktionen, die eine wenigstens momentan hergestellte politische Öffentlichkeit zur Voraussetzung hatten, wie sie der Wahlkampf unter Studenten und Schülern hergestellt hatte.

7. Zeichnung der NPD-Plakate

Einen wesentlich anderen Charakter als die Eingriffe in die Wahlveranstaltungen der großen Parteien (massive und massenhaft Unterbrechung individueller Diskussionsbeiträge mit akustischer Unterstützung durch die mobilisierten Studenten), hatte eine Aktion gegen die NPD und die Stadtverwaltung. An sich hatte die Gruppe beabsichtigt, die NPD rechtsaußen werkeln zu lassen, um den verlogenen Antifaschismus der großen Parteien nicht zu decken, die sich an der NPD reiben, um von dem Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus abzulenken. Auch sollte das pseudodemokratische Synchron ("Wir sind gegen jeden Radikalismus, gleichgültig ob von links oder rechts", rot=braun) nicht durch handgreifliche

Auseinandersetzungen, zu denen es ohne Zweifel gekommen wäre, verstärkt werden, was objektiv die "Ordnungsparteien" und die Tendenz der Entpolitisierung der Massen gestützt hätte. Im Laufe des Wahlkampfes wurden dann jedoch unorganisierte Schüler und Studenten, die NPD-Plakate mit Hakenkreuzen versehen hatten und drei Genossen, die gemeinsam mit der Polizei NPD-Plakate abnehmen wollten, verhaftet und mehrere Stunden im Gefängnis festgehalten. Die NPD hatte die ganze Innenstadt mit rot-weißen Plakaten gepflastert, die die Polizei, nachdem sie von Schülern und Studenten gezeichnet waren, nächstenschleunigst entfernen wollte, um der Bevölkerung den aufklärenden Anblick zu ersparen. Bei dieser Säuberungsaktion waren drei Genossen, die sich an ihr beteiligen wollten festgenommen worden. Die nächtlichen Ereignisse boten Gelegenheit, durch eine exemplarische Aktion den Bedingungszusammenhang zwischen Formaler Bürokratendemokratie und Faschismus aufzuzeigen. Der SDS rief zu einem teach-in auf, in dem ca. 300 Studenten beschlossen, sofort zur Zeichnung der noch reichlich vorhandenen NPD-Plakate überzugehen: Öffentlich, massenhaft und bei vollem Tageslicht. Selbstverständlich machte es sich die Polizei zur Aufgabe, die NPD-Plakate zu schüzuen. Die Aktion verlief jedoch ausgesprochen diszipliniert, solidarisch uns selbsttätig, so daß es erstmals in Heidelberg zu Gefangenenbefreiung kam und die Polizei alsbald aufs zusehen sich beschränken mußte, um sich später mit Anzeigen gegen die "Rädelsführer" zu rächen, was gerade dieser Aktion besonders unangemessen war. Die Bevölkerung verhielt sich passiv, nur in seltenen Fällen aggressiv. Von den Arbeitern in den Betrieben wurde die Aktion verstanden, zumal sie Formen kämpferischer, subversiver Wahlkampfführung der Arbeiterbewegung wieder aufnahm. Die Aktion war durch die Selbstorganisierung der Agierenden gekennzeichnet, die dann auch die erste Esslinger Springerblockade auszeichnete. Die Reaktion der Presse zeigte, daß die Aktion eine empfindliche Stelle im allgemeinen Manipulationszusammenhang getroffen hatte: der antifaschistische Inhalt der Aktion wurde gebilligt; ihre Form aber entschieden abgelehnt, was einen Kardinalwiderspruch der bürgerlichen Demokratie enthüllte: antidemokratische Inhalte werden toleriert, sofern die formalem Spielregeln einhalten, demokratische Inhalte aber werden verfolgt, wenn ihre Verwirklichung gerade die Durchbrechung der Spielregeln zu Voraussetzung hat. Diesen Widerspruch hatten die Studenten und Schüler verstanden und sie zeigten dies auch später den etablierten Parteispitzen, deren verlogenen Antifaschismus sie denunzierten.

Druck : revo-print, Marburg

Der mangelhafte Druck rührt von den unzureichenden Druckvorlagen her.